

Springer Verlag AG, Post 10 06 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 1-1
Auslieferungsbüro Köln (0 20 34) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Münster (040) 347-1 - Filialbibliothek an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 sfr, Dänemark 8,75 dir, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr,
Großbritannien 66 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Dm, Luxemburg 20,00 fr,
Niederlande 2,20 fl, Norwegen 7,50 skr, Österreich 14 Sch, Portugal 115 Esc,
Schweiz 6,50 sfr, Spanien 150 Ptas, Kanarische Inseln 175 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Splionage: Wegen mehrjähriger Agententätigkeit für die „DDR“ wurde in Koblenz gestern der ehemalige Regierungsrat in der dortigen Bundesgrenzschutzabteilung, Franz Rost, zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt.

Erhaltungskosten: Die „DDR“-Bewohner tragen immer schwerer an den Kosten für Volksturne und Sicherheitsdienste. Statistisch gesehen mußte 1984 jeder fast ein Monatsentkommen dafür aufbringen. (S. 4)

Hessen: Die Aussichten auf eine rot-grüne Koalition haben sich verbessert. Die SPD ist jetzt offenbar bereit, von ihrer Forderung an den Grünen nach Verabschiedung eines Doppelhaushalts für 1986/87 abzurücken. (S. 4)

Unruht: Bleifreies Benzin soll durch eine nochmalige Senkung der Mineralölsteuer spätestens zum 1. Januar 1986 attraktiver für die Autofahrer gemacht werden. Darauf verständigt sich Kanzler Kohl und die zuständigen Minister. (S. 2 und 8)

Kulturabkommen: Nach viermonatiger Pause setzen die Bundesrepublik und die „DDR“ gestern ihre Verhandlungen fort. Kanzler Kohl hofft auf einen Abschluß noch in diesem Jahr.

Getreidehandel: US-Agrarminister Brock geht davon aus, daß die Sowjetunion für alle Zeiten von ausländischen Getreidelieferungen abhängig sein wird. Als Hauptgrund nannte er die klimatischen Verhältnisse. (S. 8)

Koch siegt: Bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei zur anstehenden Kommunalwahl in New York hat Bürgermeister Koch einen klaren Sieg errungen. Damit ist seine Wiederwahl am 5. November so gut wie sicher. (S. 5)

Südafrika: Die Regierung ist bereit, den in die „Homelands“ ausgebürgerten Schwarzen die südafrikanische Staatsbürgerschaft zurückzugeben. - Großbritannien lehnte es auf einer Tagung des EG-Ministerrats in Luxemburg ab, sich den Sanktionen der EG anzuschließen. (S. 5)

Der Kanzler fordert Pretoria zu schnellerem Handeln auf

„Änderungskündigung“ zum Kulturabkommen / Spitzengespräch der Union

DW, Bonn
Die Bundesregierung hat gestern Südafrika aufgefordert, durch mehr und schnelleres Handeln zur Überwindung der Apartheid und damit zur innenpolitischen Befriedung in dem Land beizutragen. Als erste Maßnahme, mit der Druck auf Pretoria ausgeübt werden soll, hat das Bundeskabinett unter der Leitung von Kanzler Kohl die „Änderungskündigung“ des 1962 abgeschlossenen Kulturabkommens mit Südafrika beschlossen.

Die Politik Bonn im südlichen Afrika war auch Gegenstand eines „Spitzentreffens“ von CDU und CSU am Dienstagabend in Bonn. Dabei blieb allerdings offen, ob und wie sich die Union in dieser Frage gegenüber Bundesaußenminister Genscher und der FDP insgesamt abgrenzen wird.

GRÜNER BADING, Bonn
In den ersten Beratungen der Spitzen von CDU und CSU nach der parlamentarischen Sommerpause sind zwei Schwerpunkte gesetzt worden: Im innenpolitischen Teil der fünfstündigen Unterredung stand der Bericht des Bundespräsidenten über das Dreiertreffen mit Arbeitgebern und dem DGB und dessen Konsequenzen

für die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. In der Außenpolitik war die aktuelle Lage in Südafrika, die Entscheidung der Europäischen Gemeinschaft für moderate Sanktionen und die Haltung Bonn gegenüber Pretoria das Hauptthema.

Politiker beider Schwesterparteien verwiesen auf die große Harmonie, die dieses Treffen ausgezeichnet habe. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger vor der Sommerpause sich gegenüber dem Bundeskanzler für eine verstärkte Beteiligung der CDU und ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß an der Meinungsfindung der Union ausgesprochen hatte - sprach in einem Rundfunkinterview am späten Dienstagabend nach dem Treffen von einer „guten Unterhaltung“. Gestern steigerte er dies zu der Bewertung „sehr gut“.

CSU-Generalsekretär Gerold Tandler sagte, das Gespräch habe in „besten Atmosphäre“ stattgefunden. Es habe „keinerlei Differenzen“ bei der Erörterung der verschiedenen Sachthemen gegeben. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei Edmund Stoiber, der zusammen mit Kanzler-

amtschef Wolfgang Schäuble die Koordinierung zwischen Bonn und München betreibt, wertete die Aussprache als „vorzüglich“. Man habe in allen Punkten mehr oder weniger „Übereinstimmung“ erzielt.

Während aus der CDU das Schwergewicht auf die innenpolitischen Themen gelegt wurde, betonten CSU-Kreise die Außenpolitik. Hier hätte die bayerische Unionspartei seit Monaten auf eine Klärung des Verhältnisses zur FDP gedrängt. Vor allem die Südafrika-Politik des ehemaligen FDP-Vorsitzenden, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, sowie die von ihm angekündigte „neue Phase der Entspannungspolitik“ waren von der CSU kritisiert worden.

Die Entspannungspolitik wurde nach Angaben von Teilnehmern der Zehner-Runde - CDU-Chef Bundeskanzler Helmut Kohl wurde von Generalsekretär Geißler, Fraktionschef Dregger, Kanzleramtsminister Schäuble und Bundesfinanzminister Stoltenberg begleitet, die CSU kam neben Strauß mit Tandler, Stoiber, dem Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel und Innenminister Friedrich Zimmermann - nur am

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Der falsche Kurs

GÜNTER ZEHM

Die Ungeduld der Bonner Deutschlandpolitikler wächst. Sie möchten mit dem Abschluß eines innerdeutschen Kulturabkommens endlich einmal einen „Erfolg“ an der Verhandlungsführung vorweisen. Der Vertragstext sei „so gut wie fertig“, heißt es. Es fehle „nur“ noch eine befriedigende Formel für die Einbeziehung Berlins.

Daß die Formel der Dreh- und Angelpunkt des ganzen Abkommens ist, wird diskret verschwiegen. Hier und da besteht sogar die Neigung, sich mit einem ganz äußerlichen, routinemäßigen Anfügen der bei internationalen Verträgen üblichen Berlinklausel an den Text zu begnügen, obwohl diese Klausel noch nie vor der Diskriminierung Berlins auf Messen, Ausstellungen oder Kongressen geschützt hat. Ein Kulturabkommen, in dem nicht ganz konkret und detailliert die gleichberechtigte Mitwirkung des freien Berlins beim innerdeutschen Kulturaustausch festgeschrieben würde, wäre das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht.

Auf jeden Fall sollte vor der Paraphierung auch noch einmal über die Stiftung Preussischer Kulturbesitz gesprochen werden. Man hat sie bisher „ausgeklammert“, angeblich um über-

haupt verhandeln zu können. Aber ohne die Schätze der Stiftung ist eine sinnvolle Ausstellungspolitik der westlichen Seite im innerdeutschen Rahmen gar nicht möglich. Der verbotene Boykott der Stiftung durch die „DDR“ ist ein politischer Affront, der von einem Kulturabkommen nicht einfach ignoriert werden darf. Auch hier gilt: Lieber gar kein Abkommen statt ein Abkommen unter stillschweigender Duldung des östlichen Boykotts.

Weshalb setzt sich Bonn in Sachen Kulturabkommen eigentlich immer wieder unter Erfolgszwang? Gebracht wird das Abkommen nicht. Die „Betroffenen“ selbst, nämlich die deutschen Künstler und Schriftsteller, sind sich quer durch die politischen Meinungen darin einig, daß ein solcher Vertrag negative Auswirkungen haben könnte. Bisher noch einigermaßen funktionierende Kommunikationsströme würden bürokratischer Reglementierung anheimfallen, die SED bekäme ein Instrument in die Hand, um ihr nicht genehme Personen nun auch noch im Namen des Kulturabkommens zu diskriminieren.

Weshalb also die Eile? Zur Dämpfung politischer Profilierungsneurosen ist die Kultur zu schade.

WELT-Report Energie

Das Thema Energie hat viele Facetten: Gewinnung und Entsorgung, Umweltbelastung und neue Technologien, Kohle und Öl und die „sauberen“ Brennstoffe Gas und Uran. In einem 32seitigen farbigen Report stellt die WELT die neuesten Entwicklungen vor, beschreibt Zukunftsperspektiven und zieht eine Bilanz von 25 Jahren Opec.

WIRTSCHAFT

Mannesmann: Zum neuen Vorstandsvorsitzenden bestellte der Aufsichtsrat gestern Werner Dieter (55), bisher Vorsitzender der Geschäftsführung bei der Mannesmann-Tochter Rexroth. (S. 2)

Verkehr: Im Jahr 2000 wird es in der Bundesrepublik 30,8 Millionen PKW geben, jeder sechste Haushalt wird zwei Autos haben, sagen Experten voraus. (S. 11)

Kräftiger Anstieg: Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen

in den USA ist im vergangenen Jahr, verglichen mit 1983, von 11 680 auf 12 789 Dollar oder um 9,4 Prozent gestiegen. (S. 9)

Börse: Gewinnmitnahmen konnten den weiteren Anstieg am Aktienmarkt nur bremsen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex: 2141,0 (2141,1). BIFF-Aktienindex: 105,243 (105,131). Performance Index: 107,581 (107,437). Dollarkurs: 2,9388 (2,9480) Mark. Goldpreis pro Feinunze: 320,75 (321,65) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Solange wir mit vorhandener oder neu zu entwickelnder Technik in vertretbarer Zeit den größeren Fortschritt verwirklichen können, sollten wir uns nicht freiwillig für den Rückschritt entscheiden, sondern auf den Weg nach vorn und technische Innovation setzen.“

Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender von Deimler-Besatz zur Diskussion um ein Tempolimit. (S. 11)
FOTO: JUPP DÄRCHINGER

KULTUR

Rundfunkorchester: Auf ein einrückstimmiges Demonstrieren der acht Rundfunk-Sinfonieorchester der Bundesrepublik in diesen Tagen in der Berliner Philharmonie ihr Leistungsvermögen. Das „Orchesterfest der ARD“ gibt Anlaß, einmal über die gewandelte Funktion dieser Orchester nachzudenken. (S. 17)

Buchmesse: Empörung an britischen Stand bei der internationalen Buchmesse in Moskau. Mehr als 30 Titel sind aus den Regalen verschwunden. Zwei, darunter Orwell's „1984“, wurden offiziell beschlagnahmt. Die Verleger sind sicher, daß die übrigen Bücher von KGB-Beamten in Zivil entfernt wurden. (S. 18)

SPORT

Fußball: Unmittelbar nach dem WM-Qualifikationsspiel Wales gegen Schottland (1:1) in Cardiff erlag der schottische Nationaltrainer Jock Stein (62) einem Herzinfarkt. (S. 16)

Elektrizität: Das deutsche Meisterpaar Claudia Massari und Daniele Capraro (Stuttgart) hat sich getrennt. Capraro will seine Karriere mit einer anderen Partnerin fortsetzen.

AUS ALLER WELT

Bergtote: Alpenvereine und Rettungsdienste schlagen Alarm: Die Zahl der Bergtote in diesem Sommer übertrifft schon lange vor Saison-Schluß alle Rekorde. Allein am Montblanc kamen 29 Personen ums Leben. (S. 18)

Wetter: Weiterhin freundlich, kaum Niederschlag. Bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungszettel: Kabele für Hochhäuser, Schlüssel für Einzelhäuser? - Von Peter Jentsch S. 2

Umwelt-Forschung-Technik: Warum Vögel auf Obstplätzen kaum noch Nahrung finden S. 7

Nene Heimat: Warum München Garagen und 2083 Wohnungen kauft - Von Peter Schmalz S. 3

Konjunktur: Die Aufschwungskräfte haben sich in den letzten Monaten weiter verstärkt S. 9

Auswärtiger Dienst: „Diplomaten falsch ausgebildet und nur begrenzt einsetzbar“ S. 4

Fernseher: Was kann man in der Freizeit tun? - Eine ZDF-Serie gibt „Tipp für Aktive“ S. 16

Gästematr: Präsidentschaftswahlen inmitten der Wirtschaftskrise - Von Werner Thomas S. 5

Malerei: London zeigt David Hockneys Arbeiten fürs Theater - Ein Tanz der Frösche S. 17

Fotografie: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 6

Antemobil: Die großen Anstellungen zeigen Meilensteine des technischen Fortschritts S. 18

Beifall für Bülow von den Grünen

Im Bundestag stellt Bahr das SPD-Konzept einer „Sicherheitspartnerschaft“ heraus

mrc/DW, Bonn
In der am Freitag von der CDU/CSU-Fraktion zustande gekommenen Aktuellen Stunde des Bundestages über das umstrittene Bülow-Papier der SPD stellten sich die sozialdemokratischen Redner ausnahmslos hinter die Grundzüge dieses Diskussionsentwurfs, in dem für die Zeit nach dem Jahr 2000 sowohl ein Abzug der sowjetischen als auch der amerikanischen Truppen von deutschem Boden nahegelegt wird. Egon Bahr unterstrich darüber hinaus den Willen der SPD, ihr Konzept einer sogenannten Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion zur Grundlage eines Antrages für den Parteitag des nächsten Jahres zu machen, was nach Bahrs Worten die Ablösung der gültigen NATO-Strategie zur Konsequenz hat.

Karsten Voigt (SPD) bezeichnete in seinem Diskussionsbeitrag die deutsche Mitgliedschaft in der NATO nicht als Selbstzweck. Sie werde nur so lange nötig sein, wie Europa nicht aus eigenen Kräften seine Sicherheit gewährleisten könne. Von Bülow selbst beklagte die angeblich „abgründliche Denkfähigkeit der CDU/CSU über die Zukunft Europas“.

Vom Sprecher der Grünen, Torsten Lange, kam demonstrativ Beifall für Bülows „Mut“, über „Sicherheits-Tabus“ hinausgedacht zu haben. Teilweise, so Lange, seien die Gedanken

LEITARTIKEL SEITE 2:
Nationalsozialisten
Von Wilfried Herz-Eichenrode
SEITE 8:
Unmut über Bülow

des SPD-Politikers für die Grünen koalitionsfähig.

Die Koalition kritisierte an den alternativen Vorstellungen Bülows vor allem die Gleichsetzung von Friedensbereitschaft bei den USA und der Sowjetunion sowie die fortgeschrittene Kooperationsfähigkeit der Sozialdemokraten mit östlichen Kommunisten, die sich in der Bildung von Arbeitsgruppen von SPD-Politikern mit den kommunistischen

Pöhl: Preisstabilität hat Vorrang

Bundesbankpräsident setzt sich gegen Forderungen von EG-Parlamentariern zur Wehr

WILHELM HADLER, Straßburg
Die Bundesbank fühlt sich nicht als bremsende Kraft beim Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS). In einem Podiumsgespräch mit Europageordneten ließ ihr Präsident, Karl-Otto Pöhl, aber keinen Zweifel daran, daß die Frankfurter Währungshüter die Schaffung einer europäischen Notenbank und damit die Übertragung währungspolitischer Kompetenzen auf Gemeinschaftsinstitutionen auf absehbare Zeit für unrealistisch halten.

Pöhl sah sich drängenden Fragen der Straßburger Parlamentarier ausgesetzt, die die Bundesbank bestärkten, sich in der Debatte über die weitere Entwicklung des EWS „weniger defensiv“ zu verhalten. Pöhl hielt seinen Kritikern entgegen, die „Währungspolitik könne kein Instrument zur Schaffung der politischen Einheit Europas“ sein. Auch die erste deutsche Zentralbank sei erst drei Jahre nach Gründung des Deutschen Reiches geschaffen worden.

Statt dessen berief sich Pöhl auf

den gesetzlichen Auftrag der Bundesbank, die Preisstabilität zu sichern. Mehr als ihre Schwesterinstitutione in der Gemeinschaft sei sie daher verpflichtet, alle Vorschläge zur Weiterentwicklung des Währungsverbundes unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen.

Forderungen, die auf eine gemeinsame europäische Währung hinausläufen, gehörten in die „Welt der Utopie, die mit der heutigen Realität der Europäischen Gemeinschaft nichts zu tun hat“, meinte Pöhl.

Pöhl sieht jedoch keinen Grund, mit der bisherigen Entwicklung des EWS unzufrieden zu sein. So habe sich der Währungsverbund in Zeiten enormer Turbulenzen an den Devisenmärkten durchaus als widerstandsfähig erwiesen und für die Hälfte des deutschen Außenhandels stabile Wechselkurse gesichert. Wenn das EWS auch nicht der Hauptgrund für die in den vergangenen Jahren erreichte größere Konvergenz der Wirtschaftspolitik der EG-Staaten darstelle, so habe es doch zumindest

die Kräfte in den Mitgliedsstaaten unterstützt, die auf eine Stabilitätspolitik drängten.

Als Voraussetzung für grundlegende Fortschritte beim Ausbau des EWS nannte Pöhl neben einer gleichgerichteten Wirtschaftsentwicklung der europäischen Länder den Abbau aller Beschränkungen im Geld- und Kapitalverkehr sowie den Beitritt Großbritanniens zum EWS.

Die Notenbanken der EG sahen die Probleme der Währungszusammenarbeit inzwischen zunehmend im gleichen Sinne. Es komme darauf an, das Währungssystem „effizient zu erhalten und weiterzuentwickeln“.

EG-Parlamentarierpräsident Pierre Pflimlin plädierte für parallele Bemühungen zur Stärkung der wirtschaftlichen und währungspolitischen Zusammenarbeit. Pflimlin sagte, in seiner langen politischen Laufbahn habe er festgestellt, daß Vorbedingungen, wie sie die Bundesbank stelle, stets das wirksamste Mittel gewesen seien, jeden Fortschritt zu behindern.

Guerrilla dehnt Terror auf Duarte aus

DW, San Salvador
Die salvadorianischen Rebellen haben ihren Terror gegen die Regierung nun auch auf die Familie von Präsident José Napoleón Duarte ausgeweitet: Seine Tochter Ines Duarte Duran wurde am Dienstag von einem Guerilla-Kommando entführt.

Die Kidnapper verschleppten die 35jährige Frau beim Verlassen einer privaten Universität in San Salvador, wo sie Publizistik studiert. Bei einem Schußwechsel kam einer ihrer Leibwächter ums Leben, ein anderer erlitt Verletzungen. Wahrscheinlich ist auch einer der Entführer oder das Opfer verletzt worden.

Ines Duarte Duran, Besitzerin des kommerziellen Rundfunksenders „Radio Libertad“ (Radio Freiheit), ist das älteste von sechs Kindern des Präsidenten. Die geschiedene Duarte-Tochter manage für ihren Vater den Präsidentschaftswahlkampf im vergangenen Jahr.

Die Vertreter der Regierung und ihre Familienangehörigen leben heute gefährlicher denn je, weil sich die marxistische „Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí“ (FMLN) auf Terror- und Sabotageaktionen konzentriert und den Streitkräften nicht mehr offen gegenübertritt. Viele Beobachter in der Hauptstadt führen diese neue Taktik auf die überwältigende Überlegenheit der Regierungstruppen zurück, fast 50 000 Mann. Die Zahl der FMLN-Partisanen ist dagegen in den vergangenen Jahren von 10 000 auf 6000 gesunken. Ein Sprecher der Streitkräfte berichtete, seit 1982 seien 3545 Partisanen desertiert. Dennoch will sich der einflussreichste Guerilla-Kommandeur Joaquín Villalobos nicht geschlagen geben. Er spricht von einem „langen Verschiebungskrieg“ und sieht die Rebellen am Ende als Sieger.

Der bisher spektakulärste Terrorakt ereignete sich am Abend des 19. Juni, als ein Killerkommando im Vergnügungsviertel „Zona Rosa“ 13 Menschen ermordete, unter ihnen vier amerikanische Marine-Infanteristen und zwei amerikanische Geschäftsleute. Die Sicherheitskräfte nahmen in der vergangenen Woche drei FMLN-Mitglieder fest, die zum Kreis der Tatverdächtigen gehören.

Nach der Entführung der Duarte-Tochter sind diese Chancen noch weiter gesunken.

Mitterrands Blitzbesuch im Südpazifik

DW, Paris

Die überraschend angekündigte Reise des Staatspräsidenten Mitterrand zum französischen Atomtestgelände auf dem Mururoa-Atoll wird in Paris als Ausdruck seiner Entschlossenheit gewertet, die französische Präsenz im Pazifik und die für die atomare Verteidigung des Landes wichtigen Atomversuche nicht in Frage stellen zu lassen. Auf dem Mururoa-Atoll wird Mitterrand heute an der Gründung eines französischen Koordinationskomitees für den Südpazifik teilnehmen, dem französische Botschafter in den Pazifikstaaten sowie zivile und militärische Vertreter angehören.

Mitterrand will mit dieser Reise offenbar die Folgen der „Greenpeace“-Affäre begrenzen, nachdem die Versenkung des Schiffes „Rainbow Warrior“ dem französischen Geheimdienst zur Last gelegt worden war. Der französische Präsident hatte die Bestrafung der Schuldigen angekündigt. Er hatte aber auch betont, Frankreich werde seine Atomversuche im Pazifik so lange fortsetzen, wie es für die Verteidigung des Landes erforderlich sei. Wer in die französischen Hoheitsgewässer um das Testgebiet eindringt, werde notfalls mit Gewalt vertrieben.

Der Präsident will sich über den neuesten Stand der „Greenpeace“-Protestbewegung gegen die im Oktober geplanten Atomversuche informieren. „Greenpeace“-Schiffe sind seit Tagen im Südpazifik versammelt. Sie bewegen sich konzentrisch auf Mururoa zu, um dort zu Beginn der Versuche einzutreffen.

Seite 5: Opposition begeistert

Möller bekommt mehr Kompetenzen

mrc/DW, Bonn

Die Kompetenzverteilung zwischen Jürgen Möllermann, dem von der FDP gestellten Staatsminister im Auswärtigen Amt, und dem neuen Staatsminister Lutz Stavenhagen (CDU) bestätigt offensichtlich Befürchtungen aus der CDU, daß der CDU-Politiker von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit vergleichsweise geringen Kompetenzen ausgestattet wurde.

Zu den neuen Aufgaben Möllermanns, dessen Bedeutung aufgewertet wurde, gehört jetzt vor allem die früher von dem verstorbenen Staatsminister Alois Mertes wahrgenommene Ost- und Sicherheitspolitik. Möllermann vertritt weiterhin den Minister bei den Vereinten Nationen, betreut Aufgaben des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang mit der Dritten Welt und vertritt Genscher im Bundeskabinett.

Stavenhagen wird nach dem Willen Genschers die Europapolitik betreiben. Er sitzt dem Staatssekretärsausschuß für Europafragen vor, vertritt Genscher im EG-Ministerrat und betreut die Staaten des Atlantik, der Karibik und des Pazifiks (AKP).

Stavenhagen komme dabei zugute, daß er sich in seiner bisherigen Arbeit außerhalb und innerhalb des Bundestages mit den Problemen von Forschung und Technologie vertraut gemacht habe, sagte Genscher bei der Amtseinführung des CDU-Politikers. Das Eureka-Projekt komme voran und für die November-Konferenz der beteiligten Regierungen in Hannover zeichneten sich erfolgversprechende Projekte ab.

SDP-Kongreß stärkt Owens Position als Parteichef

Weitere Annäherung an Liberale in Verteidigungspolitik

gtm/DW, Turquay

Aus dem gestern im Seebad Turquay beendeten Kongreß der britischen Sozialdemokraten (SDP) ist Parteiführer David Owen mit gestärkter Position hervorgegangen. In verschiedenen Punkten konnte er sich gegenüber dem linken Flügel der Partei durchsetzen. Auf dem Kongreß kam es auch zu einer weiteren Annäherung der SDP an ihren Bündnispartner - die Liberale Partei -, vor allem in der Verteidigungspolitik. Offenbar wollen die britischen Sozialdemokraten in der Verteidigungspolitik eine Position zwischen der neutralistischen Labour-Partei und den Konservativen einnehmen.

Die Sozialdemokraten hegen weder die Absicht, die Amerikaner und ihre Marschflugkörper aus Großbritannien zu vertreiben, noch plädieren sie dafür, daß London auf eine eigene atomare Streitmacht verzichten solle. Aus Kostengründen wendet sich die SDP jedoch strikt gegen das Vorhaben der konservativen Regierung, die Polaris-Raketen durch die in der Entwicklung befindliche „Trident“ zu ersetzen.

Ein Antrag auf Abbau der britischen und der in Großbritannien stationierten amerikanischen Atomwaffen wurde vom Parteitag abgelehnt. Hingegen forderte der Kongreß die Parteiführung auf, sich für einen Verzicht auf die Stationierung neuer Raketen (einschließlich Marschflugkörper) für den Fall einzusetzen, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf scheitern sollten.

Eindeutig wendet sich die SDP gegen die amerikanischen SDI-Pläne. Owen warf der Regierung Thatcher vor, in der Frage der Kernwaffenversuche nicht eindeutig für ein endgültiges Verbot der Tests einzutreten. Er beschuldigte die Regierung, gegenüber den USA eine devote Position einzunehmen. Dadurch habe sie den positiven Einfluß früherer Regierungen auf die amerikanische Öffentlichkeit als ehrlicher und offener Freund der USA eingebüßt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Steuer runter, Blei raus

Von Paul Spreck

Leider haben es die Abgeordneten im Bundestag gestern versäumt, dem Finanzminister die wohl interessanteste Frage zu stellen, nämlich, um wieviel der Steuervorteil von bleifreiem Benzin ausgedehnt werden soll. Festzuhalten ist immerhin, daß die Regierung jetzt entschlossen ist, die Steuer als Steuerinstrument im Umweltschutz gezielter einzusetzen. Bleifreies Benzin soll, so will Stoltenberg, „degressiv“ begünstigt werden, also mit fallenden Steuervorteilen bis zu jenem Zeitpunkt, wo nur noch unverbleiter Treibstoff getankt wird.

Derzeit klagen die Tankwarte, die beträchtliche Investitionen gewagt haben, noch über den kümmerlichen Absatz von bleifreiem Sprit. Das nimmt nicht wunder, denn die Kosten dieser Treibstoffart sind bei den kleinen Mengen sehr hoch. Zudem beträgt die Spreizung der Mineralölsteuer zwischen den beiden Treibstoffarten derzeit nur vier Pfennig. Umweltbewußte Kraftfahrer müssen also einige Pfennig mehr zahlen; der Fiskus bestraft die Saubermänner, statt sie zu belohnen. Diese Spreizung erweist sich als nicht herzhafte genug und wird jetzt erweitert.

Bei geschickter Handhabung der Mineralölbesteuerung wird der bleifreie Treibstoff einen Durchbruch erzielen, zumal die Mineralölwirtschaft jetzt auch zunehmend bleifreie Superkraftstoffe anbietet. Bei Normalbenzin ohne Blei ist die Versorgungsdichte fast schon flächendeckend, was man in so kurzer Zeit eigentlich nicht für möglich gehalten hätte. Im Gegensatz zu den siebziger Jahren geht die Industrie auch nicht mehr auf Abwehrkurs, sondern möchte gern an der Spitze des Umweltschutzes brillieren.

Das bleifreie betankte Auto stößt dann zwar dieses Metall nicht mehr aus, wohl aber genügend andere Schadstoffe. Diese aber vermag man um so besser herauszufiltern - beispielsweise mit Katalysatoren -, je mehr sich bleifreie Treibstoffe am Markt durchsetzen. Es ist zu vermuten, daß sich der schadstoffarme Autoverkehr schneller Bahn bricht, als die Prognosen es erwarten ließen. Technische Sprünge haben sich häufiger rascher vollzogen, als Experten zuvor berechnet hatten. Das Bild vom Fortschritt als einer Schnecke hat eigentlich noch nie gestimmt.

In Schutt und Asche

Von Reiner Gatermann

Es gab Dienstagmorgen keinen Toten im Birminghamer Stadtteil Handsworth, einen Tag nach dem Schlach. Diesmal waren 1400 Polizisten im Einsatz, 91 Personen wurden festgenommen, 19 Polizisten, 3 Feuerwehrleute und 3 Zivilisten verletzt - aber die Polizei war dennoch erleichtert, man hätte Schlimmeres befürchtet. Der neuerlich angerichtete Sachschaden - in Brand gesetzte Autos, Einbrüche und viele Plünderungen - ließ sich gestern noch nicht in Zahlen festhalten. Aber es brannten keine Straßenzüge, wie am Vortag. Und der neuerannte Innenminister Douglas Hurd, der am Dienstag in Handsworth war, konnte sich vor dem Steinhaagel in einem Polizeiwagen flüchten.

Handsworth hat eine Sozialstruktur, die die Gefahr solcher Ausbrüche in sich birgt: Die Hälfte der 250 000 Einwohner ist jünger als 24 Jahre, und die Hälfte der Jugendlichen hat keine Arbeit. Knapp zwei Drittel der Familien sind Asiaten (Indier und Pakistani) oder Schwarze (aus der Karibik). Das Geschäftsleben beherrschen die Asiaten. Viele Schwarze handeln mit Rauschgift.

Die Behörden und die Vertreter der Bevölkerungsgruppen seit den Ausschreitungen in Brixton (London) vor vier Jahren versuchen, eine gewaltlose Form des Zusammenlebens zu finden. Dazu gehörte auch, daß die Polizei sich möglichst zurückhält. Das aber steigerte den Rauschgifthandel - und die deswegen erfolgte Verstärkung der Polizei wurde als Provokation verstanden. Die gesamte Kriminalität jedoch war bereits höher (im Juli gab es 200 Autodiebstähle, 209 Einbrüche in Geschäfte und 256 in Privatwohnungen), was die Kommunalpolitiker eigentlich beruhigt hatte.

Doch nach dem schlimmen Wochenbeginn muß neu geprüft werden, welche Brücken zwischen Behörden und Bewohnern sowie zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen noch bestehen; vieles auch in dieser Beziehung liegt in Handsworth in Schutt und Asche. Die Opposition macht zwar die Auswirkungen der Politik Frau Thatchers für die Ausbrüche verantwortlich, aber bisher hat es keine Regierung geschafft, mit diesem Problem fertig zu werden.

Nach zwölf Jahren Pinochet

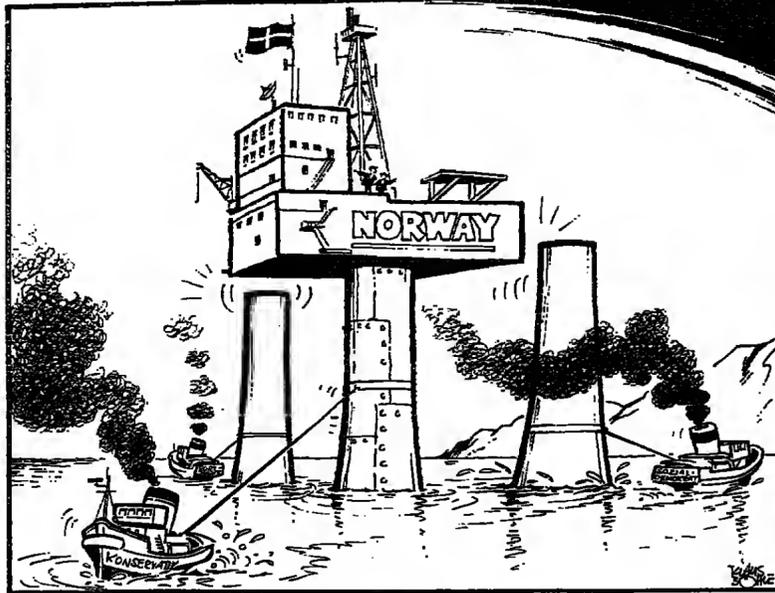
Von Günter Friedländer

Chiles Rückkehr zur Demokratie wird hoffentlich nicht auf den Straßen erkämpft, sondern in Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition abgesprochen werden. So sehen es die siebzehn Parteien in einem „nationalen Abkommen“ für den Übergang zur vollen Demokratie vor, das ein Ausweg aus der konstitutionellen Krise zu werden verspricht, in der das Land sich nach genau zwölf Jahren der Herrschaft Pinochets befindet.

Das Abkommen ist in erster Linie Chiles jüngstem Kardinal, dem konservativ ausgerichtet Juan Francisco Fresno, zu danken, der es mit den Parteien ausgearbeitet hat. Für Pinochet ist es unheilvoll, daß er die Kirche nun offenbar gegen sich hat. Denn sie ist in Lateinamerika bei politischen Entwicklungen eine wichtige Kraft, wie Diktatoren von Argentinien bis Nicaragua erfahren haben.

Im Gegensatz zur von den Christdemokraten inspirierten „Demokratischen Allianz“ hat das Abkommen nicht ein Maximum, sondern ein Minimalprogramm aufgestellt: es fordert nicht das (beschämende) sofortige Abdanken Pinochets, sondern einen Übergang. Die einzigen Sofortmaßnahmen, die es empfiehlt, sind organisatorischer Natur, um in der Zukunft freie und geheime Wahlen abhalten zu können. Auch Pinochets Regierungsprogramm sieht das vor. Das Abkommen erklärt den Verzicht auf Gewaltakte. Die Kommunistische Partei Chiles wurde zu Verhandlung und Unterschrift des Abkommens eingeladen, zog sich aber zurück.

In den vergangenen Wochen, seit der Entdeckung, daß Polizisten des Mordes an Zivilisten schuldig sind, scheint es zum ersten Mal zu Unstimmigkeiten im Heer gekommen zu sein, das Pinochets Regime bisher stets verteidigte. Pinochet und das Heer haben nun einen glaubwürdigen Gesprächspartner, wenn sie an eine geordnete Rückkehr zur „orthodoxen Demokratie“ denken, wie Pinochet sich verächtlich ausdrückt. Seine Präsidentschaft endet 1989, danach will er noch acht Jahre weiterregieren. Nicht erst die jüngste Protestwelle läßt daran zweifeln, ob das chilenische Volk das auch will.



Am Zuge

KLAUS BOHLE

Nationalneutralisten

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Das Bülow-Papier beginnt mit dem Satz: „Die Sicherheit der europäischen Völker wird seit 1945 durch die beiden Hauptkriegsmächte des Zweiten Weltkrieges, die USA und die Sowjetunion, gewährleistet.“ Man sieht es vor sich, wie Brandt und Bahr zustimmend mit dem Kopf nicken.

Im Grunde kann man sich die weitere Lektüre dieses 23-Seiten-Entwurfs sparen, denn schon der einleitende Gedanke leitet die Analyse der europäischen Sicherheitslage in eine grundsätzliche Richtung. Die Einführung müßte lauten: „Die Sowjetunion hat halb Europa okkupiert. Sie verweigert den unterworfenen Völkern das Selbstbestimmungsrecht. Sie teilt Deutschland und Europa. Damit verursacht sie den politischen Spannungszustand, der zur Hochrüstung der beiden Bündnisse in Europa, der NATO und des Warschauer Paktes, geführt hat.“

Mit diesem Ansatz kommt man zwangsläufig zu ganz anderen Schlüssen als der Sozialdemokrat Andreas von Bülow. Die unrealen Utopie eines ehelichen SPD-Mannes, der es als ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium eigentlich besser wissen müßte, hat jedoch eine lange Vorgeschichte, deren Akteure Egon Bahr ist. Im Jahre 1968 war Bahr unter Außenminister Brandt Leiter des Planungstabes im Auswärtigen Amt. Aus jener Zeit stammt ein Plan, wie die Teilung Europas zu überwinden sei. Das am weitesten in die Zukunft greifende Modell sah vor: Sicherheitszonen in Europa, Auflösung der Bündnisse, Fernziel Wiedervereinigung der Deutschen - so hat es Bahr selbst formuliert. Noch 1978 sagte er: „Der Planungstab muß überlegen, wie in einer sich entwickelnden Situation der Verfassungsauftrag zur Wiedervereinigung zu realisieren ist. Und da ist überhaupt nichts dran abzustecken. Das geht nur durch Auflösung der Blöcke.“

Wandelt wir weiter auf Bahrs Spuren. 1980 nahm er Konrad Adenauers spätes Wort von der friedliebenden Sowjetunion auf, um seine Grundthese aufzustellen, Moskau wolle keinen Krieg. Zuvor schon hatte Herbert Wehner erklärt, die sowjetische Militärmacht sei defensiv. Dem hatte Franz Josef Strauß in dieser Zeitung mit der Feststellung widersprochen, die sowjetische Militärmacht sei sowohl defensiv wie aggressiv - wie inzwischen in Afghanistan bewiesen. 1982 entwarf Bahr einen Dreipunkte-Plan für eine auf Mittel- und Osteuropa begrenzte atomwaffenfreie Zone bei konventionellem Gleichgewicht. 1983 entwickelte er seine Vorstellungen von einer „Partnerschaft zur Sicherheit“ zwischen NATO und Warschauer Pakt. Er verlangte, „daß wir die Bündnisse... als Faktor der Stabilität erkennen“. Hier, so scheint es, hat von Bülow seinen Einleitungssatz abgeschrieben. Egon Bahr credo: „Auch Kommunisten sind unentbehrliche Partner des Friedens.“

Die Entspannungspolitik definierte Bahr als das Mittel, das den europäischen Staaten Gleichberechtigung gegenüber den Nuklearmächten verschaffe. Das Gewicht der nicht-atomaren Staaten in Europa „kann erst wieder zum Tragen kommen, wenn die Rüstungen keine beherrschende Rolle mehr spielen“. Diesen Gedanken hatte Bahr schon ein Jahr davor in China vorgetragen, und das - so weit bekannt geworden - mit einer deutlichen Spitze gegen Amerika. Der Kampf um den Frieden, soll er gesagt haben, sei ein Kampf gegen die Hegemonialmächte. Die militärische Stärke der Vereinigten Staaten sei größer als deren Weisheit. Damals, 1982, hielt Bahr Amerika für gefährlicher als die Sowjetunion, und das soll er auch den Chinesen gesagt haben.

In jenen Jahren kommentierte Bahr seine eigene, also Willy Brandts Politik der Ostverträge mit den Worten, es sei damit begonnen worden, Vereinbarungen zu treffen, die funktionieren und die Europa zu einer Oase gemacht haben, in der Stabilität und Frieden herrschen“. Das Wort Oase muß man



Zögernder Kandidat in spe: Bahr in Moskau

dreimal lesen. Schon den Chinesen hatte er auseinandergesetzt, daß die Bündnisse in Europa auch Kontrollinstrumente der Supermächte über ihre Verbündeten seien - was im Falle der Sowjetunion nachweislich stimmt, im Falle der USA aber erst einmal bewiesen werden müßte. In solche Sicht paßt Bahrs Aussage aus dem Jahr 1984 im Zusammenhang mit Überlegungen Henry Kissingers über eine Neuorganisation der NATO: „Es sollte mit der Selbstachtung der Europäer nicht vereinbar sein, sich bis zum Jahre 2000 an eine Perspektive festzuklamern, die dann noch immer die gleiche amerikanische Truppenstärke wie heute vorsieht.“

Und damit sind wir wieder beim Bülow-Papier. Den Blick fest auf das Jahr 2000 gerichtet, übernimmt der Herr von Bülow das Kommando in Europa Ost und West. Den sowjetischen Truppen befiehlt er, sie „sollten“ spätestens nach der Jahrtausendwende auf dem Absatz kehrt machen, um in ihre Heimat zurückzukehren, und die amerikanischen Truppen bläst er den Marsch, sie „könnten dann auch“ Zug um Zug „in der Bundesrepublik bis auf einen kleinen symbolischen Rest, insbesondere in West-Berlin, abgezogen werden“.

Bahr setzt phantasievolle, aber ohnmächtige Gedankenkonstruktionen gegen die waffenstarrende Machtpolitik der Weltmächte, und in diese alten Bahrschen Schläuche schüttet von Bülow seinen Glykolwein. Leider muß man diese mit demagogischen Elementen durchsetzte „Expertise“ ernst nehmen. So also stellen sich führende Köpfe der SPD den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands vor. Ob Bahr und Bülow das Wort vom Nationalneutralismus akzeptieren oder nicht, dies ist der Weg in eine verbrämte Form des Neutralismus mit abschabem Ende: ein vielleicht vereinigtes Deutschland unter dem sowjetischen Gesetz der Breschnew-Doktrin.

Johannes Rau, dem zögerlichen Kanzlerkandidaten in spe, möchte man Henry Kissingers Memoiren ans Herz legen. Dort steht geschrieben: Die Grundursache des Dilemmas unserer Zeit liegt darin, „daß, wenn der Friede zum einzigen politischen Ziel wird, die Furcht vor dem Kriege zur Waffe in den Händen der Rücksichtslosesten wird; sie erzeugt die moralische Abrüstung“.

Kabel für Hochhäuser, Schüssel für Einzelhäuser?

Schwarz-Schillings neue Preise / Von Peter Jentsch

Gleichgültig, wie Postminister Christian Schwarz-Schilling das Kabel dreht und wendet, gleichgültig, welche neue Initiative er ergreift: immer wird ihm daraus ein Strick gedreht.

Diesmal, nach seiner Vorlage zur Änderung der Gebührenstruktur für den Kabelanschluß von 1986 an, mit dem Verzicht auf Subskriptionspreise (also auf Subvention), gibt es sogar Ärger mit Parteifreunden. Eine große Schwierigkeit besteht für ihn darin, daß die Programmanbieter auf mehr Zuschauer warten und die Zuschauer auf mehr Programme.

Mit seiner Preispolitik, die am 10. Oktober vom Postverwaltungsrat abgesegnet werden muß, versucht Schwarz-Schilling, diesen Kreis zu durchbrechen. Nach einem Gutachten (von 1984) des Münchner Kommunikationswissenschaftlers Eberhard Witte wird Kabelfernsehen für die verbende Wirtschaft lukrativ, wenn bundesweit rund 4,4 Millionen Haushalte

(Stand Juli: 1,24 Millionen) angeschlossen sind. Witte schlägt vor, mit wachsender Anzahl der Wohnungen pro Übergabepunkt die Gebühren zu senken und sie mit sinkender Wohnungszahl pro Übergabepunkt zu steigern.

Eben dies hat der Post-Minister jetzt vorgeschlagen. Er will eine fünfzigprozentige Erhöhung der Kabelanschlußgebühren für Einfamilienhäuser (von 500 auf 750 Mark) und eine drastische Gebührenerhöhung für Großbauten mit vielen Wohnungen. Gleichzeitig soll der Subskriptionspreis für den Kabelanschluß (350 statt 500 Mark, in der Regel für Neubauten), mit dem die Post in der Startphase der Verkabelung Anreize schaffen wollte, im Oktober 1986 abgeschafft werden.

Schwarz-Schillings Gebührengestaltung ist marktwirtschaftlich korrekt. Außerdem will er möglichst viele Wohnungen verkabeln. Einzelanschlüsse, die auch für die Post teuer sind, sollen dem Ver-

braucher teuer in Rechnung gestellt werden. Mit der degressiven Gestaltung der Gebühren (für die elfte bis einhundertste angeschlossene Wohnung pro Übergabepunkt nur noch 25 Mark) soll die Akzeptanz erhöht werden.

Indes gibt es auch berechtigte Kritikanträge. Geht die geplante Gebührenstruktur nicht von der falschen Prämisse aus, daß in Ein- und Zweifamilienhäusern nur „reiche Leute“ wohnen, die diese Belastung tragen können? Gerade wegen der ländlichen und strukturschwachen Gebieten wird Schwarz-Schilling Protest aus dem Flächenländern, etwa aus dem CDU-regierten Rheinland-Pfalz und Bayern (CSU), hören. Die Gebührenveränderung ist für rund sechzig Prozent des Wohnungsbestandes negativ, wenn man Häuser mit bis zu fünf Wohneinheiten, in denen die Anschlußgebühr bei 400 Mark liegt, mitrechnet.

Auch sei die polemische Frage erlaubt, wie es die Post denn mit

IM GESPRÄCH Werner Dieter

Alles zehnmal größer

Von Joachim Gehlhoff

Das kommt nicht alle Tage vor: Ein Weltkonzern beruft in seine verwaltete Vorstandsspitze einen weit- und unbekanntem Mann, der noch nie ein solches Großunternehmen aus nur als Vorstandsmitglied mitgeführt hat. So geschah es nun beim Düsseldorfer Röhren- und Maschinenbaukonzern Mannesmann, einer der ersten deutschen Industrie-Adressen.

Einstimmig, ohne Querelen, bestellte der Aufsichtsrat gestern den Fachschul-Maschinenbauingenieur Werner Dieter zum Nachfolger des nach zweijähriger Amtszeit verstorbenen Professors Franz Josef Weisweiler. Ein Mann, der bisher als Leiter der Rexroth-Gruppe einen der acht Unternehmensbereiche des Konzerns führte, regiert nun einen Multi, der in diesem Jahr mit 106 000 Beschäftigten sechzehn Milliarden Mark Weltumsatz macht und 180 000 Aktionären gehört.

Der aus dem zweiten Glied hervorgetretene neue Chef wurde allerdings schon lange beachtet. Als Glücksfall in zum doppelten Sinn preist man heute in der Konzernzentrale, daß sich Mannesmann auf seinem Weg vom Montan- zum Technologiekonzern von 1968 an schrittweise bei den Rexroths in Lothar am Main einkaufte. Ein Glücksfall einerseits, weil der dreißigjährige Fabrikantensohn Ludwig Rexroth die ländliche Eisengießerei seiner Vorfahren einst mit wagemutigem Schritt in die Öldruck-Technik, den „Muskel des zwanzigsten Jahrhunderts“, zu einem Produzenten von Welttrag machte. Und weil er im rasanten Auswuchs der Firma rechtzeitig erkannte, daß in Kapital wie Führungspotential die Familie den Höhenflug nicht mehr begleiten konnte.

Ein Glücksfall andererseits, weil sich Mannesmann aus heutiger Sicht mit Rexroth auch schon die Lösung für das unerwartete Nachfolgeproblem an der eigenen Konzernspitze kaufte. Denn Werner Dieter, in zwei Wochen wird er sechsfünfzig Jahre alt, ein Eisenbahnbeamten-Sohn aus Stuttgart, nach Esslinger Ingenieurschule einige Jahre bei Bosch, heuerte schon 1960 bei Rexroth als Entwicklungs- und Vertriebschef für



Neuer Mannesmann-Chef: Dieter

FOTO: XUPP DACHINGER

die junge Hydrauliksparte an. Seit 1965 war er als Geschäftsführer die treibende Kraft zum Aufstieg der Firma von einst dreißig Millionen Mark Umsatz zu einem Gebilde, das in diesem Jahr mit reichlich 10 000 Beschäftigten 1,8 Milliarden Mark Umsatz macht, davon fast zwei Drittel auf Auslandsmärkten und fast ein Viertel aus eigener Auslandsproduktion.

Kein Wunder also, daß die Nachfolge-Sucher, voran der seit zwei Jahrzehnten erfolgreiche Konzernumwandler Egon Overbeck, auf diesen Mann kamen. Simpel gesagt: Der neue Chef braucht an solche bislang von ihm verantworteten Zahlen nur eine Null anzuhängen - und hat die heutige Struktur des Mannesmann-Konzerns in Arbeitsplätzen und Weltgeschäft.

Den Erfolg allerdings, der bei Rexroth so beständig an seinen Fersen klebte, muß der Schwabe, der seine Zeit auf „Firma und Familie“ (drei Kinder) aufteilt, beim noch nicht endenden Strukturwandel dieses „Großunternehmens der Kleinakzordäre“ erst noch erkämpfen. Seine einstimmige Wahl an die Konzernspitze läßt hoffen, daß Dieters in Produkt-Innovation und Markt-Penetration gleichermaßen ausgeprägten Qualitäten weniger als bei seinen Vorgängern durch Querschnitte aus dem Lager der Mitbestimmer belastet werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

ABENDZEITUNG

Das Münchner Blatt meint zur Bonner Familienpolitik:

Zum Abschied gibt sich Familienminister Heiner Geißler gerne: 10 Millionen Mark jährlich mehr gesteht er nun der von ihm ins Leben gerufenen Stiftung „Mutter und Kind“ zu. Zu überschaubarer Dankbarkeit besteht gleichwohl wenig Anlaß: Was als Wohltat ausgegeben wird, ist in Wahrheit nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Denn Geißlers Lieblingskind, mit dem er die Zahl der Abtreibungen kräftig senken will, war längst pleite. Schon zur Jahresmitte mußten sich - in einigen Regionen - viele schwangere Frauen aus nächste Jahr vertragen lassen oder ganz ohne milde Gabe von dannen ziehen. Natürlich kann man den Run auf Geißlers Baby-Kassen als großen Erfolg feiern. Kenner sprechen höchstens vom Mithameffekt. Tatsächlich wird wohl kaum eine Frau ihre Entscheidung für oder gegen ein Baby von den (durchschnittlich) nicht einmal 4000 Mark Stützungsunterstützung abhängig machen.

THE GUARDIAN
Die Londoner Zeitung meint zu den Unruhen von Hiroshima:

(Das) waren im klassischen Sinne keine Rassenunruhen. Es war ein verabscheuungswürdiger Raubzug von einigen hundert zumeist schwarzen Jugendlichen in einem vornehmlich schwarzen und asiatischen Getto. Einige Weiße haben sich diesem angeschlossen. Es gibt keine Berichte über Angriffe auf Weiße... Anseh-

nend ist es zu einer spontanen Orgie von Plünderung und Brandstiftung gekommen. Da viele der kleinen örtlichen Geschäfte Asiaten gehörten, waren es Asiaten, die den Hauptteil der Diebstähle und Feuerschäden erlitten. Handsworth hat den Ruf für eine schrecklich hohe Arbeitslosigkeit und schreckliche Wohnverhältnisse. Die Polizei hat kürzlich hart gegen die Drogenhändler durchgegriffen. Die Anordnung für scharfe Polizeikontrollen in den Getto-Gezeiten, wo angeblich die Drogen zirkulieren, ist eine Einladung zu gewaltsamer Unruhe. Das mag die Situation gewesen sein, die den Funken zu den Gewaltakten lieferte.

DEUTSCHE TAGESPOST

Die Wiesbadener Zeitung beschäftigt sich mit Reaktionen ins ferne Japan:

Die Frankfurter SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung drängt auf einen Besuch von Hiroshima. Eine ganze Delegation muß es gleich sein, die an Ort und Stelle erkunden soll, was damals geschah. Ärzte, Wissenschaftler und Publizisten sollen die Herren Stadtverordneten begleiten und die Spätfolgen des atomaren Angriffs erkennen und bewerten, heißt es. Für was eigentlich? Es gibt unendlich viel Material über die Tragödie in jeder Sprache. Klügere Leute als Frankfurter Kommunalpolitiker roter und grüner Couleur haben eingehende Untersuchungen längst vorgenommen. Das wissen auch die Anreger der Reise, die so unendlich ist wie ein Krampf. Doch... Hiroshima ist eine politische Mode geworden.

مكتبة جامعة القاهرة

Ed Koch - der immer noch frische Wind über New York

Seine dritte Amtszeit gilt als sicher: Ed Koch, New Yorks Stadtoberhaupt, ist in Gedanken schon bei seiner vierten Amtszeit. Seine Popularität ist beinahe ein politisches Wunder in einer Stadt, die kaum regierbar ist.

Von HEINZ BARTH

Er ist der 105. Bürgermeister des neu- und auch urzeitlichen Monsters, das sich New York nennt. Und er ist entschlossen, dafür zu sorgen, daß dieses kommunale Ungeheuer nicht so bald einen 106. Dompteur bekommt. Bevor er im November das dritte Mal zum Oberhaupt der am schwersten regierbaren Stadt der Welt gewählt wird - denn daran zweifelt niemand -, spricht er schon jetzt meist von dem, was er in seiner vierten Amtszeit zu tun gedenkt, mit der nach weiteren vier Jahren zu rechnen ist.

Edward Irwin Koch, Bestseller-Autor einer wütrigen Selbst-Biographie, Titelfigur des Broadway-Musicals „Mayor“, ist mit 60 Jahren fest in der Rolle verankert, die aus dem Bürger-einen Hexenmeister von New York gemacht hat. Als er 1977 nach einem hauchdünnen Wahlsieg das Steuer der heruntergekommenen Metropolis übernahm, taumelte sie am Rand eines Abgrundes von Bankrott, Korruption, Schmutz und Crime. Um ihre sogenannten „Services“ zu erhalten, ging sie, wie andere Metropolen Amerikas, in Washington betteln. Sie mußte einige Tausend Polizisten entlassen, die sie im Kampf gegen das Verbrechen am nötigsten brauchte. Die Banken hatten lange aufgehört, ihr Kredit zu geben.

Wie die körnige Haut eines Säuriers hatten sich die Avenuen New Yorks mit Schlaglöchern überzogen. Die mit obszönen Graffiti verschmierten Metro-Züge waren zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Unter den einbrechenden Straßendecken verschwand schon mal ein kanariengelbes Taxi oder eine langsame VIP-Limousine. Acht Jahre später war jetzt die Vorwahl der Demokratischen Partei, die Ed Koch am Dienstag im Vorübergehen gewann, ein unterhaltsam präsentiertes Nichtereignis. Von Spannung keine Spur. Und was heiß schon Vorwahl der Demokraten? Es war eine Vorwahl der New Yorker, die republikanische Konkur-

renz einbezogen, die ihren populärsten Mayor seit Fiorello La Guardia noch lange behalten wollen.

In der großen Depression von 1929 wurde die Stadt von einem kleinen Dicken aus der materiellen Misere geführt. Jetzt ist sie glücklich mit einem langen Hageren, der die moralische Krise ihres Selbstvertrauens überwand. Dazwischen lag das administrative Ödland von Jahrzehnten, in denen es ständig abwärts ging. Koch hat das trübselige Los eines von Problemen umstellten Kommunalpolitikers mit den goldenen Folien des Schan-Geschäfts verglichen. Er weiß, eine Metropolis wie diese will nicht nur verwaltet, sie will auch unterhalten sein. Der Rest im November, wo er es wie das letzte Mal wieder auf 75 Prozent der Stimmen bringen könnte, ist nur noch Formsache.

Was seiner Wahlkampagne an Spannung fehlt, hat er mit Pep und Selbstironie, den wichtigsten Zutaten seines Erfolges, aufbereitet. Niemand braucht die Kassenschalter des Broadway zu passieren, um den „Mayor“ zu erleben. Es gibt ihn auf einem mit Girlanden umkränzten Wahlpodium in den Schluchten von Manhattan in persona, wo er leichten Fußes, ein Stückchen kokett schwingend und sich als „Bürgermeister der Schlaglöcher“ perstifizierend, dem Wahlvolk etwas vorsteckt.

Keine Frage: Der Mann ist in Form. Das morgendliche Joggen gehört zu seinem Fitness-Ritual, bevor er sich gegen sieben Uhr an seinen Schreibtisch setzt. Er wußte es immer, daß diese skeptische, abgebrühte und unverträgliche Stadt nichts so nötig hat wie einen Schuß Optimismus und einen Hauch Frische, der den aus den Eingeweiden Manhattans aufsteigenden Gestank über die Spitzen der Wolkenkratzer lüftet. Der Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen, die mit ihrem Pelzmantel in der Depression untergingen, weiß, wie er seine Vaterstadt zu regieren hat. „Wie eine große und streitsüchtige jüdische Familie. Meine erste Priorität“, sagt er, „ist die Wirtschaft. Sie besteht aus zehn ersten Prioritäten.“

Tatsächlich hat er es fertiggebracht, die Finanzen New Yorks zum ersten Mal seit undenklichen Zeiten aus den roten Zahlen zu bringen. Als er in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre mit Schulden haushierte, hatte er gelernt, daß man kein Geld ausgeben kann, das man nicht hat. Da-



Ed Koch, das Glückskind: Nicht nur die Schönen sind ihm hold, auch New Yorks Wähler mögen ihn

zwischen aber lag eine politische Karriere, die ihn weit nach links führte. Er begann als Wahlhelfer für Adlai Stevenson und wurde als Reform-Demokrat fünfmal in den Kongreß gewählt. Doch auch aus dem Linksliberalen wurde, nachdem er das New Yorker Rathaus erobert hatte, ein Neokonservativer, der sich heute gegen den Vorwurf zu wehren hat, daß seine Sparsamkeit auf Kosten der ärmeren Schichten und besonders der Schwarzen geht.

Daran mag einiges sein. Er ist zu einer Symbolfigur des noch immer akuten Konfliktes zwischen Juden und Farbigen geworden, der sich in New York schärfer ausprägt als sonst in den Vereinigten Staaten. Daß er trotzdem auch in schwarzen Stadtbezirken große Mehrheiten erreicht, spricht für die politische Intelligenz und den Wirklichkeitsinn der New Yorker. Ein fakalisch Konservativer ist noch lange kein Rechter. Von dem 14-Milliarden-Budget New Yorks entfallen 56 Prozent auf soziale Leistungen für die Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Puerto Ricaner, die unter der Armutgrenze leben. Kochs Argument: „Wer profitiert von einer finanziell sanierten Stadt? Die Armen. Wer flieht aus der Stadt, wenn sie bankrott geht? Die bürgerlichen Schichten. Die Armen können nicht flüchten.“

Der Frühaufsteher Ed Koch ist auch früh aufgestanden, als es die

psychologischen Veränderungen zu erstem galt, die sich in Amerika seit Ende der sechziger Jahre ereignet haben. Lange bevor die Popularität Ronald Reagans es weithin sichtbar machte, daß die Nation die Krise ihres Selbstverständnisses überwunden hatte, lange auch bevor Washington mit der überfälligen Demontage des Staatszentrismus begann, hatte Ed Koch die Zeichen der Zeit erkannt. Er begriff früher als andere, daß Amerikas Metropolen künftig auf sich selbst gestellt sein würden und auf die Milliardenzuschüsse des Bundes verzichten müßten. Bei ihm wurde die Eigenverantwortung wieder groß geschrieben, bevor der Begriff Reaganismus erfunden war.

Selbst die sozial schwächeren Schichten wollen nicht, daß New York wieder in die frühere Dekadenz zurückfällt, die einem neuen Unternehmungsgeist gewichen ist. Es war die Vitalität Kochs, die sich auf die Stadt übertrug. „Mach ich es recht?“ ist die Frage, die der Bürgermeister unentfährlich anderen - und damit eigentlich sich selbst - stellt. Was er am nächsten macht, ist die geradezu elementare Direktheit, mit der er die Dinge angeht. Barbara Walters, Amerika am wenigsten moderierte Moderatorin, fragte den Junggesellen einmal bei offenem Bildschirm, ob es denn normal sei, daß er nie verheiratet war. Darauf Ed Koch: „Sie sind

doch geschieden. Hat das Ihr Sexleben beeinträchtigt?“

Direkt ist er auch, wo es um die städtischen Probleme geht. Da wird nichts unter den Teppich gefegt, nicht die Kriminalität, die noch immer zu hoch ist, nicht die katastrophalen Zustände an den Schulen, nicht das unmögliche Verkehrs-System. Aber schon der Mut und die Selbstsicherheit, keines der Probleme zu verstecken, hat die Atmosphäre verändert. Manche halten ihn für einen Krypto-Republikaner. Er hat sich weit von der Vergangenheit eines Weichschuh-Intellektuellen entfernt, der in der Vietnam-Ära Annerste für die Kriegsdienst-Verweigerer verlangte und heute seine früheren Freunde erntet, weil er die Wiedereinführung der Todesstrafe fordert. Die Realität der Stadt, für die er sich verantwortlich weiß, hat ihn auf vielen Gebieten eingeholt.

Man sollte es vielleicht nicht ideologische Freundschaft nennen, was ihn mit Ronald Reagan verbindet. Aber ein unfehlbares Gespür für die Stimmung der Mehrheit liegt beiden im Blut. Eine Wechselwirkung zwischen dem Republikaner im Weißen Haus und dem Demokraten in der New Yorker City Hall funktioniert schon seit langem. Sie funktioniert ausgezeichnet, weil sich über die Parteigrenzen hinweg die Popularität von zwei Männern ergänzt, die ein Ohr für den Pulsschlag Amerikas haben.

Warum München Garagen und 2093 Wohnungen kauft

Der Neuen Heimat steht das Wasser bis zum Hals. Rettung soll der massenhafte Verkauf von Wohnungen bringen, oft zum Nachteil der Mieter. Die Stadt München fand einen ungewöhnlichen Weg zur Hilfe.

Von PETER SCHMALZ

Der Auftritt ist ganz nach dem Geschmack von Georg Kronawitter. Im Gesicht noch die Früme der kritischen Sonne präsentiert sich der Münchner Oberbürgermeister am Ende der späten Rathaus-Sommerpause vor der Presse strahlend als ein Herkules, der im Interesse seiner Stadt einen mächtigen Konzern in die Knie gezwungen hat. „Wir haben in der Tat einen Durchbruch erzielt“, sagt der SPD-Politiker und legt den Reportern ein Erfolgspapier vor, worauf ihnen kaum noch eine Frage über die Lippen schlüpfen mag.

Der Oberbürgermeister ist voll des Lobes über seine Tat. „Wir bewahren über 2000 Münchner Familien vor einem drohenden Wohnungsverlust und nehmen ihnen die Angst vor weiterer Ungewißheit, und wir leisten gleichzeitig einen Beitrag gegen Spekulationen und mögliche Luxussanierung.“ Kronawitter, gelang es, in zehnen Verhandlungen während der Urlaubswochen den drohenden Verkauf von billigen und öffentlich geförderten Wohnungen an Spekulanten und Luxussanierer dadurch abzuwenden, daß er mit einem tiefen Griff in den Stadtsäckel 185 Millionen Mark mobilisierte und die 2093 in Frage stehenden Wohnungen samt 229 Garagen in städtischen Besitz bringt. „Wir erweitern damit den Grundbestand an preiswerten Wohnungen um eine beachtliche Zahl.“

Über einen Umstand, der dem Gewerkschaftsmitglied Kronawitter zu tiefst unangenehm sein muß, geht er flott hinweg: Der Verkäufer, mit dem über Wochen hinweg hart gerungen wurde, ist kein anderer als der gewerkschaftseigene Wohnungsbaukonzern Neue Heimat, der allein in der bayrischen Landeshauptstadt 20 000 Wohnungen sein eigen nennt. Die Mieter, nicht selten Gewerkschaftsmitglieder, bauten auf die besondere Sozialverpflichtung eines Gewerkschaftsunternehmens und fühlten sich unter den NH-Fittichen sicherer als Nachbarn, die den nicht immer noblen Gesetzen des Münchner Wohnungsmarktes unterlagen.

Der edle Schein des Hamburger Konzerns bekam jedoch seine ersten dunklen Flecken, nachdem der selbstherrliche „King Albert“ Vietor den Vorstandssessel räumen mußte und das Flasko seiner Geschäftspolitik zum Vorschein kam: Der Immobilien-Raffer hätte auf Kredit rücksichtslos ein Imperium aufgekauft, das nun nicht einmal mehr genug Einnahmen hat, die fälligen Zinsen zu zahlen. 1982 und 1983 mußten die Gewerkschaften 1,3 Milliarden Mark zuschießen, um den drohenden Zusammenbruch des maroden Riesen zu verhindern.

Bereits damals trennte sich Vietor-Nachfolger Diether Hoffmann von einigen tausend Wohnungen. Allein in München wurden 933 Sozialwohnungen in der Form verschertelt, daß die öffentlichen Darlehen vorzeitig zurückgezahlt wurden und somit der höhere Preis einer mietspreisgebundenen Wohnung erzielt werden konnte. In einem Brief vom 27. Januar 1983 versicherte die Neue Heimat dem damaligen Münchner Oberbürgermeister verbindlich, sie plane darüber hinaus in München keine weiteren Veräußerungen von öffentlich geförderten Wohnungen.

Das Versprechen hielt nur gut zwei Jahre. Inzwischen verschlechterte

sich die NH-Lage derart, daß Vorstand Hoffmann dem DGB-Bundesvorstand in einem Positionspapier eingestehen mußte: „Aus heutiger Sicht hat sich die Neue Heimat mit der Aufnahme fremden Geldes im Interesse eines sehr umfangreichen und weit gespannten Wohnungsbauprogramms übernommen.“

Seit 1982 wurden bereits 32 000 Wohnungen zum Erlös von rund einer Milliarde Mark verkauft, von den restlichen 300 000 Einheiten müßten aber nochmals 20 Prozent abgestoßen werden. Dabei gelinge der Verkauf an Mieter „nur in einem mäßigen Tempo, das nicht ausreicht, um den Wettlauf mit Zins und Zinsszins für den Schuldenberg zu gewinnen.“

Hoffmann sieht die Rettung nur noch in einem schnellen Verkauf über die Köpfe seiner Mieter hinweg. „Es gibt keinen anderen Weg, die aus der Vergangenheit stammende und heute existenzgefährdende Verschuldung abzubauen.“

In München sollten deshalb 2093 Wohnungen, die Hälfte davon öffentlich gefordert, zu einem Quadratmeterpreis von 960 Mark en bloc an die von den Gewerkschaften erst Ende 1984 gegründete EG-Immobilien-Gesellschaft abgestoßen werden. Erich Kiesl schalt die Absicht einen „eklatanten Wortbruch“, und sein Amtsnachfolger Kronawitter wettete: „Es bedarf keiner Phantasie, daß diese Wohnungen anschließend zu weit höheren Preisen weiterverkauft werden und damit eine Praxis vollzogen wird, die sonst nur von Spekulanten geübt wird.“

NH-Boß Hoffmann eilte daraufhin zwar an die Isar, zeigte sich aber von Kronawitters Appellen unbeeindruckt: „Wir müssen verkaufen.“ Das Angebot der Stadt, die Münchner Immobilien für einen Quadratmeter von 1000 Mark zu übernehmen, lehnte Hoffmann damals ab: Es handle sich um ein Blockgeschäft, bei dem zum gleichen Preis auch weit weniger attraktive Häuser in der Provinz übernommen werden.

Doch die Hoffnung Hoffmanns, den Deal ähnlich blitzartig wie in den schwäbischen Städten Ludwigsburg, Geisingen oder Waiblingen über die Bühne zu bringen, wurden in der Millionenstadt München zerstört. Die zu meist gewerkschaftlich organisierten Mieter mobilisierten die Gewerkschaftsbasis, worauf der örtliche DGB-Vorsitzende und SPD-Stadtrat Alois Mittler seinem Oberbürgermeister die brillante Situation in kräftigen Farben malte. Den SPD-Funktionären fuhr zudem der Schreck in die Glieder, daß ein lautstarker Protest der Gewerkschaftsbasis gegen Neue Heimat und Rathaus der CSU für den Landtagswahlkampf im kommenden Jahr willkommenen Munition liefern würde.

Kronawitter erhöhte daraufhin sein Preisangebot um 50 Prozent auf 1495 Mark je Quadratmeter, was zu einer Gesamtsumme von 185 Millionen Mark führt. Die Neue Heimat willigte ein, ist doch damit ihr erklärtes Ziel, aus München 150 Millionen Mark herauszuholen, mehr als erreicht. Noch weiß Kronawitter nicht genau, woher er die dreistellige Millionensumme nehmen soll, denkt aber unter anderem auch an die staatlichen Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau und hofft auf die Zustimmung der Rathausfraktionen.

Die FDP signalisierte jedoch schon Ablehnung. „Steuergelder sind nicht dazu da, einem gemeinnützigen Unternehmen wie der Neuen Heimat aus der Klemme zu helfen“, meinte die liberale Stadträtin Heidrun Kasper. „Wir dürfen nicht die Gewerkschaften aus ihrer Verantwortung entlassen. Schließlich müssen bei jeder in Schwierigkeiten geratenen Privatfirma die Gesellschafter nachschließen.“

Mit der fidelen „Viererbande“ über Sprachbarrieren

Ein deutsch-französisches Fernsehprojekt für Grundschüler soll dazu beitragen, im oberrheinischen Grenzgebiet die Sprachbarrieren zu überwinden. Pädagogen sprechen von einem „Sprachwerk“ anstelle des traditionellen Sprachunterrichts.

Von A. GRAF KAGENECK

Isabelle und Lucas, Max und Lena heißen die Helden - eine französisch-deutsche „Viererbande“. Alle zusammen sind sie genau 40 Jahre alt. Sie haben sich auf einem Campingplatz in den Vogesen kennengelernt, und das ganze begann mit einem Ärger: Die Lecleres aus Colmar, Eltern von Isabelle und Lucas, hatten den Stammpflicht belegt, auf den seit Jahren immer die Fischers aus Baden-Baden gezogen waren.

Wäre nicht Hinni, der Hund der Fischers gewesen, der die Katze der Lecleres verfolgt und beinahe ins Jenseits befördert hätte, man hätte sich nie kennengelernt und vermutlich auf Dauer eine deutsch-französische Schmutze gezogen.

So aber werden sie Freunde und bestehen gemeinsam viele Abenteuer, obwohl zunächst keiner die Sprache des anderen versteht. Ein Zustand, der weitgehend deutsch-französische Realität ist. Um die Sprachbarrieren zu überwinden, ließ man sich nun beiderseits der Grenze etwas einfallen.

Der Südwestfunk in Baden-Baden und der Regionalrat des Elsaß, das Lokalparlament auf der französischen Seite, beschlossen eine gemeinsame Fernsehproduktion. Das Buch war schnell geschrieben. Hauptdarsteller sollten zwei junge Deutsche und zwei junge Franzosen sein, die im Laufe ihres Sprechlernens „einfach so dahinschlappern,

wie ihnen der Schnabel gewachsen ist“. Das tun sie in sechs Folgen, die seit gestern in den drei deutschen Grenzländern Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, etwas später im französischen Regionalender FR3 an der Ostgrenze ausgestrahlt werden. Von Mal zu Mal verstehen sie sich besser, ersetzt das Wort die hilflose Geste, kommt die Sprache des anderen ganz von alleine auf die Zunge. Am Schluß kann man sich verständigen, ohne ein einziges Mal zu den klassischen Methoden des Sprachunterrichts gegriffen zu haben.

Bei einer Vorführung im modernen Straßburger Rathaus sprachen deutsche und französische Pädagogen vom „Sprachwerk“, das an die Stelle des klassischen Sprachunterrichts, dieser „Quelle von Frustrationen“, zu setzen sei. Nicht wie, sondern daß gesprochen werde, sei das Wesentliche. Der Film zeige, daß Eltern und Kinder einander verstehen

können, ohne im strengen Sinn des Wortes die Sprache des anderen zu sprechen.

Der Film wendet sich an die Acht- bis Zehnjährigen, in deren Welt das Visuelle noch Vorrang vor dem Intellektuellen hat, in der das Abenteuer dominiert und die Reaktion darauf spontan ist, in der Hemmungen, Fehler zu machen, noch nicht existieren. Der Film wird im Unterricht weitergeführt und mit Hilfe von Comic Strips erläutert. Die Geschichte des Films sei, so hieß es in Straßburg, einfach und jedem verständlich, und was sich darin abspiele, komme bei jedem Schüleraustausch vor. Man fühle sich als Grundschüler, egal ob Franzose oder Deutscher, ganz und gar in seiner Haut.

Pierre Deyon, der Rektor der Straßburger Akademie, sprach bei der Vorstellung des Projekts von einem historischen Datum. Senator Louis Jung aus Harskirchen im Unterelsaß, 1940 bei Dünkirchen schwer

verwundet und in deutscher Gefangenschaft gefesselt, sprach von der Erziehung zum Frieden, die hier geleistet werde, sein Kollege Marcel Rudolf, Bürgermeister von Straßburg, nannte das Unvermögen, sich in Europa noch immer nicht gegenseitig verständigen zu können, eine „Absurdität“.

Vorbei ist auch die Zeit, in der das Deutsche im Elsaß als Sprache des Unterdrückten von einst suspekt war, heute bekannt man sich sogar wieder dazu, daß das Elsässerdeutsch ein germanischer Dialekt sei, und man Hochdeutsch in den Schulen zu lehnen habe. Komplexe beiderseits des Oberrheins gibt es nicht mehr. Vielleicht, so meinte der stellvertretende Fernseh-Programmdirektor Krystof von Südwestfunk, gebe es von der Elbe bis zum Bodensee entlang des Rheintals eines Tages sogar eine Bevölkerung, die zwar zwei Sprachen, aber dennoch ein und dieselbe spreche.

Zeit bringt Geld - rund um die Uhr: Mit Bundesobligationen.



Nominalzins 6,25%
Ausgabekurs 100,80%
Rendite 6,06%
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei

allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Telefon (0 69) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Telefon (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name
Straße
PLZ/Ort

Bundesobligationen

Monatsgehalt für die Volksarmee

Die Werktätigen in der „DDR“ müssen durch ihre Arbeit immer höhere Ausgaben für Militär und Sicherheit erwirtschaften. 1984 brachte jeder „DDR“-Bewohner fast ein gesamtes Monats-Durchschnittseinkommen für die Volksarmee, Grenztruppen, Staatssicherheitsdienst und andere Bereiche der Sicherheit auf. Nach einer Analyse des innerdeutschen Ministeriums handelte es sich um rund 900 Mark pro Kopf und Jahr. Das Durchschnittseinkommen im Monat betrug 1984 lediglich 1102 Mark brutto.

In der Untersuchung wird der „DDR“-Etat von 1984 mit seinen Einnahmen von 213 Milliarden Mark und Ausgaben in Höhe von 211 Milliarden Mark analysiert. Wörtlich heißt es in dem Papier: „Die offen ausgewiesenen Ausgaben für die Streitkräfte und die Rüstung wurden um 7,2 Prozent gegenüber 1983 erhöht, 820 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von 6,2 Prozent der Gesamtausgaben.“

Dieses Plus von 820 Millionen Mark für Militär und Rüstung gegenüber 1983 geht eindeutig auf die Kosten zurück, die Ost-Berlin durch die sowjetischen Raketen-Rüstung erwirtschaften. Diese zusätzliche Last muß man in Anbetracht der unveränderten



Nach München folgte jetzt die Bonner Feier

„Traurige Corrida“ heißt die Original-Karikatur von Ernst-Maria Lang, die CSU-Landesgruppenvorsitzender Theo Waigel Franz Josef Strauß als Geburtstagsgeschenk der bayerischen Bundestagsabgeordneten überreichte (Foto). Mehr als 1500 Gratulanten - Politiker, Diplomaten, Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, Banker und Militärs - drängten sich gestern mittig in der bayerischen Landesvertretung beim Empfang der Landesgruppe zum 70. Geburtstag des CSU-Vorsitzenden, um dem bayerischen Ministerpräsidenten die Hand zu drücken.

Der Kanzler gehörte nicht dazu - er hatte schon bei der näher am Geburtstag vom 6. September liegenden Feier in München die Laudatio auf Strauß gehalten. Auch die politischen „Gegner“ - Strauß selber betonte in einer kurzen Ansprache, daß es den Begriff des „Feindes“ in einer parlamentarischen Demokratie nicht geben dürfe - hatten sich eingefunden: der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und Fraktionschef Hans-Jochen Vogel. Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann, der sich viel auf sein gutes Verhältnis zu Strauß zugute hält, war ebenso gekommen wie Alt-

Banker Hermann Abs oder der sowjetische Botschafter Semjonow. Theo Waigel würdigte Strauß als den „einzigsten deutschen Politiker, der von 1945 bis 1985 in der ersten Reihe der Politik stand und steht, unabhängig davon, ob er sein Amt und seine Funktion mehr in Bonn oder mehr in München ausübt“. Als sein „politisches Credo“ nannte Strauß in seiner Antwort das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, die Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft, zur Europäischen Gemeinschaft und zur Atlantischen Allianz „so lange diese notwendig ist“.

„Diplomaten sind falsch ausgebildet und daher nur begrenzt einsatzfähig“

Von EBERHARD HAMER
Der Außenminister verlangt dringend Personal für das Auswärtige Amt, um die Zahl der Stellen im Auswärtigen Dienst zu vermindern; in seiner jetzigen Stärke sei der Dienst an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Dies soll durch Sondergesetz am normalen Haushaltsverfahren vorbeiläufen.

Die Personaldebatte wurde durch die Kritik der Koalitionsparteien und der Wirtschaft ausgelöst, daß sich das Personal des Auswärtigen Dienstes zu wenig um die Belange der Exportwirtschaft kümmere. Im Gegensatz zum Verständnis angelsächsischer, japanischer oder anderer Diplomaten, welche sich als Wirtschaftvertreter ihres Landes fühlen und auch entsprechend einsetzen, glauben unsere Diplomaten, sich in solche „praktischen Niederungen“ nicht hineinbegeben zu müssen, sondern für die hohe Politik da zu sein.

Deutscher Partydienst

Der Außenminister will die Beamtenstellen vermehren. Im reichen die 70 000 Beschäftigten seiner größten und teuersten Bundesverwaltung für die angeblich wachsenden Aufgaben nicht mehr. Dieser Wunsch steht allerdings im Gegensatz zur FDP, die seit Jahren einen Abbau der öffentlichen Stellen und des Staatsanteils fordert.

Statt mehr Personal zu fordern und zu bewilligen, sollten deshalb

erst einmal die Funktionen des Auswärtigen Amtes durchleuchtet und auf ihre Veränderung in den letzten 20 Jahren hin abgehackt werden. Es wird nämlich selbst innerhalb des Auswärtigen Dienstes lebhaft diskutiert, ob nicht die traditionelle Stellung und Funktion einer Auslandsvertretung sich in den letzten 20 Jahren total verändert hat und ob die im internationalen diplomatischen Dienst übliche Selbstbeschäftigung durch gegenseitige Parteieinladungen (Slogan für unsere Diplomaten: „Deutscher Partydienst“) überhaupt noch genügend politische Effizienz bringt oder längst Zeitverschwendung darstellt.

Eine Vermehrung des öffentlichen Dienstes mit traditionell ausgebildeten Diplomaten würde deshalb die Effizienz im Defizitbereich des Auswärtigen Dienstes, im Wirtschaftsbereich kaum wesentlich steigern. Mit anderen Worten: Unsere Diplomaten sind falsch ausgebildet und deshalb nur begrenzt einsatzfähig. Für wirtschaftliche Aufgaben fühlen sie sich weder zuständig noch berufen noch fähig.

Anstatt nun den traditionellen öffentlichen Dienst durch erhöhte Stellenvermehrungen weiter aufzuhalten, sollte man sich Gedanken darüber machen, ob man dieses feudalistische Relikt längst vergangener Zeiten nicht grundsätzlich neu gestalten müßte. Ein Weg wäre z. B. die Privatisierung. Das führende deutsche Lehrbuch (Privatisierung als Rationalisierungsmöglichkeit S. 171/173) glaubt, daß gerade diese Funktion von anderen Ländern privatwirtschaftlicher durchgeführt würde. „So ist zum Beispiel der Auswärtige Dienst - einer der Hauptkostenträger der Bundesverwaltung - ebenso mit privatrechtlich auf Zeit angestelltem Personal durchführbar wie mit Lebenszeitbeamten. Die lebenden Aufgaben der teuren diplomatischen Vertretungen könnten

ohnehin von erweiterten Luftansa-Büros oder den deutschen Handelskammern im Ausland ebenso ausgeübt werden. Bevor aber diese feudalistische Restbereich der öffentlichen Verwaltung reformiert wird, muß wohl die Finanzsituation des Bundes erst noch erheblich schlechter werden.“

Freie Mitarbeiter

Mit 70 000 öffentlichen Dienern ist der Auswärtige Dienst eher zu groß als zu klein. Das Problem liegt darin, daß unsere Diplomaten falsch ausgebildet sind, daß sie zu viele Repräsentations- und Repräsentationsaufgaben ausüben, und daß sie vor allem immer noch die direkte Vertretung der Wirtschaft ihres Landes als „standeswidrig“ ablehnen, statt sich als Exportvertreter ihrer heimischen Wirtschaft bzw. Wirtschaftsunternehmen zu sehen. Die ist ein qualitatives politisches Erziehungsproblem, kein quantitatives.

Statt öffentliche Lebenszeit-Dienern einzustellen, die man 40 Jahre lang nicht wieder loswird und den wechselnden Bedingungen zu schwer anpassen kann, sollte man wie die Amerikaner freie Mitarbeiter auf privatrechtlicher Basis gewinnen. Warum soll man sich der reichlich vorhandenen Exportförderungsfirmen, der erfahrenen privatwirtschaftlichen Auslandsvertreter und ähnlicher Fachleute nicht auch für die Wirtschaftsförderung des Auswärtigen Amtes bedienen? Je weniger diese in den Verwaltungsapparat der Auslandsvertretungen eingebunden sind, desto effektiver werden sie arbeiten. Die Tendenz zur externen Arbeitsleistung, zur Kooperation von Firmen untereinander, sollte auch in die öffentliche Verwaltung einziehen.

Professor Dr. Eberhard Hamer ist wissenschaftlicher Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen e. V., Hannover

Informationsvorsprung kann man abonnieren.

Bitte: 

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 38 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterbesten Termin an bis auf weiteres

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND zum monatlichen Bezugspreis von DM 26,50 (Ausland 35,-, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Vorw./Tel.: _____

Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen ortszeitliche Absendung genügt schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 38 30, 2000 Hamburg 36

Unterzeichnet: _____ 01-041

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtszeitliche Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 38 30, 2000 Hamburg 36

hohen Stationierungskosten sehen, die die „DDR“ außerdem für rund 400 000 sowjetische Soldaten tragen muß. Die Kosten für ihre Unterbringung samt Familien werden auf jährlich 20 bis 25 Milliarden Mark geschätzt.

Die Etat-Studie aus Bonn beziffert den Gesamtaufwand der „DDR“ für Militär - von den erwarteten Kosten für die Sowjetstationierung abgesehen - auf 12,2 Milliarden Mark im Jahr 1984. In diesen Ausgaben sind jedoch weitere 4,7 Milliarden Mark (plus 6,5 Prozent) nicht enthalten, die der Etat öffentlich unter dem Titel „Ausgaben für öffentliche Sicherheit, Rechtspflege und Sicherung der Staatsgrenze“ ausweist.

Zu diesem Komplex gehören folgende Bereiche: Grenztruppen, „moderne Grenze“ nach Abbau der Minen und Todesautomaten, Militärbauten, Wehrforschung, Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen für Rüstungsbetriebe, Ausbildungskosten für Offiziere, Aufwendungen für die hohe Zahl an Betriebskampfgruppen, die Zivilverdingung und vornehmlich die Ausbildung von Jugendlichen.

Unter dem Stichwort „Belastung der Bevölkerung“ weist die Studie auf die rapide gestiegenen Staatsentnahmen aus der Umsatz- und Verbrauchssteuer hin. 1984 seien 28 Prozent mehr Umsatz- und Verbrauchssteuer als ein Jahr zuvor in die Staatskasse geflossen. Ein großer Teil dieser Mehreinnahmen habe sich Ost-Berlin durch die beträchtliche Verwertung bestimmter Waren verschafft. Dies habe man durch die „erneute kräftige Heraufsetzung der Verkaufspreise bei Industriegütern, Gebrauchsgütern und importierten Konsumartikeln“ bewirkt. Die Verbraucher zogen mit 1984 war das Jahr, in dem die „DDR“-Bevölkerung so viel teure Güter - z. B. Farbfernseher - wie nie zuvor kaufte.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$45.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Viel Lärm um den Wein und Stille um das Thema Schwangerschaftsabbruch

Von JOACHIM NEANDER
Wie ungleich und zugleich ungerichtet sich zuweilen das öffentliche Interesse auf politische Themen verteilt, das läßt sich zur Zeit in Rheinland-Pfalz studieren. Obwohl es sich um das (ungeborene) Leben eigentlich schon zum Leben bestimmter Menschen handelt, ist die Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch erstaunlich rasch wieder abgeflaut, nachdem die Landesregierung mit ihrem Gesetzesantrag im Bundesrat statt der umstrittenen Klage in Karlsruhe nun einen politischen Weg beschritten hat.

In der Weinaffäre jedoch gehen die Wogen immer noch hoch. Immer mehr Politiker und Journalisten versuchen, sich in dem bisher nur den Fachleuten zugänglichen Dschungel des Weinrechts und der internationalen Weinpraxis zurechtzufinden. Die Grünen veranlassen in Ingelheim am Rhein einen „Alternativen Weinkongress“. Selbst in Linkspostillen befiehlt einander Weinkenner unterschiedlichster Ansichten. Im ganzen Land finden Winzerversammlungen statt. Wein ist sogar an den Biertheken Thema Nr. 1.

Dabei haben die rheinland-pfälzischen Winzer ihrerseits manches zur Beruhigung beigetragen. Die Ansicht, daß öffentlicher Tumult mit makabren Szenen einer „Beerdigung des Winterzunders“ (flankiert von kokett lachelnden Weinköniginnen), wie sie in den ersten Tagen veranstaltet worden waren, niemanden dazu bringt, auch nur einen halben Liter deutschen Weins zu konsumieren, setzt sich endlich durch.

An der Mosel, wo seit Jahren Winzerunruhen befürchtet werden, zeigen sich nun erste Ansätze zu einer richtig verstandenen Selbsthilfe. Mit Verunsicherung durch Lafontaine

einem eigenen Herkunftszentrum am Flaschenhals soll dem Kunden die Garantie gesetzestruer Weinberlei und die Gewißheit, daß es sich wirklich um reinen, nicht verschnittenen Wein von Mosel, Saar und Ruwer handelt, gegeben werden. Der Bund hilft dabei mit einer Million Mark, damit das neue Zeichen zu einem (nicht kostendeckenden) Preis von 1,5 Pfennig pro Flasche an die Winzer abgegeben werden kann.

Um so stiller ist es um die Abtreibung auf Krankenschein geworden. Sieht man von der aufsehenerregenden Stellungnahme des Vorsitzenden



der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höfner, in einem WELT-Interview und den erwarteten Schnellreaktionen der Parteien und Gruppen ab, scheinen die meisten für zu sein, daß über das heikle Thema nicht mehr diskutiert werden muß.

Was Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) besonders schmerzt, ist die Tatsache, daß selbst Parteifreunde in hohen und höchsten Ämtern den Gesetzesantrag der Rheinland-Pfälzer offenbar nur flüchtig studiert haben, ehe sie öffentlich darauf reagierten. Die ganze lebhafte Debatte über „qualifizierte und unqualifizierte Ärzte“, wie sie die Kritiker geführt haben, sei unnötig, meint der Regierungschef im Gespräch. In der Begründung heiße es ausdrücklich, die Indikation müsse von einem Arzt festgestellt werden, der „für diese Aufgabe besonders vorbereitet ist und eine besondere Qualifikation hat“.

Der Spielraum für Einsparungen an anderer Stelle ist gering. Es könnte sein, daß der Finanzminister dies an einer Stelle versucht, wo die bisherige Freigebigkeit des Staates aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Gründen außerhalb des Landes heftig kritisiert wurde: Bei den über mehrere Jahre verteilt auf insgesamt 10 Millionen Mark veranschlagten Landesmitteln für die Weinwerbung. Der Staat, so argumentieren die Kritiker, könne beim besten Willen keine Produktwerbung betreiben.

Womit der innere Zusammenhang zwischen den beiden wichtigsten politischen Reizthemen im Bundesland Rheinland-Pfalz dann wiederhergestellt wäre.

der potentiellen privaten Anbieter wird es allerdings in dem neuen Mediengesetz geben. Denn die Landesregierung will sich nicht auf die Festbeschreibung des von der CDU favorisierten Prinzips der Außenpluralität, daß durch eine Vielzahl von Anbietern gesichert würde, beschränken. Mit der Kontrolle der inneren Ausgewogenheit einer privaten Hörfunkstation, der Binnenpluralität, will die Landesregierung möglicherweise die Landesanstalt für das Rundfunkwesen oder ein Gremium „analog zum Rundfunkrat bei den Öffentlich-Rechtlichen“ beauftragen.

Nach Angaben Koppis ist die Novelle des Landesrundfunkgesetzes „in Vorbereitung“. Die Regierung wolle lediglich noch die Entscheidung der Ministerpräsidenten über einen Staatsvertrag abwarten, die möglicherweise im Oktober getroffen wird. Allerdings werde man mit der Verabschiedung nicht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das niedersächsische Landesrundfunkgesetz warten, das im Frühjahr kommenden Jahres ansteht.

Kopp wehrte sich gegen den Vorwurf der CDU, mit der Diskussion um ein neues Rundfunkgesetz werde auch das Verfahren zur Vergabe der UKW-Frequenz an private Interessenten verzögert. „Das ist Sache der Landesrundfunkanstalt. Wir mischen uns da nicht ein“, sagte Kopp. Eine Einengung des Spielraums

Mini-Debatte statt Informationsstunde

Der Bundestag tat sich gestern schwer mit der Gestaltung seiner seit langem geforderten Kabinettsinformation aus erster Hand. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kam zwar wohl vorbereitet zur ersten Informationsstunde dieser Art in den Plenarsaal. Er hielt sich mit seinem Bericht präzise genau an die vorgegebene Redezeit von zehn Minuten.

Aber aus dem anschließend vorgesehenen Frage- und Antwortspiel im Stille einer Pressekonferenz wurde nicht viel. Was sich den Zuschauern auf den vollbesetzten Tribünen bot, war keine sachlich-gelassene Informationsveranstaltung. Nicht das zur Begründung der Neuerung herangezogene erhöhte Informationsbedürfnis der Abgeordneten, die nicht immer erst durch die Presse von Kabinettsentscheidungen erfahren wollten, stand im Vordergrund, sondern die Selbstdarstellung.

Jeder Abgeordnete hat für die Formulierung seiner Frage zwei Minuten Zeit. Die meisten Redner, bis zu den alterfahrenen Profis wie Otto Graf Lambsdorff, konnten der Versuche nicht widerstehen, ihr Fragerecht zu einem Statement, zum Redebeitrag in Kurzform zu nutzen. Die Informationsstunde geriet zur Mini-Debatte. Von der Vertiefung der Beziehung zwischen Regierung und Kabinettsinformation: SPD-Fraktionschef Vogel und sein Stellvertreter Penner fanden sich dort zum Tête-à-tête.

Die Beteiligung war nicht schwächer als bei Plenardebatten - bis zur siebten Reihe war das Plenum gut besetzt. Und ganz hinten links nutzten zwei die Neuerung der Direkt-Unterrichtung des Bundestages zur eigenen Information: SPD-Fraktionschef Vogel und sein Stellvertreter Penner fanden sich dort zum Tête-à-tête.

Abbau von Subventionen

Stoltenberg stellt erhebliche Strukturveränderung fest

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat bei der Kabinettsberichterstattung im Bundestag über den 10. Subventionsbericht gestern darauf hingewiesen, daß sich die Struktur der Subventionen in den vergangenen sechs Jahren erheblich verändert habe. „Ein immer größerer Anteil fließt in private Haushalte, vor allem auch unter sozialen Vorzeichen.“ 1980 seien es noch 47,0 Prozent gewesen, 1986 seien es bereits 53,4 Prozent. Entsprechend sei der Anteil der Subventionen für die Betriebe und Wirtschaftszweige zurückgegangen. Alle Parteien stimmten überein, daß der Abbau der Subventionen eine Daueraufgabe bleibe.

In den anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen sprach der CDU-Abgeordnete Gunnar Uldall von „einem mühen Weg“, den der Finanzminister gegangen sei. Zum Abbau der Finanzhilfen von einer Milliarde Mark 1986 müßten auch die 500 Millionen Mark hinzugegerechnet werden, die der Bund seinen Unternehmen weniger zahlt.

Insgesamt belaufen sich die Subventionen des Bundes (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) in diesem Jahr auf 31,9 Milliarden Mark, verglichen mit rund 30 Milliarden Mark im Vorjahr und 28,2 Milliarden Mark 1983. Das waren jeweils 1,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im nächsten Jahr sinken die Finanzhilfen um eine Milliarde Mark. Nach Angaben Stoltenbergs werden die Finanzhilfen in den nächsten Jahren um durchschnittlich 6,5 Prozent jährlich abgebaut werden, also bis 1989 um ein Viertel. Der Abbau von Steuerergünstigungen, der im Zusammenhang mit der Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs gesehen werden muß, sei eine Aufgabe der kommenden Wahlperiode.

Der Haushaltsexperte der SPD,

Helmut Wecorek, warf der Regierung vor, sie hätte entgegen ihrer Ankündigungen die Subventionen nicht gekürzt, sondern erheblich ausgeweitet. Die Steuerergünstigungen seien allein beim Bund seit 1982 um fast 25 Prozent gestiegen. Die Finanzhilfen des Bundes hätten seit 1982 um 2,5 Prozent zugenommen, wobei die höhere Vorsteuerpauschale der Landwirtschaft noch nicht einmal berücksichtigt sei.

Um diese Vorsteuerpauschale hatte es in den vergangenen Wochen einen Methodenstreit gegeben. Stoltenberg rechtfertigte noch einmal, daß diese Pauschale in dem Subventionsbericht nur nachrichtlich ausgewiesen sei, da sie im wesentlichen die Stelle einer bisherigen EG-Maßnahme - nämlich dem Währungsausgleich - tritt. Würde man diese Maßnahme einrechnen, käme man auf ein Subventionsvolumen 1985 von 33,5 Milliarden Mark gegenüber 31,1 Milliarden Mark im Vorjahr. „Am Rückgang des Subventionsvolumens in 1986 um rund eine Milliarde Mark ändert sich nichts.“

Ex-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hielt es für anerkennenswert, daß sein Nachfolger Martin Bangemann einen ersten, fühlbaren Schritt zur Einschränkung der Subventionen vollzieht. Im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums würden Finanzhilfen in Höhe von rund einer Milliarde Mark gestrichen. Immer wieder werde der Wahrheit zubei behauptet, so Lambsdorff, diese Kürzungen ergäben sich zwangsläufig. In wichtigen Bereichen wie beim Flugzeugbau und der direkten Forschungsförderung sei dies nachweislich nicht der Fall. Für Lambsdorff sei dies mehr eine Schutzbehauptung anderer Ressorts, die nach dem bekannten Motto verfahren: „Wir lassen uns durch gute Beispiele unsere schlechten Sitten nicht verderben.“

Zehn Frauen als „Kommandogruppe“

Grüne Vorstellungen über ein neues Ministerium / Börner will Klarheit über Haushalt

Nea, Wiesbaden
Mit den Vorstellungen der Grünen über ein Frauenministerium in Hessen, das sie bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD als wichtigste Forderung einbringen werden, befaßt sich die Frankfurter Szene-Zeitschrift „Pflasterstrand“. Die Zeitschrift beruft sich dabei auf ein Treffen der „Frauengruppe der hessischen Grünen“.

Wörtlich heißt es in dem Beitrag über die geplante neue Frauenministerin in der Regierung Börner: „Effektiv und direkt wird diese Frau allerdings nur arbeiten können mit einem entschlossenen Kern von etwa zehn Frauen an der Spitze des Ministeriums, der quasi als Kommandogruppe fungiert und den Beamtenapparat steuert.“

In der hessischen SPD hat die Forderung der Grünen nach dem neuen Ressort aus zwei Gründen ein sehr kritisches Echo hervorgerufen. Erstens gab es auch innerhalb der eigenen Partei interne Erwägungen, ein

solches Ministerium einzurichten - freilich nur als politische Aufwertung der bisherigen Funktion einer Landesfrauenbeauftragten und nicht im Sinne der extremen Vorstellung der Grünen. Die SPD wollte das Thema erst im Zusammenhang mit der Landtagswahl 1987 diskutieren.

Zweitens aber ruft die Forderung der Grünen, die Frauenministerin müsse im Bedarfsfall in sämtliche anderen Ressorts hineinreden dürfen, auch die sozialdemokratischen Minister auf den Plan, die mit Recht unhaltbare Zustände vor jeder der Frauen möglicherweise betreffenden Entscheidung fürchten.

Daß beide Seiten mit langwierigen, unter Umständen gar zum Scheitern verurteilten Koalitionsverhandlungen rechnen, zeigt das Taktieren um den Zeitplan. Die Grünen hatten zunächst den 25. September als Beginn vorgeschlagen, einen Tag nach der Verabschiedung des Haushalts 1986 im Kabinetts. Sie wollten die parlamentarischen Verhandlungen über

den Etat mit den Koalitionsverhandlungen koppeln.

Ministerpräsident Holger Börner ließ sich darauf jedoch nicht ein. Er möchte noch vor der Haushaltsentscheidung seiner Regierung einigermaßen Klarheit über die Absichten der Grünen haben. Er schlug ein erstes Gespräch schon am 23. September vor. Die Grünen willigten ein. Nur wird man ein Ergebnis vermutlich unterschiedlich interpretieren: Für Börner ist das Ja der Grünen zum Haushalt Voraussetzung, für die Grünen lediglich ein Teil der Koalitionsangebote.

Das Thema Frauenministerin hat im Lager der Grünen bei ihren internen Debatten inzwischen offenbar sogar das allmählich zu kompliziertere Thema der Bau- und Betriebsmehrmehrungen für die Baunauer Atombetriebe Alkm, Nukem und REU verdrängt, da auf diesem Feld Erfolge nicht mehr deutlich gemacht werden können.

Mitterrands Blitzreise nach Mururoa begeistert selbst die Opposition

Paris demonstriert Entschlossenheit / Ein Koordinationskomitee für den Südpazifik

A. GRAF KAGENECK, Paris
Präsident Mitterrands Blitzreise nach Mururoa zeigt einmal mehr den sicheren Instinkt des französischen Staatsobers für frappeurde innen- und außenpolitische Gesten zum richtigen Zeitpunkt. Sein Flug ins französische Atomversuchszentrum im Südpazifik, wo er morgen eintrifft, wird einhellig begrüßt, auch von Blättern, die seine Innenpolitik sonst verbittert bekämpfen. Hier geht es um die „Grandeur“ Frankreichs, und sobald diese in Gefahr ist, mit Füßen treten zu werden, stehen die Franzosen wie ein Mann hinter ihrem obersten Repräsentanten.

Gleichzeitig gab das Elysee-Palais am Dienstagabend die Aufstellung eines neuen „Koordinations-Komitees für den Südpazifik“ bekannt, dessen erste Sitzung der Präsident leiten wird. Ihm gehören die drei „Zonen-Kommandanten“ Frankreichs in der Südsee, Vizeadmiral Hugues als Oberkommandierender der Pazifik-Flotte, General Franceschi als Kommandant des Stützpunktes Noumea in Neu-Kaledonien und General Mermet, der Befehlshaber über den Atomversuchszentrum Mururoa, hohe Vertreter der Sicherheitsdienste sowie sämtliche in den pazifischen Staaten akkreditierten Botschafter an, allen voran die Missionen aus Neuseeland und Australien.

Mitterrand wird sich informieren wollen über den Stand der Affäre um das am 10. Juli in Auckland (Neusee-

land) versenkte Greenpeace-Flaggschiff „Rainbow Warrior“, die die diplomatischen Beziehungen zu Neuseeland nachhaltig vergiftet hat. Er wird wissen wollen, wie sich die neuseeländische Regierung, aber auch Australien und, im Hintergrund, Großbritannien als Führungsstaat im Commonwealth zu den angekündigten neuen Atomversuchen verhalten – deren Beginn von der Presse für Oktober oder November angekündigt, in Wahrheit aber streng geheim ist – und er wird Gelegenheit nehmen, den festen Willen Frankreichs zum Verbleib im Pazifik und zur Fortsetzung der Atomversuche vor aller Welt zu bekräftigen.

Wenige Tage vor den Wahlen in Neu-Kaledonien zu vier neuen Gebietskörperschaften (am 29. September) läßt Mitterrand damit auch Freunde und Gegner einer Präsenz Frankreichs auf dem strategisch wichtigen Südsee-Archipel wissen, daß sich auch nach einer eventuellen Entlassung des Gebiets in die Unabhängigkeit nichts an dieser Präsenz ändern wird.

Schließlich wird der Präsident seine Anweisung erneuern, jedem ungewünschten Eindringling in die Gewässer um das Mururoa-Atoll den Weg zu verlegen, und sei es mit Waffengewalt. Die Ansicht, daß Mitterrand die „Einladung“ des Greenpeace-Präsidenten David Macgregor zu einem „Gespräch“ an Bord seines Flaggschiffs annimmt, wird im Elysee-Palais als „absurd“ abgetan. Der

Pariser „Figaro“ berichtete am Mittwoch, daß die voraussichtliche Begegnung der Greenpeace-Flotte mit Schiffen der französischen Pazifik-Flotte von mehreren europäischen und amerikanischen Fernsehgesellschaften via Satellit direkt übertragen werden soll. Mit einer solchen wird schon für morgen gerechnet. Greenpeace-Schiffe im Südpazifik bewegen sich konzentrisch auf Mururoa zu, um dort mit Beginn der Versuche einzutreffen.

Mitterrand ist der erste Präsident seit 1966, der sich auf das Versuchs-Atoll Mururoa begibt. Damals hatte General de Gaulle, Schöpfer der „Force de Frappe“, einem Atombomben-Test beigewohnt. Nach Ansicht der Presse unterstreicht die Reise den unantastbaren Besitzstand Frankreichs im Südpazifik und die Bedeutung der französischen Atomstreitmacht für die Unabhängigkeit Frankreichs, der Zwischenaufenthalt in Kororou zeigt außerdem, daß Frankreich auch im Weltraum eine Vormachtrolle in Europa spielen will.

Vor allem die Gallisten, die sich als Erben des Schöpfers der „Force de Frappe“ und Hüter seines Werks betrachten, spenden dem Präsidenten Beifall. Von Mitterrand wird berichtet, daß er während des Falkland-Krieges der Briten von 1982, voll der Bewunderung für Margaret Thatcher und ihre Kunst, die ganze Nation zu sich zu bringen, neidvoll ausgerufen haben soll: „Nicht jeder hat nun einmal seine Falkland-Inseln.“

EG-Parlament soll bei Reformen mitbestimmen

M.G. MÖHNLE, Straßburg

Kaum waren die Umbauarbeiten im Straßburger Plenarsaal des Europaparlamentes abgeschlossen, um für die 94 neuen Abgeordneten aus Spanien und Portugal im nächsten Jahr Platz zu schaffen, da kamte Parlamentspräsident Pierre Pflimlin einen wichtigen Sieg für die europäischen Volksvertreter erringen. Während in Luxemburg die EG-Außenminister unter der Präsidentschaft des Luxemburgers Jacques Poos tagten, war man in den Reihen der in Straßburg tagenden Europaabgeordneten ungehalten darüber, daß das Parlament von diesen Verhandlungen bisher ausgeschlossen wurde.

Pflimlin wandte sich schließlich in einem deutlichen Schreiben an den Ministerrat, um daran zu erinnern, daß die Regierungskonferenz natürlich auch die Vorschläge des Europäischen Parlaments zu berücksichtigen habe. Schließlich sei das Europaparlament der Initiator des Reformprozesses der EG gewesen. Die Stärkung der Befugnisse des Parlaments, so Pflimlin an den Ratspräsidenten, müsse dabei eines der wesentlichsten Reformelemente sein.

Ratspräsident Poos antwortete unerwartet schnell: Der Rat werde den vom Europäischen Parlament bereits 1984 beschlossenen Vertragstext für die Europäer Union „selbstverständlich“ mitarbeiten. Darüber hinaus werde das Parlament vor und nach jedem Minister-Treffen konsultiert werden.

Die Erweiterungen der Parlamentskompetenzen soll nach Auffassung des Rates hauptsächlich die Ratifizierung von EG-Abkommen mit Drittländern und die Beteiligung an der EG-Gesetzgebung betreffen. Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei, Egon Klepsch (CDU), wies nach diesem Zugeständnis darauf hin, daß die Bundesregierung sich als einzige bereits auf dem Mailänder Gipfel für eine Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments eingesetzt habe. Der EG-Kommissionspräsident Jacques Delors hatte kürzlich sogar gefordert, das Europäische Parlament solle grundsätzlich immer dann entscheiden können, wenn der Ministerrat das wegen des Einstimmigkeitsprinzips nicht in der Lage sei. Bevor der Ministerrat seine Vorschläge am 2. und 3. Dezember dem Gipfel der EG-Staats- und Regierungschefs in Luxemburg unterbreitet, wird das Parlament nun noch einmal abschließend vom Ministerrat konsultiert werden.

Weißer in Südafrika : „Dies ist mein Land, und dafür werde ich kämpfen“

Von MONIKA GERMANI

Die Zustimmung der burischen Bevölkerung für die Reformpolitik ihres Staatspräsidenten Pieter Willem Botha schwindet. Der burischen Mentalität liegt es jedoch fern, Proteste öffentlich zu äußern, geschweige denn einem „Oulander“, einem Ausländer, gleichgültig wie lange er schon im Lande lebt, zu offenbaren. Selbst außerhalb des eigenen Familienkreises sind derartige Äußerungen nur mit Vorbehalt und Vorbehalten zu beurteilen. Leserbriefe an die Zeitungen werden gern mit einem „nom de plume“ oder falschem Namen versehen.

Die Entwicklung der Burennation, isoliert und fernab von Europa, hat einen fremdenfeindlichen Menschen-schlag hervorgebracht, dessen Instinkte durch die Fluchtzeit, erst zwei oder drei Generationen zurücklegend, auf Überleben eingestellt sind. Bothas Politik der Mitte wird von einem schottischen Einwanderer, seit mehr als zwanzig Jahren im Land und eingetretet in eine burische Familie des Ostkaps, folgendermaßen definiert: „Extremisten sind heute in Südafrika keine Randerscheinung mehr. Sowohl Ultrakonservative, Ex-verkrampte als auch Ultraliberale sind heute auf dem Wege der Radikalisierung.“

Das hat eine Erklärung: Erfahrungen und Ängste der Weißen sind nutzlos, wenn sie auf die Entwicklung nördlich des Limpopo-Flusses nach Zimbababwe blicken.

Zwei Stunden später traf die Polizeiverstärkung ein. Blitzschnell waren die zwanzig Agitatoren verschwunden, die restlichen Revolutionäre standen alleine da. Beweist das nicht, daß die UDF ihre Leute von einer Demonstration zur nächsten schickt?!

Der Farmer Petrus berichtet über den von der UDF verhängten und gewaltsam durchgeführten Boykott gegen weiße Geschäfte: „Die weißen Geschäftsinhaber stehen vor dem Bankrott. Als ich mir in der Stadt ein Paar Schuhe kaufte, sagte der Besitzer, ich sei der vierte Kunde in drei Tagen. Wir wissen, die UDF untersucht jeden Schwarzen, der aus der Stadt kommt, ob er dort eingekauft hat. Ihre Banden führen sogar Leibesvisitationen durch. Kürzlich wurde eine junge schwarze Frau mit einem Huhn und einer Flasche Öl erwischt. Sie mußte auf der Stelle das rohe Huhn aufessen, die Flasche Öl austrinken.“

Bei solchen Methoden ist es nicht verwunderlich, wenn der Boykott erfolgreich ist. Auf der anderen Seite nutzen die schwarzen Händler die Lage weidlich aus. Für ein Brot, das normalerweise 68 Cents kostet, muß in den schwarzen Geschäften 2,50 Rand bezahlt werden.“ Unausgesprochen ist wachsender Haß spürbar, geboren aus Furcht und Unsicherheit.

„Was habe ich davon, daß ich vor 15 Jahren auf meiner Farm eine kleine Schule für die Kinder der Arbeiter auf den umliegenden Farmen eingerichtet habe? So der resignierte Ausspruch einer Farmerfrau, deren Vorfahren vor 150 Jahren eine schmutzige Farm am Keifluß angebauet hatten. Sie hatte für die Schule staatliche Subventionen erhalten, aber als die Farm an das Homeland Ciskei fiel, entfielen auch die Zuschüsse.“

Auch bei den Weißen in den Städten macht sich Enttäuschung breit. „Es begann alles mit dem Referendum vor zwei Jahren. Botha hat uns damit etwas vorgemacht. Was ist das Ergebnis heute? Unsere Wirtschaft ist kaputt, das Geld nichts wert, ich zahle 600 Rand Steuern jeden Monat, 30 Prozent meines Gehaltes, ohne Altersversicherung und Krankenkasse. Mit den Schwarzen werden wir uns arrangieren müssen. Wir können nirgendwohin flüchten“, meint die Friseurin Cindy. Vor zwei Jahren hatte sie noch die Abschaffung der Rassenschranken befürwortet, damals wollte sie ihren indischen Freund heiraten. Heute ist von Heirat nicht mehr

die Rede, obwohl die diesbezüglichen Gesetze abgeschafft sind.

„Tragik spielt mit, wenn die politischen Differenzen bis in die kleinen Gemeinschaften oder gar Familien dringen.“

Nach den ersten Unruhen am Ostkap, als Schwarze von der Polizei erschossen wurden, erklärte ein verweilender englischer Ingenieur der WELT: „Ich verstehe meinen Sohn nicht. Er ist Polizist. Gehört er wirklich zu dem Mob, der diese armen Schwarzen zusammenschleift?“

„Du warst nie in schwarzen Städten“

Er bekam die Antwort: „Du warst nie in schwarzen Städten, dich hat noch nie ein schwarzer Mob mit Steinen beworfen, du hast nie die Leichen von verbrannten schwarzen Beamten, die einen friedlichen Wandel wollen, gesehen. Das hier ist mein Land und ich werde dafür kämpfen.“

Kritik kommt hauptsächlich aus den Kreisen mittlerer und kleinerer Angestellter und Arbeiter und der Farmer, die alle in ihrem täglichen Arbeitsprozeß unmittelbar mit Schwarzen in Berührung kommen, selbst von der steigenden Inflation, der verschärften Situation auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind. Die Stimmen in der höheren Einkommensstufe liegen jedoch auf einer anderen Tonlage. Zwar wird hier eine Beschleunigung des Reformprozesses und Mächtigstellung mit den farbigen Bevölkerungsgruppen befürwortet und für das Überleben der Weißen in Südafrika als notwendig angesehen. „Wir brauchen Wahlen, ein Mann eine Stimme. Die Vertreter der Schwarzen, wie meine Freunde bei der UDF, die fordern Mandates Entlassung zu Recht, und Verhandlungen und Beteiligung des ANC. Dann gäbe es keine Sanktionen, unsere Wirtschaft würde wieder einen Aufwärtstrend bekommen.“ Worte eines wohlhabenden Geschäftsmannes in Johannesburg.

Doch viele geben zu, daß sie sich rückversichert haben. Durch ihre Geschäftsverbindungen im Ausland haben sie längst einen finanziellen Transfer arrangiert. Darüber wird freilich nur im kleinen vertrauten Kreis gesprochen. Das steigende Angebot auf dem Immobilienmarkt aber legt Zeugnis davon ab. Spöttelt die Sunday Times: „Was ist ein südafrikanischer Patriot? Jemand der sein Haus nicht mehr verkaufen kann.“

Wahlen inmitten der Wirtschaftsnot

Vier von acht Kandidaten haben Chancen, dem Militärpräsidenten Mejia nachzufolgen

W. THOMAS, Guatemala City
Plakate, Parolen und Porträts beherrschen das Straßenbild von Guatemala City. „Jawohl, es gibt einen Weg“, versichern die Christdemokraten und ihr Präsidentschaftskandidat Vinicio Cerezo. Die Union des Nationalen Zentrums empfiehlt: „In schlechten Zeiten ein neues Gesicht.“ Das neue Gesicht klebt an vielen Häuserwänden: Jorge Carpio Nicolle.

Während sich die Werbung in den Zeitungen lediglich auf Slogans beschränkt, werden im Rundfunk und Fernsehen Lieder gesungen. Jede Partei hat ihre Lobeshymne. Wahlkampf in Guatemala. Mitten in der schlimmsten wirtschaftlichen Phase dieses Jahrhunderts soll die größte Nation der Region am 3. November zur Demokratie zurückkehren.

Zum ersten Mal seit 1946 besteht die Möglichkeit für ein faires Rennen. Die Militärs wollen diesmal keine Manipulation vornehmen und damit ihren Entschluß bekräftigen, sich aus der Politik zurückzuziehen. Die Streitkräfte sind nicht geschaffen worden, um Länder zu regieren“, sagt General Oscar Humberto Mejia Victores, der 1983 durch einen Putsch an die Macht kam und so manche Kiste meistein mußte.

Die letzte liegt nur einige Tage zurück. Die blutigen Unruhen in der vergangenen Woche, die zwei Todesopfer forderten, beherrschen noch immer die Gespräche der Guatemalteken. Sie haben gezeigt, wie explosiv die Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage ist. Die acht Millionen Einwohner des Landes wollen keine Opfer mehr bringen. Die Mejia-Regierung konnte die gefährliche Situation

nur durch einen Rückzieher entschärfen: Die geplante Erhöhung der Bustarife um 50 Prozent wurde zurückgenommen.

Die Zwei-Millionen-Metropole Guatemala City ist ein Spiegelbild der Misere. Die Parkanlagen wirken verwahrlost. Die Straßen gleichen mit ihren Schlaglöchern Kraterlandschaften. Der Quetzal, bis November 1984 noch soviel wert wie der Dollar, wird nun auf dem blühenden Schwarzmarkt im Verhältnis 4:1 getauscht. Fahrzeugschlangen vor Tankstellen: Das Benzin wird knapp.

Die Regierung verpfändete Goldvorräte, um Örechnungen zu bezahlen. Die Statistiken sehen düster aus: 50 Prozent Arbeitslose oder Unterbeschäftigte. Die Inflation kam in diesem Jahr die 100-Prozent-Marke überschreiten. Die Devisenkasse ist leer. Der Schrumpfprozess der Wirtschaft setzt sich auch in diesem Jahr fort, die Schätzungen liegen bei minus einhalb Prozent. Mangelndes Vertrauen führten zu Kapitalflucht, etwa eine Milliarde Dollar in den letzten einhalb Jahren.

Die Militärs stehen unter Korruptionsverdacht. Ein diplomatischer Beobachter: „Viele wollen noch einen Inneso“ (Knochen) haben.“ Eine Freundin des Präsidenten soll auf dem Flughafen in Miami festgenommen worden sein, weil ihr Koffer Millionen Dollar enthielt. Die Mejia-Regierung wird weiter beschuldigt,

nicht mehr zu regieren. Die Revindikation getroffener Entscheidungen ist nicht Neues. Bereits im April ließ General Mejia unpopuläre Steuermaßnahmen zurückziehen. Vor wenigen Wochen drohte der Staatsoberhaupt dem mächtigen Privatunternehmerverband Cacic mit der Verstaatlichung des Außenhandels. Dann beruhigte er die nervösen Geschäftskreise wieder: es bleibe alles beim alten.

Mejia, seiner korrupten Figur wegen „el Gordo“ (der Dicke) genannt, gilt jedoch als Garant der Demokratie. Keiner der insgesamt acht Kandidaten hört gegen die immer wieder kumstenden Putschgerüchte. Ein Sturz des Generals würde zumindest eine Verschiebung der Wahlen bedeuten.

„Nur vier Kandidaten können sich Chancen ausrechnen, im Januar nächsten Jahres die Nachfolge des Militärpräsidenten anzutreten: neben dem Christdemokraten Cerezo und dem Zentrumspolitiker Carpio noch der konservative Protestant Jorge Elias Serrano und Mario Sandoval Alarcón, der frühere Vizepräsident und Führer der rechten Nationalen Befreiungsbewegung (MLN).“

Wer immer Guatemala in Zukunft regiert, erbt ein schweres Vermächtnis. Cerezo (49) sagt: „Die Militärs hinterlassen uns ein wirtschaftliches Trümmerfeld.“ Der einzige Trost für die nächste Regierung ist die Tatsache, daß sie neue Geldquellen anzapfen kann. Viele Länder – auch die Bundesrepublik – haben die weitere Kapitalhilfe von der Rückkehr Guatemalas zur Demokratie abhängig gemacht. (SAD)

Gandhi wird von Krisen nicht verschont

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Keine öffentlichen Versammlungen, keine Aufmärsche der Parteien, und auch die sonst im indischen Wahlkampf plärrenden Lautsprecher schweigen im Pandschab: Ein für indien untypischer Auftakt für die Wahlen im seit zwei Jahren von Unruhen erschütterten Bundesstaat Pandschab am 25. September. Etwa 1000 Kandidaten bewerben sich um 117 Sitze im Landesparlament und 13 im Bundesparlament in Neu-Delhi.

Trotz einer Heerschar von Leibwächern und strengster Sicherheitsmaßnahmen, herrscht Angst im Pandschab. Angst vor Anschlügen jener Sikh-Terroristen, die das Abkommen zwischen der indischen Zentralregierung und dem inzwischen ermordeten Sikh-Führer Longowal nicht anerkennen, weiter für den unabhängigen Staat „Khalistan“ kämpfen und Wahlen unter allen Umständen verhindern wollen.

Der Terrorismus hat mit der Ermordung dreier hoher Politiker neuen Auftrieb erhalten. Die Akaali Dal-Partei, für Ministerpräsident Rajiv Gandhi ein Garant für geordnete Verhältnisse in der Sikh-Politik hat sich weiter gespalten. Das in Indien gefeierte Abkommen zwischen Regierung und moderaten Sikhs hat die Probleme des Pandschab nicht gelöst.

Auch in Assam, wo Rajiv Gandhi die fünf Jahre dauernde Agitation zwischen „Assam-Bewegung“, Studenten und der indischen Regierung für die Ausweisung nach Assam eingewanderten Bengalen durch eine Überenkunft mit deren Führern beendete, ist dem Jubel jetzt die Kritik gefolgt. Das „Assam-Problem“, so meinen die Kritiker, „ist noch längst

nicht gelöst, sondern nur wieder diskutierbar gemacht.“

Schon droht eine neue Krise im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu. Der dortige Oppositionsführer und Tamilen-Nationalist droht die Sache der Tamilen Sri Lanka zu erlösen, indem er die indische Regierung nicht den Monden an unerschütterlichen Tamilen auf Sri Lanka einhält. Bislang sind alle indischen Bemühungen um eine Lösung des Tamilen-Konfliktes auf der Insel fehlgeschlagen.

Die Kongreß-Partei Rajiv Gandhis sorgt sich im Pandschab weniger um einen Wahlsieg, sondern vielmehr um die Sicherheit der Kandidaten. Hunderte von Sikh-Extremisten sind in den letzten Wochen – so indische Behörden – aus ihrem Refugium in Pakistan in den Pandschab zurückgekehrt, um hier mit Terroranschlägen den Staat erneut zu erschüttern und die Wahlen zu verhindern.

Zumindest moralisch unterstützt werden sie von der „Vereinigten Akaali Dal Partei“, einer von der Akaali Dal abgesplitteten radikalen Gruppierung um den Vater des Extremistenführers Bhindranwale, Baba Joginder Singh. Bhindranwale wurde bei dem Sturm auf den Goldenen Tempel von Amritsar erschossen. Joginder Singh hält an den Forderungen seines Sohnes nach einem „Khalistan“ fest.

Die Ermordung Longowals, der für Einigkeit zwischen Hindus und Sikhs eingetreten war und für die Einheit Indiens einschließlich des Pandschab plädiert hatte, war ein Rückschlag für die Friedenspolitik Gandhis. Die Ermordung zweier hoher Kongreß-Politiker, Lalit Maken und Arjun Dass,

hat zudem gezeigt, daß trotz aller Sicherheitsvorkehrungen eine absolute Sicherheit nicht möglich ist. „Das Land“, so die Kritiker, „kann im Zusammenhang mit den Wahlen wieder in ein neues Chaos stürzen.“

Wie im Pandschab hat Rajiv Gandhi mit einem Abkommen für Assam einen großen innenpolitischen Sieg gefeiert. Doch wie jene Vereinbarung, daß alle nach 1971 in Assam eingewanderten Bengalen das Land verlassen müssen, in die Realität umgesetzt werden soll, ist niemandem so recht klar. Die meisten der schätzungsweise 700 000 Einwanderer kamen aus Bangladesch, das sie nicht wieder aufnehmen will.

Der Assam benachbarte indische Bundesstaat Westbengalen würde unter einer Einwandererwelle wirtschaftlich zusammenbrechen, erklärt die dortige Regierung. Inzwischen ist auch der Jubel bei jenen zwischen 1966 und 1971 Eingewanderten verklungen, die zehn Jahre lang nicht mehr wählen dürfen.

Es herrscht – abgesehen vom Terrorismus – wieder Ruhe im Land“, loben Kongreß-Mitglieder ihren Ministerpräsidenten, nachdem er auch im Bundesstaat Gujarat die blutigen Unruhen beendet hat. Dort hatten Studenten und ihre Eltern gegen die Politik der Reservierung von Studienplätzen für sozial Schwache protestiert. Er löste die Landesregierung ab und versprach die Formulierung einer neuen Bildungspolitik.

Wie ein Kinderpiel, so scheint es, hat Rajiv Gandhi die großen innenpolitischen Probleme Indiens in weniger als einem Jahr geregelt, die unter seiner Mutter Indira kaum lösbar schienen. „Doch das harte politische Geschäft beginnt jetzt“, meinen Beobachter.

Hinter den Kindern schreien die Agitatoren

„Wir sehen nicht viel von dem, was wirklich hier geschieht, obwohl das Fernsehen uns doch eigentlich einen genauen Einblick geben müßte“, sagt eine burische Farmerfrau am Ostkap. Hier war es zu den größten Ausschreitungen gekommen; hier erklärte die United Democratic Front (UDF), dem verbotenen kommunistischen ANC eng verbunden, die ersten Gebiete zu „befreiten Zonen“. Betty, eine Farmerfrau aus Molteno führt ein Beispiel an: „Als in der besucherten schwarzen Wohnstadt, in der rund 18 000 Menschen leben, die Unruhen ausbrachen, wurde die lokale Polizei des Städtchens erst mit einer Gruppe von Kindern konfrontiert, die in der ersten Reihe marschierten, keimes älter als sechzehn Jahre. Dahinter eine Gruppe von rund zwanzig Agitatoren der UDF, die die Stimmung

Hinter den Kindern schreien die Agitatoren

„Wir sehen nicht viel von dem, was wirklich hier geschieht, obwohl das Fernsehen uns doch eigentlich einen genauen Einblick geben müßte“, sagt eine burische Farmerfrau am Ostkap. Hier war es zu den größten Ausschreitungen gekommen; hier erklärte die United Democratic Front (UDF), dem verbotenen kommunistischen ANC eng verbunden, die ersten Gebiete zu „befreiten Zonen“. Betty, eine Farmerfrau aus Molteno führt ein Beispiel an: „Als in der besucherten schwarzen Wohnstadt, in der rund 18 000 Menschen leben, die Unruhen ausbrachen, wurde die lokale Polizei des Städtchens erst mit einer Gruppe von Kindern konfrontiert, die in der ersten Reihe marschierten, keimes älter als sechzehn Jahre. Dahinter eine Gruppe von rund zwanzig Agitatoren der UDF, die die Stimmung

Eine Information zur Börseneinführung



Die neue Bluse ist unglaublich hautfreundlich

Denken Sie dabei an FAG Kugelfischer

Intensive Forschung und Entwicklung führten zu FAG Hochleistungs-Texturieraggregaten. Diese ermöglichen, synthetischer Fasern Eigenschaften zu geben, die früher nur Naturfasern hatten.

Mit einer Präzision, die erstmals eine Fadenabzugsgeschwindigkeit von 1000 m/min erlaubt.

Präzision ist das Schlüsselwort für unsere gesamte Unternehmensgruppe. Für Textilmaschinenteile, Industriemaschinen, Förderanlagen, Meß- und Pegelsysteme, Schleifscheiben, Druckgußzeugnisse, hydraulische Bremsanlagen, Sinterformteile, Werkzeughydraulik und Wälzlager, mit deren Fertigung wir bereits 1883 begannen.

Der FAG-Konzern 1984 in Zahlen:
Weltumsatz 2783 Mio DM • Auslandsanteil 61% • Mitarbeiter 27 900 • Investitionen 126 Mio DM • Jahresüberschuß aus laufendem Geschäft 88 Mio DM

Die Börseneinführung der FAG Kugelfischer-Aktie steht bevor

FAG Kugelfischer. Weltweit Erfolg mit Präzision.

FAG
FAG Kugelfischer Georg Schäfer Kommanditgesellschaft auf Aktien, 8720 Schweinfurt

FAG
Wälzlager
Fluglager
Bremshydraulik
Maschinen- und Meßtechnik
Strahlungsmesstechnik
Druckgußteile
Nahttechnik
Textilmaschinen-zubehör
Fördertechnik
Radiometrie
Umlormteile
Hydraulik und Regellechnik
Schleifkörper

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein feines „Instrument“

Die schweren Fehler der Chefs: WELT vom 5. September

Sehr geehrte Redaktion,

was ist das für ein Unsinn, der da geredet wird von der „inneren Kündigung“, den offenbar Professor Höhne in Bad Harzburg aufbrachte? Er kam damit, als sich herausstellte, daß sein theoretisch wasserdichtes Modell der „Delegation von Verantwortung“ auch nicht das „Gelbe vom Ei“ ist.

Seitdem dann dieser Unsinn von der „inneren Kündigung“ aufkam, fand man auch bei den Gewerkschaften wieder Anklang, die lange Zeit dem Harzburger Führungsmodell gram waren, denn nun ist das mit der „inneren Kündigung“ natürlich eine arbeitsnehmer- und gewerkschaftsfreundliche Theorie. Mit der „inneren Kündigung“ ist Höhne natürlich ihr Mann, denn das ist ja ein feines „Instrument“, mit dem man die Chefs in die Ecke drängen kann, die Chefs, die heutzutage nun wirklich die Leistung forcieren und oft auch erzwingen müssen, wenn am Ende des Jahres noch ein Gewinn dastehen soll - erzwingen müssen gegen Faulheit, Uninteressiertheit, Nachlässigkeit, damit das Unternehmen gesund bleibt.

Nun sind die Chefs in den letzten 40 Jahren von Führungslöhnen zu Führungslöhnen gefahren und haben diese „Unternehmensberater“ reich gemacht in der Absicht, zu lernen, wie man sich als Chef richtig

verhält. Sie haben die verschiedensten Modelle des „management by...“ in sich hineingefressen, weil es ja letztlich um die Kosten ging, die mit dem Ziel von „humanen Arbeitsplätzen“ davonliefen. Angekommen sind sie nun über den Umweg zum „management by delegation“ letztlich beim sinnlos gewordenen „management by situation“ - und nun stehen sie vor dem Modell des „management by fools“, wie man die „innere Kündigung“ institutionalisiert wohl nennen könnte. Denn was anderes ist es ja nicht, wenn man meint, daß jeder, dem der Chef einmal ein oft nötiges böses Wort gesagt hat, nun die „innere Kündigung“ aussprechen kann, ohne darüber korrekt Rechenschaft abzulegen, was gewesen ist und was daran richtig oder falsch war. Das ist doch wirklich das Einfachste, die „innere Kündigung“ auszusprechen, das zu tun, was man früher „mühsam sein“ nannte und was die sogenannten höheren Töchter oft genug betraf, die unbeachtet blieben, aber beachtet sein wollten.

Wenn also das mit der „inneren Kündigung“ wirklich Anerkennung findet in marktoffener und risikobeladener Wirtschaft, dann Gnade uns Gott, denn dann ist die herkömmliche Hierarchie bald „im Eimer“. Denn dann ist es nicht mehr sehr verlockend, Chef zu sein, für Kapital und Menschen Verantwortung zu tra-

gen, dieses alles zu organisieren und zu verantworten und auch noch zum Erfolg zu führen. Dann entsteht ein Kampf aller gegen alle und es ist dann wahrlich besser, Untergebener zu sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Steincke,
Michelbach/Bitz

Wechselbäder

„Vollte Bestenbesserer“: WELT vom 4. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

da erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, daß es nach jüngsten Berechnungen der Rentenversicherungsträger eine Rente auf Pump bis Ende des Jahrzehnts nicht mehr geben wird.

Als Rentner kann man sich bei dieser an sich positiven Beurteilung nur die Augen reiben. Denn noch vor nicht allzu langer Zeit löste eine Hiobsbotschaft die andere ab, und es

Wort des Tages

„Mit seinem schlechten Gewissen wird man leichter fertig als mit seinem schlechten Ruf.“

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844-1900)

würde nicht wundern, würden in einigen Wochen wieder gegenteilige Prognosen veröffentlicht.

Es sollte doch nun endlich Schluß gemacht werden mit den prognostizierten finanziellen Wechselbädern für Arbeiter und Angestellte im Ruhestand. Habeo se nicht auch, wie die Beamten, Anspruch auf Kontinuität in der öffentlichen Beurteilung ihrer Finanzlage in der Zukunft?

Daß eine noch nie diskutierte Altersversorgung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte sehr viel bedeutet, dafür zeugen die seit Jahren erscheinenden Anzeigen in den großen Tageszeitungen, mit denen Nachwuchskräfte für eine Laufbahn des beamteten gehobenen Dienstes gesucht werden. Bemerkenswert für eine Selbstverwaltungskörperschaft der beitragszahlenden Angestellten!

Mit freundlichen Grüßen
J. Schmitt,
Bonn 1

Fehleinschätzung

„Ein Blick für Kinder“: WELT vom 28. August

Sehr geehrter Herr Herrmann,

ich danke Ihnen herzlich für Ihren Artikel. Nur selten werden Belange der Kinder im Straßenverkehr gegenüber den Egoisten der Kraftfahrer und den Interessen der Industrie mit dieser Entscheidung vertreten. Die große Mehrzahl der Kraftfahrer hält Kinder im Straßenverkehr - zu Unrecht - gestützt auf den Vertrauensgrundsatz der Rechtsprechung - für kleine Erwachsene. Diese Fehleinschätzung führt zur Verwirklichung der Gefahr, die vom Kraftfahrzeug ausgeht. Die Folgen treffen das Kind.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt F. W. Tegge,
Oberstaatsanwalt a. D. und
Vorstandsmitglied der
Landesverkehrswacht Hamburg

Der Kraftfahrer kann dieser Gefahr begegnen - durch mäßige Geschwindigkeit und Bremsbereitschaft, wo Kinder sind. Ihr Leben ist in seine Hand gegeben. Die von Ihnen angeführte Entscheidung des Bundesgerichtshofs muß für verantwortungsbewußte Bürger und verängstigte Eltern als Erleichterung wirken.

Der Kraftfahrer vor allem muß die Sicherheit im Straßenverkehr „produzieren“. Das ist nicht in erster Linie ein Problem der Technik und des Fahrtrainings, sondern vor allem des moralischen, mitmenschlichen Verhaltens und der Einstellung oder Haltung. Auch die Kinderverkehrszulassung tritt trotz ihres Wertes vor allem für die Zukunft demgegenüber an Bedeutung zurück.

Der Verstoß gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen gilt als häufigste Unfallursache, besonders bei Unfällen mit Kindern. Besonders die mangelnde Möglichkeit wirksamer Geschwindigkeitskontrolle wird immer wieder gegen die Beschränkung der Geschwindigkeit in Wohngebieten auf 30 Stundenkilometer vorgebracht. Warum wird der Unfallfahrerscheitler nicht einmal durchdiszipliniert? Ein Prototyp ist bereits 1978 der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Statt wirksamer Maßnahmen und Aufklärung im Kraftfahrzeugbereich, von wo die Gefahr ausgeht, also Kinderverkehrszulassung in erster Linie als - utopisches - Überlebensstrategie für Kinder im Straßenverkehr? Kinder haben keine Lobby.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt F. W. Tegge,
Oberstaatsanwalt a. D. und
Vorstandsmitglied der
Landesverkehrswacht Hamburg

Personalien

GEBURTSTAGE

Gerd Lemmer, seit 1979 Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion) im Europäischen Parlament, wird am 13. September in seiner Heimatstadt Remscheid 60 Jahre alt. Der Jurist, ein Neffe des verstorbenen Bundesministers Ernst Lemmer, verbrachte seine Lehr- und Wanderjahre beim Landwirtschaftsverband Rheinland und bei der Vertretung des Landes Berlin beim Bund. 1961-1963 war er Oberbürgermeister von Remscheid. Von 1962-1966 amtierte er als nordrhein-westfälischer Landesminister für Bundesangelegenheiten. In den Jahren der Großen Koalition wurde Lemmer Staatssekretär - zunächst beim Bundesminister für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft und dann beim Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen.

„Die deutsche Wirtschaft braucht selbständige Unternehmer ihres Typs, die mit dem Willen zum Risiko an ihre Aufgabe herangehen und sich dabei immer der Verantwortung gegenüber der Gesamtwirtschaft bewußt sind.“ Mit diesen Worten gratulierte Otto Graf Lambsdorff dem 60jährigen Aachener Industriellen Herbert Pavel zum Geburtstag. Der Unternehmer mit 12 Fabriken - darunter der

Hauptstz „Rheinadel“ - feierte sein Wiegens-Jubiläum im Krönungssaal des Aachener Rathauses. Unter den geladenen Gratulanten waren Oberbürgermeister Kurt Malangre (MdEP), Josef Neckermann und Walter Scheel.

EHRUNGEN

Der spanische König Juan Carlos hat der Bundesbeauftragten für die Integration ausländischer Arbeitnehmer, Liselotte Funke, das Großkreuz des Spanischen Zivilverdienstordens verliehen.

Erstmals wurde für das Jahr 1984 ein „Gustav-v.-Schlesinger-Sonderpreis“ verliehen. Bei dem Preisrichter handelt es sich um Professor Dr. Winfried Eberhard, Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Prämiiert wurde seine Habilitationsschrift mit dem Titel: „Monarchie und Widerstand. Zur ständischen Oppositionsbildung im Herrschaftssystem Ferdinands I. in Böhmen“.

KORREKTUR

Dieter Benecke heißt der neue Vorstand von „Inter Nationes“ in Bonn, nicht wie irrtümlich geschrieben, Dieter Becker. Er war seit 1979 bei der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig.

NOTICE OF PURCHASE

1. 23 (twentythree) relative motion radars and 1 (one) arpa radar will be purchased by D. B. TURKISH CARGO LINES under sealed envelope.

2. The relevant administrative and technical specifications can be obtained starting 23. 8. 1985 from the following address:
D. B. TURKISH CARGO LINES
Foreign Supply Department
Mecidiyeköy Cad. No. 93-95-97
Finikli - Istanbul - Turkey

3. The quotations received after 23. 8. 1985 at 17.00 hours will not be accepted.

4. Quotations received after the above date and hour will not be considered, postal or any other delays will not be accepted.

5. D. B. TURKISH CARGO LINES is not constrained by government adjudication law 2888 number therefore it is free to cancel or award this adjudication to whomsoever it sees fit.

Wir suche

Vertriebsgruppe-Anlageberater

für Erwerbermodelle Berlin-Aitbah

Attraktive Objekte, sehr gute Bausubstanz, Vollfinanzierung, professionelle Abwicklung.

Ang. unter N 4896 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dolmetschtaufträge

für Spanisch und Französisch im In- und Ausland übernimmt

Diplom-Dolmetscherin/Übersetzerin

Muttersprache Deutsch, 25 J., 15 Monate Anlaufzeit, berufserfahren mit erstklassigen Zeugnissen und Referenzen.

Ankunft unter Telefon 6 27 78 / 63 44

An Investoren und Auswanderer:

Wir vermitteln Betriebe und Unternehmen aller Art in:

KANADA

Die Einwanderungshilfe für

RHEINHOLD J. LOHSEN am See 9 - D 2292 Bederkesa
BUSINESS BROKER Res. 403-254-1833, Telephone: 0 47 45-12 34 oder 2 88

Paletten-Reparaturdienst

bundesweit nach DIN-Norm mit Originalersatzteilen.
Ankauf - Verkauf - Tausch

Fa. HOPA,
6084 Bischofshelm/Mainz
Tel. 0 61 44 / 83 66

Wir eröffnen in Kürze ein

Handelsbüro in Spanien

und suchen gegen geringe Unkostenbeteiligung interessierte Firmen aller Branchen.

Anfragen unter M 4895 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir übernehmen für Sie in Asien

Einzelne Produktionsaufträge, Vermittlung von Geschäftsmöglichkeiten für In- und Export.

Ang. u. l. 4894 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Jurist

übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.

Zuschr. erb. u. K 4948 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsleuten

die sich in Spanien niederlassen wollen, bieten wir in Gerona/Costa Brava zentrale gelegene Büros, Ausstellungsräume und Lagerhäuser. Wir bieten Verkauf oder Beteiligung.

Telefax: 5 7 399 KLS. E.
Telefon: 00 34 / 72 29 53 88

Deutsche Flug-Ambulanz

zur ärztlichen Leistung 24-Stunden-Notruf

0211/431717

Krank im Ausland? Wir fliegen Sie zurück!

Mit einem minimalen Kostenaufwand erwerben Sie ein Maximum an Hilfe und medizinischer Versorgung. Spezialisten mit erkrankten Fachleuten holen Sie im Notfall rund um die Uhr weltweit.

Lassen Sie sich durch uns die notwendige Sicherheit vermitteln. Schon ab DM 30,- pro Person und Jahr erhalten Sie Rückholversicherung inkl. einer 30-tägigen Auslandsreisekrankenversicherung. Denn Risiko erkennen heißt Vermögen erhalten. Als Beispiel im unversicherten Ernstfall:

Las Palmas - Frankfurt
Kosten DM 33.000,-

Erhalten Sie Gesundheit und Vermögen durch eine Mitgliedschaft bei der Flug-Ambulanz e.V.

Flug-Ambulanz e.V.,
Flughafen Halle 3
4000 Düsseldorf 30
Tel. 0211-45 06 51-53

Coupon

Ich bin an einer Mitgliedschaft bei der Flug-Ambulanz e.V. interessiert.

Bitte senden Sie mir unverbindlich ausführende Unterlagen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße, Haus-Nr.: _____
PLZ-Ort: _____

SICHERE EXISTENZ

Die schaffen Sie sich mit nur DM 10.000,- Eigenkapital. Greife Sie zu, und wir informieren Sie, wie Sie Ihr Leben neu gestalten und sehr gut dabei verdienen können.

Anfragen unter L 5082 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64

Friedhofstechnik

Unsere Kunden sind Kommunen / Kirchen / Gärtnereien. Wir sind über 15 Jahren mit großem Erfolg tätig, ausgereiften Sicherheitsbestimmungen und zunehmender Rationalisierung ergeben sich umfassende Potenziale.

Wir suchen für die Bundesrepublik (alle PLZ)

Handelsvertreter und/oder Vertriebsorganisationen

die im vorgenannten Kundenkreis eingeführt sind. Kontaktaufnahmen unter K 4993 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DM 4,70!

Je Kunde kostet Sie der Aufbereiter, der Ihre 1000 Kopien und 2000 Briefe und so mehr Unmühsam bringt. Fragen Sie bei CAD/C, Niederwegstr. 47, 4300 Essen 15

Bau- u. Gartencenter

für Betriebsberatung und Vertrieb, speziell im Vorführbereich bei Beständen, bietet sich an.

P. R. Studio, 0101 Seebühne-Jugendheim 2, Postf. 21 05, Kennwort: „WIL“

Wir bieten im Kundenauftrag an:

Kompl. Einrichtung einer Kfz-Werkstatt mit 5 Arbeitsplätzen für VW und Audi, z. B. Hebebahnen, Prüfgeräte, Spezialwerkzeuge.

Unternehmensberatung
Dipl.-Kfm. Rudolf Martin
Öfingstr. 3
7201 Tübingen
Tel.: 0 74 64 / 20 75
Telefax: 762 552

Ausländische Firmen suchen für verschiedene Branchen (Konsum- und Industriegüter)

Handelsvertreter

Schreiben Sie uns, wenn Sie eine zusätzliche Vertretung übernehmen möchten. Unser Service ist für Sie kostenlos.

Ang. u. Y 4883 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verlagslizenz

zu vergeben. Ideal für Einzelhändler und Handelsvertreter (Vers., Bausp., Finanz). Hohe Gewinne monatlich.

Verbraucher Verlag Robert-Koch-Str. 7, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231 / 57 49 73

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Waldert

Chefredakteur: Wilfried Berthel-Eichbrunn
Dr. Hubert Krump
Stellv. Chefredakteur: Peter Gillems, Manfred Schell, Dr. Günter Zehn
Berater der Chefredaktion: Helmut Heine, Hamburg-Ausgabe: Dietrich Grot, Klaus Bruns, (Stellv.)
Chefs von Dienst: Klaus Jürgen Fröhlich, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

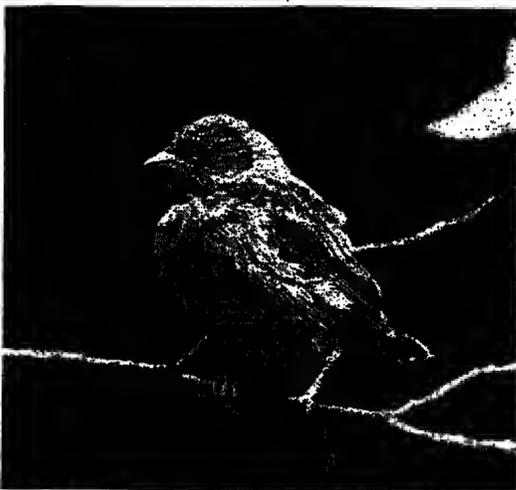
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke, Jens-Martin Lüddecke Bonn; Horst Hillebrand, Düsseldorf

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fasch, Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.), Klaus-Jürgen Schwann (Stellv.); Seite 2, Nachrichten: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (Stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuberger; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Waldenauer (Stellv.); Seite 3, Buchmarkt: Dr. Manfred Böhler (Stellv.); I. Nachrichten: Raimo von Lorenzow; Bundesweite Redaktionen: Christoph, Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitungsredaktion: Walter Grot, Klaus-Jürgen Schwann, Peter Gillems, Friedr. W. Heering, Helmut Kluge-Löbke,



Auch der Grünfink gebt zu den Opfern des intensiven Obstbaus. FOTO: CARL ALBRECHT VON TREUFEN

Von M. GLAUBRECHT
Neben dem Alten Land bei Hamburg gehört das Bodenseegebiet zu den wichtigsten Obstanbauflächen der Bundesrepublik. Doch auch an den einstigen „Streuobstwiesen“ gingen die letzten Jahrzehnte europäischer Agrarpolitik nicht spurlos vorüber. Obwohl die Erhaltung der Obstfluren gleichermaßen ein ästhetisches wie ein ökologisches Anliegen wäre, zeichnen sich auch beim Obstanbau gravierende Veränderungen ab.
Vierorts werden die Obstbäume abgeholzt und die Plantagen aufgegeben, oder sie fallen einer intensiven Bewirtschaftung zum Opfer. Wie stark sich dies auf die Tierwelt in den Obstanlagen auswirkt, untersuchten zwischen 1970 und 1984 die beiden Ornithologen Siegfried Schuster und Ekkehard Seitz an drei ausgewählten Plantagen rund um den Bodensee. Ihr Ergebnis: Die Zahl der Brutvogelarten nahm kontinuierlich ab, da viele Vogelarten in den intensiv gepflegten Plantagen keine Nahrung mehr finden.
Die heute üblichen Niederstamm-

Eine Baumwüste am Bodenseeufer?
Die intensive Bewirtschaftung von Obstplantagen entzieht vielen Vögeln die Nahrung

anlagen entstanden in den 50er und 60er Jahren aus den schwerer zu bewirtschaftenden Hochstammplantagen. Ab 1970 stellten die Plantagenbesitzer dann nochmals von Busch- auf Engpflanzungen um. Bereits 1980 gab es dadurch im Bodenseegebiet nur noch 72 Quadratkilometer alter Streuobstwiesen, aber 62 qkm Niederstammplantagen bzw. Engpflanzungen. Diese „Bäumchen“ – überwiegend Apfelmägen – wachsen nur noch zu einer maximalen Höhe von zwei bis drei Metern heran, mit einem Kronendurchmesser von 1,50 Meter, und benötigen jeder einen Pfahl als Halt, da sie wegen des flachen Wurzelsystems allein nicht standfest sind.
An Hand der singenden und damit revidenzierenden Vogelarten ermittelten Schuster und Seitz auf je 20 ha großen Flächen der drei Plantagen die Anzahl der Brutvögel; zur Kontrolle wurden dann im Winterhalbjahr noch einmal die Nester gezählt, um die Ergebnisse der Brutbestandsaufnahme zu überprüfen. Wichtig für einen Vergleich war vor allem, daß sie neben einer intensiv genutzten Niederstamm-Obstplantage bei Bodman am westlichen Bodensee und einer weiteren bei Nonnenhorn am östlichen Bodensee auch eine Streuobstanlage bei Horn untersuchten. Zwischen 1970 und 1984 nämlich ging bei Bodman die Zahl der Brutvogelarten kontinuierlich von 23 auf 15 zurück (zum Vergleich: Für Mitteleuropa können auf 20 ha Fläche 25 Arten erwartet werden), während auf den Streuobstwiesen bei Horn 27 Vogelarten brüteten.
Die Zahl der Nester und Vogel nahm von den noch artenreichen Streuobstwiesen über die Niederstammplantagen 1970 bis hin zu den Engpflanzungen der letzten Jahre deutlich ab. Nur die extensiv genutzten Obstfluren mit ihren älteren Baumbeständen sind erwiesenermaßen Lebensraum für deutlich mehr Vogelarten.
Die Ursache für den Rückgang der Vogelzahlen ist der akute Nahrungsmangel in den modernen Plantagen. Immerhin werden die Obstplantagen etwa 20mal pro Jahr mit Pflanzenschutzmitteln behandelt, neben den Fungiziden gegen Schorf und Mehltau auch mehrmals mit Insektiziden. Dies geschieht meist routinemäßig nach den Warnungen der örtlichen Pflanzenschutzdienste, unabhängig davon also, ob der Schädling in der betreffenden Pflanze auch wirklich auftritt. Kein Wunder also, daß in den Niederstammplantagen weniger Vögel leben, denn gerade kleine Insekten sind für die meisten von ihnen ein unentbehrliches Futter für die Aufzucht der Jungen.
Auch unreife Samen, etwa von Korbblütlern wie dem Löwenzahn, sind in vielen Niederstammplantagen am Bodensee nicht mehr ausreichend vorhanden, denn auch die „Un-Kräuter“ werden mit Herbiziden bekämpft. Für Finken etwa gibt es dadurch nichts mehr zu fressen. Ihre Nahrung müßten sie oft aus großen Entfernungen von einem Kilometer und mehr herbeischaffen. Letztlich bleiben nur die Drosseln übrig, die sich von Regenwürmern ernähren. Ironischerweise verbleiben durch die Pflegemaßnahmen also genau die Arten, die dann im Herbst das Obst in den Plantagen anpicken.
Da vorläufig eine Umkehr dieser ökologisch sehr ungünstigen Entwicklung nicht zu erwarten ist, schlagen die Biologen vor, sogenannte „Naturinseln“ zu schaffen. Diese wenig oder gar nicht genutzten Teilflächen mit artenreichem Wildpflanzenbestand, am Rande oder in den Plantagen gelegen, könnten auch zum ökonomischen Vorteil werden. Wenn man an Zäunen, Wegen und Gräben keine Herbizide mehr spritzt und alle hochstämmigen Bäume und älteren Pflanzungen am Rande jeder Plantage stehen ließe, hätten die Vögel in Zeiten der Insektenbekämpfung eine Nahrungsreserve.

Säure zum Anfassen

Die Bindung an Silizium entschärft gefährliche Stoffe

Von HORST MERSCHHEIM
Die Verwendung von Säuren in der chemischen Industrie wird seit einiger Zeit heftig kritisiert: Diese Stoffe werden nicht nur beim Transport, sondern auch bei der Abfallbeseitigung (Stichwort „Verklappung“) große Probleme auf. Dies kann sich jetzt möglicherweise auf einen Schlag ändern, seit man Säuren an feste Stoffe binden und ihre Gefährlichkeit damit erheblich verringern kann.
Mit solchen Verbindungen, etwa für die aggressive Schwefelsäure, beschäftigt sich seit einiger Zeit Professor Alfons Saus vom Fachbereich Angewandte Chemie der Universität Duisburg. Seine „feste Säure“ sieht wie Sandkörner von heller Farbe aus, hat aber seine Eigenschaften dennoch nicht verloren. Es handelt sich allerdings nicht etwa um eine Flüssigkeit im Festzustand. Die Säure benötigt vielmehr ein Trägermaterial, an das sie chemisch gebunden werden muß. Solche festen Bindungen strebt Saus für die Entwicklung von Katalysatoren an, mit denen man auch im großtechnischen Maßstab problemlos arbeiten kann.
Katalysatoren sind Substanzen, die den Ablauf von chemischen Reaktionen erleichtern und beschleunigen können. Sie helfen so, Substanzen von einem Zustand in einen wünschenswerten anderen zu überführen. Katalysatoren können vor allem auch Reaktionen auslösen, die in der Natur wegen bestimmter Hemmprozesse nicht ablaufen können. In der chemischen Industrie sind sie somit unersetzliche Hilfsmittel.
Partner im Falle der Schwefelsäure ist das dunkelgraue und metallisch glänzende Halbleitersilizium, das als Siliziumdioxid in großen Mengen in Quarzsanden enthalten ist. Seine Gewinnung ist billig und ohne großen Aufwand möglich. Wird das Silizium entsprechend behandelt, entsteht eine Substanz, die unter dem Namen Silicagel Eingang in den Alltagsgebrauch gefunden hat. Silicagel kann man pressen oder drücken, die einmal gebundene Säure wird so leicht nicht wieder frei.
An der bestmöglichen Ausgestaltung solcher festen Katalysatoren arbeitet Saus mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und tat-

kräftigem Interesse der Industrie, die sich von seinem Konzept der Entwicklung fester Katalysatoren wie der Schwefelsäure-Quarz-Verbindung Vorteile versprechen muß. Denn von hundert chemischen Reaktionen sind mindestens 80 mit einem katalytischen Schritt verbunden.
Aber Katalysator ist nicht gleich Katalysator: Schwefelsäure zum Beispiel ist auch in flüssigem Zustand hervorragend dafür geeignet, chemische Reaktionen in Gang zu bringen. Wo die Vorteile ihrer festen Form liegen, wird erst deutlich, wenn man sich den Ablauf solcher Umwandlungsprozesse vor Augen führt. Die Substanz, die sich verändern soll, wird im einfachsten Fall in einen Kessel gegeben. Unter Zugabe von Schwefelsäure wird das Gemisch umgerührt, und nach Ablauf der Reaktion muß die Säure dann wieder mühsam abgetrennt werden.
Ein fester Säurekatalysator bietet hier offensichtliche Vorteile. Man muß ihn nicht in einen säurefesten Kessel schütten, sondern kann ihn beispielsweise in der Mitte eines oben und unten offenen Glasrohrs unterbringen, wo er dann von der umzuwandelnden Substanz unspült wird, ohne sich dabei selbst chemisch zu verändern. Eine Stahlumhüllung braucht ein solcher Reaktor nicht, da die Feststoffe nicht quellen kann, also auch keine Druckwirkung ausübt.
Was der Duisburger Chemiker erforscht, ist weder von den Substanzen noch von den chemischen Verfahren her gänzlich neu. Wohl aber ist es sein Konzept, aus der Kombination einer bekannten Säure mit einem bekannten Trägermaterial den Katalysatoren ganz bestimmte wünschenswerte Eigenschaften zu geben.
Das gilt auch weitgehend für die Beseitigung der verbrauchten festen Schwefelsäure, die nicht etwa, wie die sogenannte Dünnsäure, irgendwo im Meer „verklappt“ werden muß. „Die Begleitumstände der Endlagerung sind in ihrer Schärfe wesentlich reduziert“, meint Saus dazu. „Kommt der Katalysator auf Halde, würde er sich durch Umwandlungsprozesse mit den Erdmineralien in kürzester Zeit neutralisieren. Die Trägersubstanzen liegen ohnehin in der Natur vor. Was als organischer Teil im Katalysator enthalten ist, wird zu hundert Prozent biologisch abgebaut.“

VERKEHRSPOLITIK 1985

Liebe Bundesregierung!

Verkehrspolitik im Jahr 1985 in der Bundesrepublik Deutschland ist eine ganz schwierige Angelegenheit. Die Bahngewerkschaft visiert für neue Züge Tempo 350 an, der Autofahrer soll sich mit 100 begnügen – maximal! Die Grünen halten das Auto für überflüssig und sozialschädlich. Die Roten machen es modig, wollen es auf ein reines Transportmittel reduzieren, trotzdem keinen Arbeitsplatz in der Automobilindustrie auf's Spiel setzen – gewissermaßen Aufschwung durch Tempo 100. Der Wald kränkel vor sich hin – der Autos wegen? Die Bundesregierung möchte schnell viele saubere Autos und sorgt gleichzeitig dafür, daß bleifreies Benzin, aufgrund völlig ungenügender steuerlicher Spreizung, teurer bleibt als bleihaltiges. Schwierig ist sie, die Verkehrspolitik 1985. Das fängt schon mit verschiedenen Behauptungen an, mit denen das Blickfeld der Bundesbürger ideologisch verengt werden soll:

Das Auto ist schuld am Waldsterben!

Das Auto produziert Abgase, welche in hoher Konzentration für den Menschen giftig sind. Mit dem 3-Weg-Katalysator läßt sich der Anteil dieser Schadstoffe um 80% reduzieren. Hohe Konzentrationen treten dann nicht mehr auf. Ob diese Abgase, und in welcher Menge, für den Wald schädlich sind, oder ob vielleicht nur Schwefeldioxid, oder Chlorkohlenwasserstoffe – die nicht von den Autos ausgestoßen werden – den Wald krank machen, weiß kein Mensch. Nur, daß durch Katalysatoren der Ausstoß giftiger Abgase viel wirksamer unterbunden wird, als durch Langsamfahren, ist eine nachrechenbare Tatsache. Schon 7% Katalysatorfahrzeuge in unserem Gesamtbestand werden die Umwelt mehr entsäuren, als jede noch so drastische Geschwindigkeitsbegrenzung.

Wer langsamer - 80/100 - fährt, kommt schneller voran!

Diese merkwürdige, mathematische Erkenntnis wird vorwiegend von Volker Hauff vertreten, dessen Herzansatz schon vor 10 Jahren die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen war. Richtig ist, daß 80 km/h auf Landstraßen und 100 km/h auf deutschen Autobahnen sehr oft unangelegte, Geschwindigkeiten sind, die zu Unterforderungsstress und Ermüdung und dadurch zu mehr Unfällen führen.

Die Unfallbilanz auf amerikanischen Highways mit 88 km/h ist gravierend schlechter, als die der deutschen Autobahnen mit freier Fahrt, und 80/100 wären ein eindeutig kontraproduktiver Beitrag zur Verkehrssicherheit und zur Lebensqualität.

Alle zivilisierten Staaten haben ein Tempolimit!

Das stimmt nur auf den ersten Blick. Wo man keine bedeutende Automobilindustrie hat – kein Problem. Reden wir also nicht von Österreich und der Schweiz.

Aber die USA haben eine große Automobilindustrie und weltweit das niedrigste Tempolimit – 88 km/h auf Überlandstraßen!

Amerikanische Highways sind mit deutschen Autobahnen nicht vergleichbar und zum großen Teil in katastrophalem Zustand, die Autos, schon konstruktiv so ausgelegt, daß amerikanische Hersteller – unter dem Gesichtspunkt der Produktivität – nichts mehr fürchten, als die freie Fahrt, und wer's eilig hat, der fliegt – so fliegen alle. Gut für die Umwelt??? Wenn die amerikanische Automobilindustrie, so wie die deutsche, 60% ihrer Produktion exportieren müßte, um zu überleben, wäre sie schon seit 20 Jahren pleite. Sie exportiert nämlich – außer nach Kanada – nur 0,4% ihrer Produktion. Amerikanische Automobile sind, bezüglich ihrer Verkauflichkeit außerhalb Amerikas durch Jahrzehnte alte repressive Geschwindigkeitsbegrenzungen, auf's schwerste behindert.

Und England?

Die Einführung niedriger Tempolimits, z.B. 112 km/h auf England's Autobahnen, hatte einen verheerenden Einfluß auf die Qualität der Autos und das Wohlergehen der britischen Automobilindustrie, die heute – bis auf einige wiedererstandene Nobelmarken – nur noch der Schatten ihrer früheren Größe ist. Export 1984: GB 220.000 – D 2,2 Millionen Autos!

Und Frankreich?

130 km/h auf Frankreich's Autobahnen; darüber besteht allseits Einigkeit, können der Umwelt nicht im geringsten helfen, sind jedoch Gift für die Verbreitung von High Technology bei Automobilen. Der französischen Automobilindustrie geht es nicht gut, die Polizei drückt mindestens ein Auge zu, und der französischen Regierung ist ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen ein Herzensanliegen – aus verständlichen, ökonomischen Gründen.

Und Italien?

100 km/h auf Landstraßen, 140 km/h auf Autobahnen – alles unkontrolliert – die freieste Fahrt der Welt. Italien, nicht umsonst, das Land der schönsten und potentesten Automobil-Kreationen. Der italienischen Automobilindustrie geht's ganz gut.

Und Japan?

Ein Land mit der vielfachen Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik und dort wo man es überhaupt bewohnen kann, praktisch eine Stadtlandschaft.

Aber mit Tempolimit 100 km/h und mit Autos, die sich trotzdem prima exportieren lassen!

Warum? Weil sie so billig sind, wie wir sie in Deutschland nie, nie werden bauen können. Japanische Autos sind prozentual um so stärker verbreitet, je ärmer ein Land ist. Kaum eine Perspektive für die Bundesrepublik!

Und Deutschland?

100 km/h auf Landstraßen, freie Fahrt auf der Autobahn und die beste, erfolgreichste, auf höchstem technischen Niveau stehende Automobilindustrie der Welt, deren Produkte zu stolzen Preisen überall gefragt sind. Eine Automobilindustrie, der es sehr gut geht, die nicht von Überkapazitäten geplagt wird, und die mit allen Zulieferern und Nebenleistungen, jedem 7. Bundesbürger Arbeit und Brot gibt. Die mit 80 Milliarden Mark Exporterlösen im Jahr 1984 allein in der Lage war, unsere gesamten Rohöleinführen und die Urlaubereisen der Deutschen ins Ausland zu bezahlen.

Es kann wohl nicht die Aufgabe der Bundesregierung sein, hier, via 80/100, grün-rote Morgenhauplätze zu exekutieren.

Ein Tempolimit 80/100 würde unsere Unfallzahlen erheblich senken!

Die Zahl der tödlichen Unfälle ist in der Bundesrepublik von 1983 auf 1984 um 13% und in der 1. Hälfte 1985 um weitere 25% zurückgegangen. Damit wird sie von 1983 bis Ende 1985, von ursprünglich 11.700, auf ca. 7.500 zurückgehen. Dies bei einem um 6% erhöhten Fahrzeugbestand und einer Wohnbevölkerung von 60 Millionen Einwohnern. Dies entspricht 125 Verkehrstoten pro 1 Million Einwohner und Jahr.

1984 starben im extrem geschwindigkeitsbeschränkten Amerika mehr als 195 Menschen pro 1 Million Einwohner bei Verkehrsunfällen. Dies sind 3% mehr als 1983 und 56% mehr, als heute in der Bundesrepublik. Und die meisten, nämlich 28.800 von 45.800, starben außerhalb, auf den, mit 88 km/h beschränkten, Highways.

Unsere Autobahnen, die 25% des gesamten Verkehrsstroms abwickeln, sind hingegen nur mit 4,35% der gesamten Verkehrsmasse belastet! Gibt es einen schöneren Beweis für die unmittelbare Zusammenhängigkeit des Verkehrsunfallgeschehens mit Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen?

Die Unfallrate Null wird übrigens erst bei der Geschwindigkeit Null erreicht, auch beim Flug- und Eisenbahnverkehr. Dann allerdings stirbt ein Vielfaches der Menschen Hungers. Nicht weitere Tempolimits haben bei uns die Zahl der Toten und Verletzten, die in den USA weiter steigend ist, in der letzten Zeit drastisch gesenkt, sondern Verzicht – Anschlaggürt – und die in unsere Fahrzeuge eingebaute aktive und passive Sicherheit, z.B. die deutsche Entwicklung Antiblockiersystem ABS!

Wir müssen langsam fahren, um Kraftstoff zu sparen!

Diese Behauptung ist völlig unstimmig, da sie – wie alle Tempolimitansätze – unterstellt, daß die Zeit des Autofahrers nichts wert ist. Natürlich ist sie weit mehr wert, als 1 bis 2 Liter Mehrverbrauch/100 km. Gerade im überwiegend beruflich veranlaßten Autobahnverkehr, ist dies evident. Der Sinn des Verkehrs ist Menschen und Waren SCHNELL zu befördern. Für das Auto soll das plötzlich nicht mehr gelten?

Wir müssen langsam fahren, um unersetzliche Rohölreserven unseren Enkeln zu vererben!

Auch dies Postulat ist ökonomisch unhaltbar, da das Auto auf Flüssigtreibstoffe aus Rohöl in keiner Weise angewiesen ist. Kraftstoff wird jetzt nur deshalb aus Rohöl gewonnen, da dies noch auf lange Sicht – in reichlicher Menge und auch relativ billig – vorhanden ist. Die bekannten Rohölreserven steigen jeden Tag und reichen heute 50% länger, als zum Höhepunkt der Energiekrise 1973/74. Unter den hysterischen Kurzschlafreaktionen der damals regierenden Politiker, autofreie Sonntage, Tempolimit 80/100, leidet unsere Wirtschaft – Arbeitslosigkeit – noch heute.

Sobald Rohöl knapper und teurer werden sollte, ist unsere chemische Industrie in der Lage, uns mit synthetisch erzeugten, flüssigen Kohlenwasserstoffen in beliebiger Menge – wenn auch nicht zu jedem Preis – zu versorgen. Dies spricht nicht dagegen, Autos immer sparsamer zu machen, sondern dies ist eine selbstverständliche, ökonomische Forderung, da es sinnvoller ist, unseren Reichtum im Lande zu behalten, als ihn an Ölscheichs zu transferieren. So wurden deutsche Autos zwischen 1978 und 1984 um 20% sparsamer.

Autofahrer sind der Umwelt gegenüber unsozial und unsolidarisch und müssen deshalb mit dirigistischen und psychologischen Mitteln – wie Tempolimit 80/100 und Verbot von Rallyes – als Volksschädlinge diskriminiert werden!

Leontinae + Leinen bitten, mit nicht zu überbietender Dreistigkeit, den Bund um Hunderte von Millionen an Subventionen für ARBED-SAARSTAHL und versäumen gleichzeitig keine Gelegenheit, dem größten Kunden, eben dieser Stahlindustrie, verbal und materiell ans Schienbein zu treten.

An wen sollen denn die Mitarbeiter von SAARSTAHL ihre Produkte verkaufen, wenn nicht an die Automobilindustrie. Die Nachfrage nach ökologischen Plumpkessel-Auffangbehältern dürfte ARBED kaum auslasten. Aber das macht nichts, der Bund soll zahlen!

Resümee:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land mit vielen klugen Köpfen. Wir können und müssen es uns leisten, das Auto in ganz kurzer Zeit sauberer zu machen und brauchen dazu von der Bundesregierung nur vernünftige Rahmenbedingungen. Zum Beispiel: Verbot des Verkaufs von verbleitem Normalbenzin. Eine höhere Spreizung der Steuern für unverbleites und verbleites Benzin, so daß unverbleiter Kraftstoff deutlich billiger wird, als verbleiter. Die Zusage der Bundesregierung, daß, unabhängig vom Ausgang des Tempo-Großversuchs, keine weiteren Geschwindigkeitsbegrenzungen für umweltfreundliche Autos verfügt werden.

Niemand hindert die Bundesregierung, diese Erklärung sofort abzugeben!

Wir sollten nicht versuchen, unserer Umweltprobleme mit Gesetzen und Verordnungen Herr zu werden, die nicht konsensfähig sind und wirtschaftlich – auf lange Sicht – katastrophale Auswirkungen haben und wir sollten keinen Verkehrspolizei-Staat nach Schweizer Muster etablieren. Anstatt gebannt und verängstigt auf die professionellen Verwalter des Mangels, auf rot-grüne Wolkenzieher zu starren, welche uns täglich die verbale Peitsche vermeintlichen Umweltschutzes um die Ohren hauen, sollten wir etwas tun. Nutzen wir den Stand der Technik, um CO-HC-NOx und Lärm gründlich zu vermindern, und überlassen wir den Jüngern Morgenhaups andere Themen. Mit Geist und mit Geld – von beidem haben wir reichlich – werden wir es fertigbringen, die saubersten und höchst entwickelten Automobile der Welt zu bauen. Beide zusammen, die deutsche Automobilindustrie und die Bundesregierung!

AUS LABORS UND INSTITUTEN

„Jugend forscht“

Hamburg (dpa) – Mit dem neuen Sonderpreisthema „Umwelt“ geht der Wettbewerb „Jugend forscht“ in sein 21. Jahr. Dieses Thema bietet die Möglichkeit zu interdisziplinären Arbeiten über aktuelle Probleme des Umweltschutzes. Wer noch nicht 22 Jahre alt ist, kann bis zum 30. November 1985 Arbeiten einreichen, die in eines der folgenden Fachgebiete passen: Biologie,

stoffgehalt sowie die Konzentration an Kohlenwasserstoffen ermittelt. Die Meßergebnisse zeigen in der westlichen Ostsee, vor allem in den Buchten und Fjorden, eine höhere Konzentration von Erdöl-Kohlenwasserstoffen als im Vorjahr. Der Sauerstoffgehalt ist dagegen sowohl in der Ost- wie in der Nordsee ausreichend, auch in den tieferen Wasserschichten.

Dioxin-Kongress

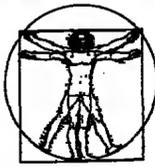
Bayreuth (Kil.) – Rund 400 Forscher aus aller Welt treffen sich zwischen dem 16. und 19. September in Bayreuth zu einem Kongress über Dioxine und verwandte Verbindungen. Spezialisten aus allen Bereichen der Wissenschaft werden dabei über die neuesten Forschungsergebnisse, moderne Technologien und medizinische Aspekte dieser hochgiftigen Substanzen berichten. Gleichzeitig findet ein Symposium zu Thema „Chemie-angst“ statt, auf dem eine historische, psychologische und wissenschaftliche Bestandsaufnahme dieses Phänomens erfolgen soll.

Krebsforschung

Ulm (DW) – Die Deutsche Krebshilfe hat der Universität Ulm 1,5 Millionen Mark, verteilt auf einen Zeitraum von 5 Jahren, zur Verfügung gestellt. Mit diesem Mitteln wird ein Forschungsprojekt an der Abteilung Immunologie finanziert, das mittels gentechnologischer Untersuchungen an Tumorzellen Fragen der Krebsentstehung nachgeht.

Meeresverschmutzung

Hamburg (DW) – Am 30. August kehrte das Forschungsschiff „Gauß“ des Deutschen Hydrographischen Institutes (DHI) von einer dreiwöchigen Fahrt zur Überwachung der Meeresverschmutzung nach Hamburg zurück. Dabei wurden der Sauerstoff- und Nähr-



Chemie, Geowissenschaften, Mathematik/Informatik, Physik und Technik oder in eines der beiden Sonderpreisthemen „Arbeitswelt“ und „Umwelt“. In den zwanzig Jahren des Bestehens von „Jugend forscht“ haben sich über 25 000 junge Menschen beteiligt.



Wir fangen schon mal an!

BMW/ALPINA B6 3,5 – Katalysator. Das saubere, potente, kleine Auto für den großen Spaß am Autofahren. 3,5 l – 254 PS (187 kW)
BMW/ALPINA B10 3,5 – Katalysator. Die schnelle, sparsame, viertürige Reiselimousine für Geschäft und Familie. 3,5 l – 254 PS (187 kW)
BMW/ALPINA B7 Turbo Coupé – Katalysator. Das komfortable Coupé für lange Geschäftsreisen. 3,5 l – 320 PS (236 kW)
Alle Fahrzeuge mit strömungsgünstigen Metall-Katalysatoren von BEHR – mit auf Knopfdruck umschaltbarer Zünd- und Einspritzelektronik von BOSCH für bleifrei Normal und bleifrei Super – mit einem Zwischenstück zum Ersatz des Katalysators und der Lambdasonde, wenn Sie in's „bleihaltige“ Ausland fahren wollen. Besuchen Sie uns auf der IAA in Frankfurt, vom 12. bis 22. September 1985. Halle 9, Stand 9164.
ALPINA BURKARD BOVENSIEPEN GMBH & CO., 8938 Buchloe, Telefon: 08241/3071
Übrigens:
BMW/ALPINAs fahren mit MICHELIN-Reifen. Auch ein High-Technology Produkt.

Kohl drängt Pretoria zum Handeln

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau schon vor dessen voraussichtlicher Nominierung zum SPD-Konkurrenz...

Genscher erläuterte vor dem Kabinett den Maßnahmenkatalog, den die EG-Außenminister in Luxemburg gegenüber Südafrika beschlossen haben...

In der Zehner-Runde von CDU und CSU hat sich Franz Josef Strauß ausführlich mit der Lage am Kap befaßt...

Strauß berichtete der Runde weiterhin von seinem Treffen mit dem libanesischen Präsidenten Gemayel am Rande der Feiern zu seinem 70. Geburtstag in München...

Bundeskanzler Kohl hatte die Aussprache mit seinem Bericht zu aktuellen innenpolitischen Themen, darunter dem Dreiergespräch, eröffnet...

Die Runde folgte dem Kanzler in seiner Absicht, vor der Entscheidung über eventuelle gesetzliche Maßnahmen zum Arbeitskampfbrecht einschließlich des umstrittenen Streikparagrafen zunächst abzuwarten...

Signal aus Bonn: „Bleifrei“ soll billiger werden

Spätestens zum 1. Januar 1986 soll bleifreies Benzin durch eine nochmalige Senkung der Mineralölsteuer verbilligt werden...

Mit diesem Vorstoß habe Bundeskanzler Helmut Kohl ein „Signal“ für die heute beginnende Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) setzen wollen.

Die zum 1. April 1985 vollzogene Vergünstigung - die Mineralölsteuer für bleifreies Benzin wurde um zwei Pfennig gesenkt...

Anwälte wollen höhere Gebühren

Die Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland möchten mehr Geld und deshalb von ihren Mandanten höhere Gebühren kassieren...

Union: Rau vertrat nicht die Bündnis-Positionen

Moskau sah in dem Gast vor allem den Ministerpräsidenten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau schon vor dessen voraussichtlicher Nominierung zum SPD-Konkurrenz...

Politisch bedenklicher aber sei, daß Rau sowohl in der Frage einer chemiewaffenfreien Zone in Europa als auch bei der Frage des amerikanischen Projektes einer weltumspannenden Raketenabwehr (SDD) nicht die Positionen des westlichen Bündnisses vertreten habe.

Rau entgegnete auf die Kritik von Unionseite, er halte nichts davon, wenn man 500 Tage Wahlkampf mache und jede Bemühung um Abrüstung als Versuch, aus dem Bündnis auszusteigen, diffamiere.

Natürlich habe er in Moskau über die Abrüstung auf beiden Seiten gesprochen. Im übrigen, so der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, werde in der Sowjetunion nicht die Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die USA in Zweifel gezogen.

Die sowjetische Führung hatte der Visite des Regierungschefs aus Düsseldorf keine besondere Behandlung eingeräumt, die über das Maß des Besuchs von Lothar Späth im Frühjahr hinausreichte.

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat während einer Inspektionsreise in der Sowjetrepublik Kasachstan die Absicht geäußert, die UdSSR in den kommenden Jahren von Getreide-Importen unabhängig zu machen...

Der Parteichef forderte von den zuständigen Organisationen eine Ausweitung der ungenutzten Getreideproduktion zur „völligen Befriedigung“ der Nachfrage...

In den USA wird die sowjetische Ernte des Jahres 1986 auf rund 190 Millionen Tonnen Getreide und damit höher als die des katastrophalen Erntejahres 1984, jedoch auf deutlich weniger als die im laufenden fünfjährigen Plan vorgegebenen 239 Millionen Tonnen geschätzt.

H.A. SIEBERT, Washington US-Agrarminister John Block ist davon überzeugt, daß die Sowjetunion für alle Zeiten von ausländischen Getreidelieferungen abhängig sein wird.

„UdSSR für immer von Getreideimport abhängig“

US-Agrarminister Block widerspricht Gorbatschows Thesen

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat während einer Inspektionsreise in der Sowjetrepublik Kasachstan die Absicht geäußert, die UdSSR in den kommenden Jahren von Getreide-Importen unabhängig zu machen...

Der Parteichef forderte von den zuständigen Organisationen eine Ausweitung der ungenutzten Getreideproduktion zur „völligen Befriedigung“ der Nachfrage...

In den USA wird die sowjetische Ernte des Jahres 1986 auf rund 190 Millionen Tonnen Getreide und damit höher als die des katastrophalen Erntejahres 1984, jedoch auf deutlich weniger als die im laufenden fünfjährigen Plan vorgegebenen 239 Millionen Tonnen geschätzt.

H.A. SIEBERT, Washington US-Agrarminister John Block ist davon überzeugt, daß die Sowjetunion für alle Zeiten von ausländischen Getreidelieferungen abhängig sein wird.

Unmut in der SPD über Vorgehen Bülow

Pawelczyk: Sicherheitskommission steht nicht unter Zeitdruck

Zwischen dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dem Hamburger Bürgermeister Alfons Pawelczyk ist es gestern zu einem Gespräch über die Arbeit der sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand gekommen...

Pawelczyk zeigte sich im Gespräch mit Journalisten über die Art des Vorgehens des Kommissionsvorsitzenden nur sehr verhalten kritisch...

Daraus war zu entnehmen, daß bei Pawelczyk selbst, aber auch bei anderen Mitgliedern der Kommission der Unmut darüber zu wachsen scheint...

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, hat die Kommission die vorzeitige Veröffentlichung des Bülow-Papiers vorgeworfen...

Dem wurde deutlich, daß Pawelczyk es für unrealistisch hält, bis zum 1. November, dem im jüngsten Beschluss des SPD-Präsidiums genannten Termin, eine abgestimmte sicherheitspolitische Alternative vorzulegen...

Damit wurde deutlich, daß Pawelczyk es für unrealistisch hält, bis zum 1. November, dem im jüngsten Beschluss des SPD-Präsidiums genannten Termin, eine abgestimmte sicherheitspolitische Alternative vorzulegen...

Am kommenden Freitag wird die Kommission zum zweiten Mal nach der Sommerpause tagen. Bei dieser Gelegenheit wird von einigen der 23 Mitgliedern der Kommission eine harte Abrechnung mit der Handlungsweise des Vorsitzenden Bülow erwartet...

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, hat die Kommission die vorzeitige Veröffentlichung des Bülow-Papiers vorgeworfen...

Wird Bangemann Direktkandidat in Stuttgart?

Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann wird bei den nächsten Bundestagswahlen aller Voraussicht nach die baden-württembergische Landesliste der Freien Demokraten anführen...

In Stuttgart soll er den Wahlkreis erhalten, in dem Friedrich Hölscher 1980 auf 19,4 Prozent kam. 1982 war Hölscher wegen des Koalitionswechsels der FDP aus der Partei ausgewechselt...

Nachmann: Deutsche verstehen Israels Nöte

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, sieht in der bevorstehenden Reise von Bundespräsident Richard von Weizsäcker nach Israel (8. bis 11. Oktober) „eine schöne Geste“...

Darauf angesprochen, ob die besondere Position der Juden außerhalb Israels, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, gegenüber dem jüdischen Staat nicht zu einer doppelten Loyalität führen könnte, sagte Nachmann: „Jedem muß klar sein, daß wir jenen Staat, der zahllosen Überlebenden des Naziregimes eine Heimat geboten hat, zu unterstützen haben.“

Lohse erinnert an Versagen der Kirche

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Eduard Lohse, hat „mit Scham und Trauer“ an die Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935 erinnert...

In allen Berliner evangelischen Kirchen soll am kommenden Sonntag ein Text von der Kanzel verlesen werden, in dem es heißt: „Daher wurde vergessen, daß Jesus ein Jude war und wir als Kirche im Judentum unsere Wurzeln haben.“



Bei der Ölsuche gibt es auch in Zukunft keinen Stillstand.

Wenn wir heute weltweit von einer entspannten Rohöl-Versorgungslage sprechen können, ist das nicht nur ein Ergebnis des verantwortungsvolleren Umgangs der Verbraucher mit Energie...

schließung der neuen Lagerstätten in der eisigen Arktis und stürmischen Nordsee nicht gegeben? Damit uns diese neu gewonnene Sicherheit auch in der Zukunft erhalten bleibt, darf es keinen Stillstand geben...

organisation 9 Milliarden Dollar für Energie investiert - Tag für Tag rund 25 Millionen. Kein Wunder, daß unser Motto weiterhin heißt: Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.



SPD
n Bülow

Späte Rache

as. - In Zeiten einer gerade auch bei Akademikern hohen Arbeitslosigkeit hinkt auf dem Markt für Führungskräfte das qualitative Angebot hinter dem Bedarf her. Hindernd gesucht wird vor allem der Top-Manager, der von seinem beruflichen Werdegang und seiner Persönlichkeit her in der Lage ist, als erster Mann in einem Unternehmen der Führungsmannschaft vorzustehen, berichtet die Neumann-Personalberatungsgruppe.

Neben Risikobereitschaft und Kreativität soll er vor allem über die Fähigkeit verfügen, ressortübergreifende Verantwortung zu tragen und „Technik und Markt“ gleichermaßen im Griff zu haben. Angesichts des aktuellen Mangels an solchen „Unternehmer-Managern“ empfehlen die Personalberater, solche Top-Leute, wenn man sie schon einmal hat, mit attraktiven finanziellen Bedingungen langfristig an das Unternehmen zu binden und außerdem verstärkte Führungsnachwuchs im eigenen Unternehmen heranzuziehen.

Über die Ursache dieser Lücke auf dem Führungskräftemarkt rät auch die Fachleute. Lange Zeit standen das vielbeklagte Sicherheitsdenken und die mangelnde Risikobereitschaft vieler Manager im Vordergrund der Diskussion. Hier stellen die Personalberater zur Zeit gerade auch bei den Nachwuchs-

Managern ein allmähliches Umdenken fest. Entscheidende Bedeutung kommt jedoch offenbar dem Umstand zu, daß sich viele Führungskräfte bei ihrem beruflichen Werdegang zu früh und zu lange auf bestimmte fachspezifische Bereiche spezialisiert haben, während der „Allround-Manager“ gefragt ist. So rückt sich spät der Trend zum hochkarätigen Fachwissen, der bereits in den Schulen angelegt wird.

Überflüssig

K.S. - Die Ermahnungen an die hochverschuldeten Entwicklungsländer, einer sparsamen Wirtschaftspolitik - sofern sie überhaupt eingeleitet wurde - auch in den kommenden Jahren zu folgen, reißen nicht ab. Ebenso werden die Industrieländer stetig daran erinnert, ihre Märkte den Produkten der Dritten Welt zu öffnen und in den Entwicklungsländern zu investieren. Diesen Aufrufen folgt im allgemeinen die Erkenntnis, daß die Weltwirtschaft keinen Schwung verlieren darf. Die hohen Verbindlichkeitslasten zahlreicher Entwicklungsländer müssen, wenn es unvermeidlich ist, auf viele Jahre verschuldigt werden. All diese Ausführungen gelten einer Frage: Ist die Verschuldungskrise zu meistern? Doch sie wurde noch nie und kann auch nicht beantwortet werden. Zu viele Unsicherheitsfaktoren machen eine Antwort unmöglich. Warum wird diese Frage dennoch immer wieder gestellt?

KONJUNKTUR / Wirtschaftsministerium und Kieler Institut sind optimistisch

Die Aufschwungskräfte haben sich in den letzten Monaten weiter verstärkt

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Die Aufschwungskräfte in der deutschen Wirtschaft haben sich in den letzten Monaten weiter verstärkt. Zu diesem Ergebnis kommen das Wirtschaftsministerium und die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft in ihren jüngsten Konjunkturberichten. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft sagt für 1986 ein unverändertes Expansionstempo voraus. Dadurch steigt die Beschäftigung zwar weiter. Aber das Institut rechnet nicht mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen.

Zur Jahresmitte hat sich die Aufschwungentwicklung verstärkt fortgesetzt, schreibt das Wirtschaftsministerium. So sei nach Aussage der am Ifo-Konjunkturtest beteiligten Industrieunternehmen im Juli nicht nur die Geschäftslage beträchtlich günstiger geworden, sondern auch die Erwartungen für die nähere Zukunft seien optimistischer.

Der Bundesverband deutscher Banken weist darauf hin, daß die Ansätze zur Jahresmitte nicht mehr so sehr vom Export ausgingen. Vielmehr hätten sich die Wachstumsimpulse aus dem Inland verstärkt.

Vor allem in der Industrie habe die Inlandsnachfrage angezogen. Nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes hat dies in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie bei den Herstellern von Investitionsgütern inzwischen zu einer Kapazitätsauslastung von rund 85 Prozent geführt. Im Maschinenbau liege sie bei 88 Prozent. Der Export sei von dem sinkenden Dollar-Wechselkurs in seiner Substanz bisher nicht betroffen worden.

Der Bankenverband spricht von einer allmählichen Besserung am Ar-

beitsmarkt. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums waren Mitte des Jahres 1985 die ausgedehnten Rückgänge in der Bauwirtschaft saisonbereinigt fast 160 000 Personen mehr beschäftigt als im Frühjahr vergangenen Jahres. „Derzeit spricht alles für eine Fortsetzung dieses Trends“, meint das Ministerium.

Auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet, daß die Zahl der Beschäftigten im nächsten Jahr weiter leicht steigen werde, da die konjunkturelle Expansion etwas stärker sein wird als das Potentialwachstum. „Eine Ausweitung um ein Prozent ist indes bei den vorliegenden Gegebenheiten (Arbeitskosten, Schwerpunkte der Expansion in kapitalintensiven Bereichen, Rigiditäten am Arbeitsmarkt) eher als Obergrenze anzusehen“, schreibt das Institut. Damit sei wohl - wegen des anhaltenden Anstiegs des Arbeitskräftepotentials - auch 1986 kaum mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Erwartungen, die auf die Einführung des Erziehungsjahres in Bezug auf betroffene Neueinstellungen gesetzt werden, scheinen überzogen. Inwieweit mit Maßnahmen aktiver

Arbeitsmarktpolitik, vor allem mit Maßnahmen der Um- und Höherqualifizierung die Zahl der registrierten Arbeitslosen vermindert wird, sei schwer abzuschätzen.

Das Institut geht davon aus, daß der Anstieg von Nachfrage und Produktion, der namentlich seit reichlich zweieinhalb Jahren zu beobachten ist, im weiteren Verlauf dieses Jahres und 1986 anhalten werde. Das Tempo der Aufwärtsbewegung - die gesamt-wirtschaftliche Produktion stieg um 2,5 Prozent je Jahr - werde sich nicht wesentlich ändern. Allerdings dürfe der Export wegen der schwächeren US-Konjunktur und der aufgrund der D-Mark-Aufwertung leicht ungünstiger Wettbewerbslage deutscher Produzenten nur noch abgeschwächt steigen. Die Investitionstätigkeit dürfe nach der dynamischen Aufwärtsentwicklung im Verlauf dieses Jahres ebenfalls geringere Zuwachsraten aufweisen.

Steuerentlastung, höhere Lohnsteigerungen und niedrige Zinsen ließen hingegen eine Belebung der Verbrauchernachfrage erwarten. Belastend wirkten sich die ungenügend steigenden Krankheitskosten aus, die wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Beitragssätze zur Krankenversicherung führen werden. Die Beteiligbarkeit dürfte nach dem Einbruch in diesem Jahr nicht weiter sinken. Das Institut rechnet bei einer Inflationsrate von zwei Prozent mit Tarifanhebungen von rund drei Prozent.

GROSSBRITANNIEN

Regierung plant Programm für arbeitslose Jugendliche

WILHELM FURLER, London
Die Ausschreitungen randalierender Jugendlicher in Birmingham haben einmal mehr das Problem der extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit in Großbritannien in den Vordergrund gerückt. Von den über drei Millionen Briten ohne festen Arbeitsplatz sind gut 200 000 im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Mehr als ein Viertel aller britischen Jugendlichen von 18 und 19 Jahren ist arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt nach Angaben der Manpower Services Commission, einer Einrichtung ähnlich der deutschen Bundesanstalt für Arbeit, weiter zu.

Das Problem ist zu einem ganz erheblichen Teil auf die noch immer unzureichende Ausbildung Jugendlicher sowie auf die durch Gewerkschaftsdruck überhöhten Bezüge für jugendliche Arbeitskräfte zurückzuführen. Doch in beiden Bereichen hat sich die Regierung Thatcher bereits zum Handeln entschlossen.

So wird die Jugendausbildung, die trotz eines im September 1983 eingeführten Ausbildungsprogramms noch immer deutlich unter dem Niveau in den meisten übrigen europäischen Ländern bleibt, von Anfang kommenden Jahres an erheblich verbessert. Einem inzwischen verabschiedeten Regierungsentwurf zufolge wird von Januar an allen 16jährigen Schulabgängern und allen 17jährigen, die keinen Arbeitsplatz gefunden haben, eine zweijährige Berufsausbildung in Theorie und Praxis

angeboten. Nachdem das bisherige Jugendausbildungsprogramm Youth Training Scheme, das nur über ein Jahr läuft, höchstens 350 000 Jugendliche aufnehmen kann, soll das erweiterte Programm bis zu 550 000 16- bis 17jährige pro Jahr über einen Zeitraum ausbilden können. Kostenpunkt für die Regierung: Vier Milliarden Mark pro Jahr.

Gleichzeitig arbeitet die Regierung Thatcher an einem Programm, wonach Arbeitgeber Zuschüsse erhalten, sofern sie Jugendliche zu niedrigen Bezügen einstellen. Wie verlautet soll jeder Arbeitgeber, der einen Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren einstellt und ihn nicht mehr als 60 Pfund (230 Mark) pro Woche zahlt, einen wertschöpfenden Zuschuss in Höhe von 15 Pfund erhalten.

Nach ersten Schätzungen in Whitehall dürften die Zuschüsse für bis zu 40 000 Jugendliche dieser Altersgruppe beantragt werden, womit das Programm jährlich an die 120 Mill. Mark kosten würde. Es soll Arbeitgeber ermuntern, die in dem zweijährigen Youth Training Scheme ausgebildeten Jugendlichen nach dem Ende ihrer Ausbildungszeit weiter zu beschäftigen. Nicht auszuschließen ist, daß die Regierung nach den jüngsten Ereignissen beide Programme erweitert und Vorkehrungen trifft, damit die Ausbildung und Beschäftigung farbiger Jugendlicher mit ihrem extrem hohen Anteil an der Jugendarbeitslosigkeit sichergestellt wird.

Überstunden sind notwendig

Von Prof. Dr. WERNER LACHMANN

Verstärkt fordern die Gewerkschaften - aber auch die Sozialausschüsse der CDU - einen Abbau der Überstunden. Durch Gesetz soll festgeschrieben werden, daß jeder Arbeitnehmer nur noch maximal zwei Stunden pro Woche an Überstunden leisten darf.

Bei 1,6 Milliarden Überstunden jährlich und gleichzeitig mehr als zwei Millionen Arbeitslosen ist diese Forderung verständlich; allein aus Gründen der Solidarität sollten die, die Arbeit haben, denen abgeben, die keine haben. Obgleich die Forderung ethisch einleuchtend ist, zur Frage, ob sie vernünftig ist. Zur Ethik gehört nämlich auch die Sachgerechtigkeit. Wäre durch solch ein Verbot die Höhe der Arbeitslosigkeit abbaubar? Was sind die ökonomischen Konsequenzen?

Bei den Überstunden ist zwischen den notwendigen Überstunden (Sokkel) und den konjunkturell bedingten Überstunden zu unterscheiden. Der Sokkel ist notwendig, um Auftragspitzen auszugleichen sowie krankheitsbedingten Arbeitsausfall zu kompensieren und eine rasche Beseitigung von Betriebsstörungen zu gewährleisten. Gegen diese Sokkelüberstunden wehren sich die Gewerkschaften nicht. Die über den Sokkel hinaus geleistete Mehrarbeit ist jedoch konjunkturell bedingt.

Bei einer Verbesserung der Auftragslage weiß das Unternehmen noch nicht, ob es sich hierbei um einen Zufallseffekt oder um eine Tendenz handelt. Es wird zur Vorsicht mit der Stammbesetzung die Aufträge abwickeln.

Es ist wenn sich herausstellt, daß die erhöhte Nachfrage längerfristig gesichert ist, werden die Betriebe neue Arbeitskräfte einstellen. Die Wendepunkte der konjunkturellen Entwicklung schlagen sich also zuerst in den Überstunden, die über den Sokkel hinaus geleistet werden, nieder. Es wäre ein Unding, diese Flexibilität den Unternehmen durch ein gesetzliches Verbot der Überstunden zu rauben.

Aber ein weiteres Problem tut sich auf: Firmen versuchen immer wieder, daß sie die benötigten Facharbeiter kurzfristig gar nicht bekommen. Und in der Tat ist die Struktur der Arbeitslosen nicht gleich der Struktur der

geleisteten Überstunden. Eine Überstunde im Kfz-Bereich vermindert keine Arbeitsplätze für Arbeitnehmer; durch den Verzicht einer Überstunde auf dem Bau werden keine Lehrer neu eingestellt. Bei fehlenden Facharbeitern bleibt dem Arbeitgeber nur der Ausweg der Überstunde.

Ein Verbot der Überstunden würde aber nicht nur den Unternehmen die notwendige betriebswirtschaftliche Flexibilität nehmen. Auch andere Betriebe, die an dieses Unternehmen liefern oder von diesem Unternehmen beliefert werden, würden das Verbot der Überstunden spüren. Ist dieser Betrieb nach vorwärts oder rückwärts mit anderen Betrieben verknüpft, dann kann dieser Betrieb zum Engpaß der Produktion werden. Das sozial gemeinte Verbot der Überstunden kann dann Arbeitsplätze in einem größeren Ausmaß gefährden.

Vor einer stärkeren Bürokratisierung und statischen Begrenzung des Arbeitsmarktes muß gewarnt werden. Auch die Möglichkeit der freien Entfaltung der einzelnen Arbeitnehmer würde dadurch eingeschränkt.

Die sozialpolitisch nicht gewünschten Überstunden wären mit einem vielfach einfacheren Mittel abbaubar. Per Gesetz oder durch Tarifverträge könnte man sich einigen, Überstunden mit einem höheren als dem bisherigen Zuschlag zu belohnen. Mit Hilfe einer drastischen Anhebung kann man den Unternehmen zwingen, die Überstunden auf das absolut Notwendige zu beschränken. Er würde in seiner Dispositionsfreiheit nicht eingeschränkt wie bei einem generellen gesetzlich Verbot.

Aus diesen Überlegungen ist der Schluss zu ziehen, daß Überstunden nicht unbedingt Arbeitsplätze vernichten. Überstunden können sogar gesamtwirtschaftlich notwendig sein, um ein höheres Beschäftigungsniveau zu erreichen. Überstunden verstehen sich nicht gegen das Prinzip der Solidarität. Es ist nur zu hoffen, daß die Wirtschaftspolitik auf die un sinnigen Forderungen eines Überstundenverbots nicht eingehen und damit die gesamtwirtschaftliche Situation verschlechtern. Die hohe Arbeitslosigkeit muß mit anderen ordnungspolitischen Maßnahmen gesenkt werden.

AUF EIN WORT



Keine Börse der Welt bietet Sicherheit, sondern es wird an der Börse hauptsächlich und überwiegend Hoffnung gekauft. Hoffnung auf die Steigerung des Kurses oder bei Optionen Hoffnung auf die Kursminderung. Nur wenige und meistens nicht besonders gut informierte kaufen Aktien als sichere Einkommen.

Eric F. Silder, Hauptgeschäftsführer der Charles Barker GmbH, Frankfurt
FOTO: GERD GNEIST

DIW-STUDIE

Im Jahr 2000 hat jeder sechste Haushalt zwei Autos

dpa/VWD, Berlin
Im Jahr 2000 wird jeder sechste Haushalt in der Bundesrepublik zwei Autos haben. Diese Prognose gibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem Wochenbericht. Bei fast allen Haushalten werde die Vollmotorisierung nahezu erreicht sein. Ausgenommen seien lediglich Arbeiterhaushalte, die noch geringfügig darunter liegen dürften. Der Ersatz des alten Fahrzeugbestandes durch schadstoffarme Autos werde allerdings angesichts einer durchschnittlichen Lebensdauer der Fahrzeuge von etwa zehn Jahren erst nach der Jahrtausendwende abgeschlossen sein.

Insgesamt erwartet das DIW im Jahr 2000 einen Pkw-Bestand in der Bundesrepublik von 30,8 Millionen. Das sind rund fünf Millionen Fahrzeuge mehr als 1985. Diese Zahl ent-

spricht den kürzlich veröffentlichten Schätzungen der Deutschen Shell AG, die für diesen Zeitpunkt rund 30 Millionen Autos erwartet. Jeder dritte Selbständige-Haushalt wird über zwei und Drittviertel verfügen. Dagegen dürften von den Haushalten der Nichterwerbstätigen - oft Rentner - aufgrund ihrer Haushaltsgröße, der Altersstruktur und des durchschnittlich geringeren Nettoeinkommens nur jeder zehnte mehr als ein Auto besitzen.

In Europa hatte die Bundesrepublik 1983 mit 400 Pkw je 1000 Einwohner den höchsten Motorisierungsrang. Frankreich, Großbritannien und Schweden, die in den sechziger Jahren noch höhere Pkw-Dichten aufwiesen, sind inzwischen mit 378, 299 und 361 deutlich zurückgeblieben.

Seite 11: Berichte von der IAA

RAFFINERIEKAPAZITÄT

Bonn sieht keine Gefahr für die Versorgungssicherheit

Mk. Bonn
Der Abbau von Raffineriekapazitäten gefährdet nach Ansicht der Bundesregierung nicht die deutsche Versorgungssicherheit. Beim Ölumsatz von gegenwärtig rund 100 Millionen Tonnen im Jahr, der nach den vorliegenden Prognosen bis zum Jahr 2000 auf unter 80 Millionen Tonnen sinken wird, bleibe die inländische Raffinerieindustrie auch künftig Rückhalt der Versorgung. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, erklärte zu diesem Thema weiter, daß die eingeführten Fertig- und Halbfertigprodukte zu 70 Prozent aus sicheren Quellen in Westeuropa stammten, zu 50 Prozent über Pipeline und Schiff aus Holland und Belgien kommen.

Nach seinen Angaben beträgt die deutsche Raffineriekapazität derzeit 87,5 Millionen Tonnen. 1985 sind be-

reits 17,8 Millionen Tonnen stillgelegt worden. Im nächsten Jahr dürfte die Kapazität auf knapp 81 Millionen Tonnen sinken. Gegenüber dem Höchststand von 1978 von 159 Millionen Tonnen bedeute dies einen Rückgang um nahezu 50 Prozent.

Sprung hält eine Forderung nach staatlicher Garantie einer bestimmten Mindestkapazität weder für gerechtfertigt noch für wirtschaftspolitisch vernünftig. Ziel der Politik müsse es vielmehr sein, für die deutschen Raffinerien die Voraussetzungen für einen echten Leistungswettbewerb zu schaffen, damit sie ihre Pluspunkte wie Verbrauchernähe, Modernität, leistungsfähige Weiterverarbeitung und Verbund zur Petrochemie auszuspielen könnten. Als Stichwort nannte er die Harmonisierung der Umweltschutzstandards in der EG.

VEREINIGTE STAATEN
Die Pro-Kopf-Einkommen nahmen auch real kräftig zu

H.-A. SIEBERT, Washington
In den USA hat sich im vergangenen Jahr das Pro-Kopf-Einkommen, verglichen mit 1983, von 11 690 auf 12 789 Dollar oder um 9,4 Prozent erhöht. Nach dem derzeitigen Wechselkurs war das umgerechnet rund 37 600 Mark, was jedoch nicht dem Kaufkraftverhältnis entspricht. Gemessen am Verbraucherpreisindeckelung der 1984 um vier Prozent zunahm, verleierte der Durchschnittsamerikaner real, also inflationsbereinigt, 5,4 Prozent mehr.

Am höchsten ist das Pro-Kopf-Einkommen mit 17 487 Dollar immer noch in Alaska. Der Ölboom ist jedoch vorüber, was die geringe Zunahme um 0,7 Prozent unterstreicht. Auf dem zweiten Rang landete der Distrikt von Columbia, also die US-Hauptstadt, mit 17 113 Dollar (10,1 Prozent). Auf den weiteren Plätzen folgten

Connecticut mit 16 556 und New Jersey mit 15 440 Dollar. Das Schlusslicht bildete nach wie vor Mississippi mit 8777 Dollar.

Regional wird auch heute noch am meisten in den Neuen England-Staaten verdient. Hier erreichte das Pro-Kopf-Einkommen 14 421 Dollar (plus 10,5 Prozent). Die Nummer zwei war der ferne Westen mit 14 007 Dollar (18,7 Prozent). Auf den weiteren Plätzen folgten die Mittelwest-Region, die sich von New York bis Maryland erstreckt, mit 14 004 (neun), das Gebiet an den Großen Seen mit 12 740 (10,5), der Farmgürtel des Mittelwestens mit 12 556 (11,5), der Südwesten mit 12 213 (8,4), die Rocky-Mountain-Region mit 11 879 (7,5) und der Südosten mit 11 182 Dollar (9,4 Prozent). Herausragten in dieser Region Virginia und Florida mit 13 254 und 12 763 Dollar.

UNCTAD / Mahnung an die Industrieländer - Pariser Versprechen nicht eingehalten

Zu wenig Hilfe für die ärmsten Länder

IRENE ZÜCKER, Genf
Die wirtschaftliche Situation der 36 ärmsten Länder der Welt hat sich in den letzten Jahren merklich verschlechtert. Diese Entwicklung könnte nur aufgehalten werden, wenn die Industrieländer ihre Hilfe erhöhen. Dies ist die zentrale Aussage einer Studie der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf. Sie soll auf einer Konferenz der Empfänger- und Geberstaaten vom 30. September bis 11. Oktober in Genf als Grundlage dienen.

Untersucht worden ist vor allem, wie weit das 1981 in Paris angenommene neue Aktionsprogramm der achtziger Jahre für die am wenigsten entwickelten Länder der Welt umgesetzt worden ist. Die Geber hatten damals in Paris versprochen, bis 1986 entweder ihre staatliche Entwicklungshilfe an die ärmsten Länder zu verdoppeln oder die Hilfe auf 0,15 Prozent des jeweiligen Bruttosozial-

produktes zu steigern. Die Ergebnisse enttäuschen: In diesem Jahr müßte die Unterstützung für die Ärmsten - entsprechend der Zielsetzung - 9,7 Mrd. Dollar erreichen; eine Verdoppelung der Hilfe von 1976 bis 1980. Um diese Vorgabe zu erfüllen, hätte die Hilfe für diese Länder in diesem Jahr um 45 Prozent erhöht werden müssen. Damit ist jedoch nicht zu rechnen. Nur Finnland, Italien und die Schweiz haben ihre Beiträge verdoppelt.

Auch das 0,15-Prozent-Ziel liegt fern. Während das Entwicklungskomitee der OECD die öffentliche Entwicklungshilfe des Westens für die Ärmsten 1980 mit 0,09 Prozent auswies, fiel sie seit 1983 auf rund 0,07 Prozent. Die Bundesrepublik liegt bei 0,12 Prozent.

Diese Entwicklung kommt zu einer Zeit, in der die am wenigsten entwickelten Länder noch unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise leiden. Die

Preise für Rohstoffe, den Hauptexportgütern dieser Länder, verharren auf diesem niedrigen Niveau. Weiterhin hohe Zinsen belasten die im Ausland verschuldeten Länder. Entsprechend wuchs das Bruttoinlandsprodukt 1982 und 1983 in diesen Ländern nur um zwei Prozent; Vorgabe war eine jährliche Wachstumsrate von 7,2 Prozent gewesen.

In der Studie wird empfohlen, daß Geberationen, die den 36 am wenigsten entwickelten Ländern ihre Kredite im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe noch nicht erlassen haben, wie die USA, Japan und der kommunistische Block, dies nachholen sollten. Im Handel soll das allgemeine Präferenzsystem auf Exporte wie Agrarprodukte, Textilien und Schuhe ausgedehnt werden. Industrieländer werden ersucht, den Export beeinträchtigende Verbrauchsteuern (Kaffee, Tee) zu be-

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zahl der Erwerbstätigen ist leicht gestiegen

Wiesbaden (AP) - Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist im ersten Halbjahr 1985 die Zahl der erwerbstätigen Personen leicht gestiegen. 25,3 Millionen Erwerbstätige bedeuteten gegenüber dem gleichen Halbjahr des Vorjahres eine Zunahme um 148 000 oder 0,6 Prozent, teilte das Bundesamt in Wiesbaden mit. Im ersten Halbjahr 1985 sei nur im produzierenden Gewerbe die Zahl der Erwerbstätigen mit 10,3 Millionen um 53 000 oder 0,5 Prozent niedriger als im entsprechenden Halbjahr des Vorjahres gewesen. In den anderen Wirtschaftsbereichen hat sich nach den Angaben des Bundesamtes die Zahl der Erwerbstätigen um 2,2 Prozent oder 191 000 auf knapp neun Millionen relativ stark erhöht. Von den 25,3 Millionen Erwerbstätigen seien 22 Millionen Angestellte, Arbeiter und Beamte gewesen, was einem Anstieg um fast 140 000 oder einem halben Prozent entspreche.

handeln. Wie aus der EG-Kommission in Brüssel verlautete, ist für den 30. September und den 1. Oktober in Tokio ein europäisch-japanisches Seminar vorgesehen, bei dem die EG durch den deutschen Industrieminister Karl-Heinz Narjes vertreten sein wird. Der EG-Ministerrat hatte im Juli beschlossen, daß die bis Ende dieses Jahres befristete Mengenbeschränkung bei japanischen Videoleistungen ab 1986 durch eine Anhebung des Importzolls von acht auf 14 Prozent abgelöst werden soll. Dieser Beschluß war in Tokio auf scharfe Kritik gestoßen.

Belgrad stimmt zu

London (VWD) - Dem Unschuldungsvorschlag seiner Gläubigerbanken habe Jugoslawien zugestimmt, erklärte ein Sprecher der Manufacturers Hanover Trust Co., die für die Verhandlungen federführend war. Das Paket deckt 3,5 Mrd. Dollar Verbindlichkeiten gegenüber Banken ab, die zwischen 1985 und 1988 fällig werden. Die Tilgungsfrist soll auf zwölf Jahre verlängert werden, wobei die Rückzahlung nach rund fünf Jahren beginnen soll. Der Zinssatz wird bei 1/4 Punkte über dem Londoner Interbankensatz (Libor) liegen.

Peking am Euro-Markt

London (AFP) - Die Volksrepublik China hat erstmals eine Anleihe auf dem Euro-Dollar-Markt aufgelegt, verlautete in Londoner Bankkreisen. Die auf fünf Jahre befristete Anleihe in Höhe von 200 Mill. Dollar und mit variablem Zinssatz soll im Auftrag der Londoner Vertretung der Bank von China von einem internationalen Konsortium unter Federführung der kanadischen Orion Royal Bank aufgelegt werden. Der variable Zinssatz wird an den zwischen Banken in London praktizierten Satz auf dem Euro-Dollar-Markt angelehnt, der zur Zeit für sechs Monate bei 8,5 Prozent liegt. Die Depositscheine werden zu 99,8 Prozent ihres Nominalwertes ausgegeben.

Reeder machten Verluste

Oslo (dpa/VWD) - Die norwegische Reeder hatten 1984 ihr bisher schlechtestes Jahr. Insgesamt führen sie Verluste in Höhe von einer Milliarde Kronen (rund 350 Mill. Mark) ein, teilte der norwegische Reederverband in Oslo mit. Der Präsident des Verbandes, Wollert Hvide, meinte, auch 1985 werde nicht besser werden. Derzeit würden nur die Kreuzschiffahrt und der Autoverschiffung Gewinn ab. Die Handelsflotte umfaßt derzeit 717 Schiffe mit 23,3 Mill. Tonnen.

Neue Verhandlungsrunde

Brüssel (dpa/VWD) - Die Europäische Gemeinschaft und Japan werden Ende September über die Einführung von Videogeräten aus Japan ver-

Irgendwann ist ein Firmenwagen mehr wert als Gehaltserhöhung.

Es ist doch recht traurig, wenn ein engagierter Mitarbeiter, der zu Recht gut verdient, sich über Gehaltserhöhung nicht freuen kann. Klar, unsere Steuergesetzgebung ist unmal so. Aber sollte man nicht nach einem Äquivalent suchen, das Unternehmer und Angestellten gleichermaßen zufriedenstellt? Wir haben es. Den Firmenwagen im Leasing. Von uns. Da fährt der Mitarbeiter quasi kostenlos ein funktionsgeladenes Auto, und das Unternehmen kann alle Ausgaben sofort monatlich als Betriebskosten absetzen. Fuhrparkprobleme

entstehen gar nicht erst, weil wir uns um alles kümmern. Und noch was: Wir sind eine markunabhängige Leasing-Gesellschaft. Somit kann jedes gängige Fabrikat gestellt und möglichen Geschäftsinteressen Rechnung getragen werden. Feine Sache, was? Rufen Sie uns an. Wir erklären Ihnen die Vorteile gern noch mal im Detail.



Hansa Automobil Leasing GmbH
Boerenweg 5 · 2000 Hamburg 50
Telefon 040/8 53 06 02 · Telex 02/12 138

EUROPA

Technologie mehr vorantreiben

dpa/VWD, Essen
Die wirtschaftliche und politische Zukunft Europas ist entscheidend mit der Leistungsfähigkeit vor allem auf den Gebieten für Forschung und Technologie verknüpft.

SANKO STEAMSHIP / Neun führende japanische Handelshäuser haben sich auf einen Sanierungsplan geeinigt

Tanker-Reederei kämpft weiter ums Überleben

HELMUT RAETHER, Tokio
Neun der führenden japanischen Handelshäuser haben sich auf die Grundzüge eines Plans geeinigt, mit dem das Überleben der praktisch bankrotten Reederei Sanko Steamship Co. gesichert werden soll.

Miyata, der im Auftrag des Gerichts die Sanko-Geschäfte führt, hat eine Halbierung der Sanko-Flotte und eine Konzentration auf profitable kleine Bulkcarrier vorgeschlagen.

Sanko müsse diese Gebühren schließlich auch an ausländische Schiffseigner zahlen, wenn Charterverträge vorzeitig beendet würden, argumentieren sie.

In japanischen Schiffahrtskreisen wurde das Konzept der Handelshäuser als "notwendige Minimal-Kooperation" gewertet, um der Reederei nicht sofort jede Überlebenschance zu nehmen.

ÖSTERREICH / Kräftige Ausfuhrsteigerung vermindert das Handelsbilanzdefizit

Das Wachstum wird sich 1986 abschwächen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien
Leicht abgeschwächt wird sich gemäß den neuesten Prognosen der Wirtschaftsaufsicht in Österreich auch 1986 fortsetzen.

Stark gefestigt gegenüber dem Vorjahr hat sich der private Konsum, dessen Zunahme von 2,5 Prozent ablerdings 1986 auf 1,8 Prozent absinken wird.

Anhalten wird im nächsten Jahr die Abschwächung des Preisauftriebs, der dann drei Prozent erreichen dürfte.

GROSSBRITANNIEN / Geldmenge stark ausgeweitet

Vorerst keine Zinssenkung

WILHELM FURLER, London
Hoffnungen der britischen Wirtschaft auf eine bevorstehende, weitere Zinssenkung haben sich zunächst einmal zerschlagen.

Zum letzten Mal wurden die Basisausleihzinsen von den britischen Geschäftsbanken - auf ein entsprechendes Signal der Bank von England hin - am 29. Juli gesenkt, und zwar um einen halben Prozentpunkt auf 11,5 Prozent.

OECD / Zinspolitik gewinnt immer mehr an Bedeutung

Dirigismus auf dem Rückzug

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Das Bankensystem der westlichen Industriestaaten hat sich in den letzten 20 Jahren unter dem Druck des zunehmenden nationalen und internationalen Wettbewerbs und gestützt auf neue kostensparende Techniken (Datenverarbeitung) grundlegend verändert.

führt worden waren. Selbst Frankreich, das dieses System besonders weit getrieben hatte, baut es inzwischen ab.

BP und die Umwelt:

Bleifreies Super: Neu bei BP.

Zusätzlich zu dem hochwertigen BP Benzin bleifrei bekommen Sie schon zur Internationalen Automobil-Ausstellung im September das neue BP Super bleifrei (Eurosuper).

PCB-freie Motorenöle.

Die Stiftung Warentest hat 33 Motorenöle auf das Vorhandensein von PCB untersucht. Denn PCB ist ein gefährliches Umweltgift, das auch in wiederaufbereiteten Altölen vorkommen kann.



Heute schon können Sie an vielen BP Tankstellen bleifreie Kraftstoffe tanken - bis zum Jahresende an ca. 400 Stationen.

In knapp der Hälfte der untersuchten Motorenöle wurde PCB in unterschiedlich starken Konzentrationen nachgewiesen.

Alle Motorenöle von BP sind PCB-frei. Denn BP verwendet keine wiederaufbereiteten Altöle. Um unsere hohen Qualitätsanforderungen zu erfüllen, verarbeiten wir ausschließlich Erstraffinate zu Motorenöl.

Wir haben Antworten.



Getreidemarkt: Noch keine EG-Beschlüsse

dpa/VWD, Brüssel
Über die Neuregelung des Getreidemarktes in der Europäischen Gemeinschaft ist noch keine Entscheidung gefallen.

CHINA / Neuer Fünfjahresplan wird noch diskutiert

Ist Wirtschaft überhitzt?

AFP, Peking
Die Debatte über den nächsten chinesischen Fünfjahresplan (1986-90) auf dem Landespartei-Kongress über Wirtschaftstragen in diesem Monat wird vorrangig auf eine bessere Konjunktursteuerung ausgerichtet sein.

AFRIKA / FAO: Regen nach vier Jahren Dürre gibt Hoffnung auf bessere Ernten

AFP, Rom
Die Wiederkehr der Regenzeit in afrikanischen Ländern, die seit vier Jahren von einer katastrophalen Dürre befallen waren, dürfte die Ernährungslage von rund 150 Millionen Menschen verbessern.

Ernährungslage im Sudan sehr ernst

AFP, Rom
Die Wiederkehr der Regenzeit in afrikanischen Ländern, die seit vier Jahren von einer katastrophalen Dürre befallen waren, dürfte die Ernährungslage von rund 150 Millionen Menschen verbessern.

Ernährungslage im Sudan sehr ernst

AFP, Rom
Die Wiederkehr der Regenzeit in afrikanischen Ländern, die seit vier Jahren von einer katastrophalen Dürre befallen waren, dürfte die Ernährungslage von rund 150 Millionen Menschen verbessern.

Ernährungslage im Sudan sehr ernst

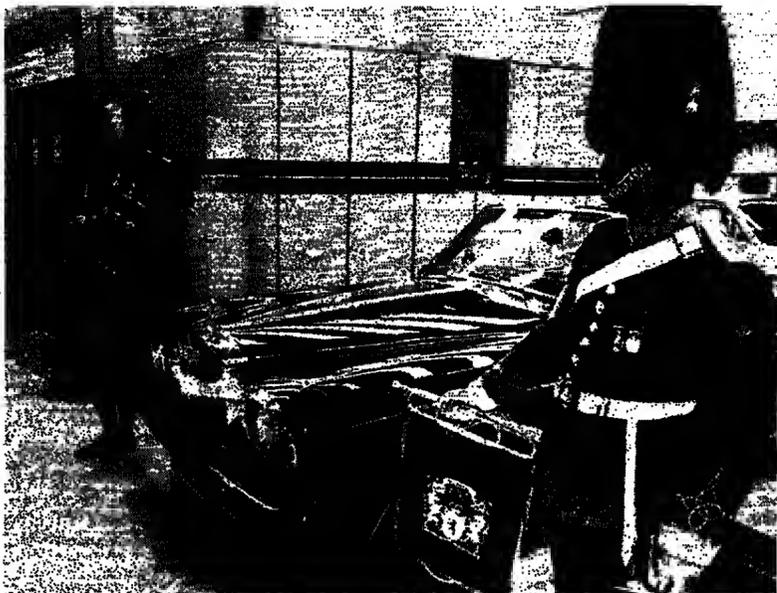
AFP, Rom
Die Wiederkehr der Regenzeit in afrikanischen Ländern, die seit vier Jahren von einer katastrophalen Dürre befallen waren, dürfte die Ernährungslage von rund 150 Millionen Menschen verbessern.

IAA '85

Die WELT berichtet von der Internationalen Automobil-Ausstellung

IAA '85

Die Tage vor der Eröffnung der 51. Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt haben sich schon gezeigt: Die Auto-Schau steht eindeutig im Zeichen des Umweltschutzes...



Mit Glamour, Glorie und viel Pomp wird heute die 51. IAA in Frankfurt eröffnet. FOTO: POLY PRESS

Der Mercedes-Stern glänzt weiter

Als „Erneuerungsprozess von Kopf bis Fuß“ bewertet Prof. Werner Breitschwert, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, die Neubelebung und Weiterentwicklungen bei Mercedes...

Arbeitsplätze geföhrt. Eine neue Umfrage des Kraftfahrzeugüberwachungsvereins bei mehr als 30 000 Autofahrern habe ergeben, daß rund 75 Prozent Tempo 100 auf Autobahnen ablehnen...

legte das Unternehmen knapp 30 Prozent zu. Insgesamt wird Daimler-Benz in diesem Jahr rund 540 000 Pkw produzieren, wovon die Hälfte exportiert wird...

Falsche Argumente

Py - Bleifrei fahren und Nachrüstung im Übergang zum schadstoffarmen Auto ist die zumindest von den deutschen Pkw-Herstellern ausgehende Devise zur 51. Internationalen Automobil-Ausstellung...

Harter Kampf um Frankreichs Markt

Die französische Automobilkonjunktur ist nach wie vor höchst unsicher. Nach einhelliger Stagnation glaubte man endlich mit einer Erholung rechnen zu können...

Die nationalen Modelle dagegen verbuchten einen Absatzrückgang von 20,9 Prozent, dabei die staatlichen Renaultwerke von 33,8 Prozent. Zwar konnte der R 5 seinen Marktanteil von zwölf Prozent behaupten...

Ausland - konzentriert sich immer mehr auf ihre beiden Kleinwagen: zur Zeit liegt in Frankreich der 205 leicht vor dem R 5. Diese sehr einseitige Verkaufspolitik kann für beide Firmen auf die Dauer zu einem Problem werden...

Pierburg: Steigt Siemens ein?

In Laufe der nächsten Monate schon wird sich entscheiden, ob die Pierburg GmbH & Co. KG, Neuss, der führende deutsche Vergaserhersteller, an die Börse geht...

Unternehmen. Es fertigt nicht nur elektronische Vergasersysteme (Electronic) in Verbindung mit gereinigten Katalysatoren, auch für sich allein geht das System mit dem Treibstoffsparsamer um. BMW und Opel haben Electronic serienmäßig eingesetzt...

Austin setzt auf Rendite

Größtstädtens größter Pkw-Hersteller, Austin Rover, ist nach den Worten der Verantwortlichen für Planung/Entwicklung und Export, Mark Snowdon und Peter Johnson, ein gutes Stück vorangekommen...

Skepsis bei der IG Metall

Am Tag vor der Eröffnung der AIAA hat die IG Metall Skepsis zur Beschäftigungsaufschwung in der deutschen Automobilindustrie angemeldet. Die Automobilproduktion stoße immer mehr an Sättigungsgrenzen und die Rationalisierung verschärfe sich...

Fiat/Ford-„Ehe“ vor Klärung

Fiat will seine führende Rolle unter den Pkw-Importeuren zumindest halten. Der Vorstandsvorsitzende der Fiat Automobil AG, Hellbrunn, Fausto Gardoni, ist sicher, 1985 auf insgesamt 105 000 verkaufte Einheiten zu kommen...

Ein Buch - wie der Blitz aus heiterem Himmel: Paul C. Martin Cash Strategie gegen den Crash (356 Seiten, DM 36,-) Die heute besten Argumente für Kapitalanleger und Anlageberater...

Markenbenzin mit „Mindestpreisen“ Die Benzinpreise in der Bundesrepublik sind jetzt auf breiter Front gestiegen. Nachdem bereits am Dienstag die Deutsche BP AG und die Aral AG höhere „Mindestpreise“ festgesetzt hatten...

DM 696.000.- GERINGERER KAPITALDIENST BEI 2 MIO DM INVESTITION

Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot: Sie werden nach Studium unseres Angebotes wissen, warum durch die Wahl des richtigen Investitionsstandortes sich der Reingewinn eines Unternehmens um 38% erhöhen kann...

NORD LB / In Frankfurt wird ein Börsenbüro geplant

Kreditgeschäft nicht betroffen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Norddeutsche Landesbank (Nord LB), Hannover, mit 92 Mrd. DM Konzernbilanzsumme Nummer acht im deutschen Kreditgewerbe und drittgrößte Landesbank, will der zunehmenden Internationalisierung Frankfurts mit einem Börsenbüro für den Wertpapier-, Geld und Devisenhandel am führenden deutschen Finanzplatz Rechnung tragen. Die Entscheidung soll in den nächsten sechs Monaten fallen.

Aktivitäten im Kreditgeschäft stehen in Frankfurt nicht zur Diskussion, betonte bei einem Gespräch in Frankfurt der Vorstandsvorsitzende der NordLB, Bernd Thiemann, nach dessen Einschätzung eine Stärkung des Finanzzentrums Frankfurts das Schicksal der anderen Plätze nicht besiegelt, zumal da sie für die einzelnen Regionen eine besondere Bedeutung bei der Heranführung von Unternehmen an die Börse hätten. Die Konzentration der Handelsaktivitäten auf Frankfurt als einer zentralen Clearingstelle für die Abwicklung vor allem des internationalen Geschäfts

widerspreche nicht dem Regionalprinzip der Landesbanken.

Der Nord LB-Chef sprach sich dafür aus, über den Zusammenschluß von Landesbanken zu größeren, die Ländergrenzen überspringenden Einheiten nachzudenken, wobei er daran erinnerte, daß es noch immer einen Verfassungsauftrag zur Neuordnung der Bundesländer gebe. Von der Schaffung größerer Landesbanken verspricht sich Thiemann nicht nur mehr Effizienz und damit Vorteile für die Regionen, sondern auch eine Stärkung der Landesbanken als wirtschaftspolitische Instrumente der Bundesländer. Zugleich erhofft sich Thiemann davon, bestärkt durch die guten Erfahrungen nach der Eingliederung der Bremer Landesbank/Kreditanstalt Oldenburg in den Nord LB-Konzern, daß die Landesbanken aus der „Ecke“ der vordergründigen politischen Einordnung herauskommen. Überdies sollte der „öffentliche Auftrag“ der Landesbanken neu definiert werden: mit optimalem Einsatz des kreditwirtschaftlichen Instrumentariums regionale wirtschaftliche Prosperität erzeugen.

KULENKAMPFF / Rohtabakgeschäft zufriedenstellend

Grundkapital heraufgesetzt

W. WESSENDORF, Bremen

Das international tätige Rohtabakhaus Gebrüder Kulenkampff AG, Bremen, hat sein Grundkapital von 10,5 auf 17,8 Mrd. DM erhöht. Auf Beschluß einer außerordentlichen Hauptversammlung wurden neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien im Nominalwert von 5,3 Mrd. DM zu einem Kurs von 260 Prozent ausgegeben, die vollständig von Schweizer Interessenten gezeichnet wurden. Gleichzeitig erfolgte die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien für 2 Mrd. DM zu Paris. Sie wurden vom Aufsichtsratsvorsitzenden Werner Bischoff gezeichnet. Die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals liegt weiter bei den Gebrüder Kulenkampff, die auch den Vorstand bilden.

Schweizer Franken) auf 100 Prozent aufgestockt. Die 1922 gegründete Industrie hält Beteiligungen an Aufbereitungsbetrieben in verschiedenen europäischen und überseeischen Ländern. Mit ihrer Hilfe sollen die internationalen Aktivitäten der Gebrüder Kulenkampff - Niederlassungen und Tochtergesellschaften in 16 Tabak-Ursprungsländern - ausgebaut werden. Gebrüder Kulenkampff war im Juli dieses Jahres rückwirkend zum 1. Januar von einer Kommanditgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, um dem Wachstum der zurückliegenden Jahre Rechnung zu tragen. Nach Mitteilung des Vorstands war der Geschäftsverlauf auch im ersten Halbjahr 1985 zufriedenstellend. 1984 hatte das Unternehmen einen konsolidierten Außenumsatz von 430 Mrd. DM.

COUTINHO, CARO / Nach dem Glangjahr ist nicht alles nach Maß gelaufen - Handelsgeschäft auf Rekordhöhe

Probleme mit Industrieanlagen und Hochbau

JAN BRECH, Hamburg

Mit erheblicher Verspätung legt die Hamburger Handelsgruppe Coutinho, Caro & Co. AG (CCC) ihren Abschluß für 1984 vor. Die Verzögerung hat mehrere Gründe. Einmal ist bei der Gruppe mit dem US-Konzern McDermott International Inc. ein neuer Alleinaktionär mit vielen eigenen Vorstellungen eingetreten. McDermott hatte im Frühjahr 1984 von der Familie Coutinho sämtliche Anteile erworben und auf die deutsche McDermott-Holding-Gesellschaft übertragen. Mit dem Eintritt der Amerikaner ist zudem das Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr auf eine Laufzeit vom 1. April bis 31. März umgestellt und die Prüfungsgesellschaft gewechselt worden. Vom 1. Januar bis 31. März hat CCC ein Rumpfgeschäftsjahr zwischengeschaltet. Der jetzt vorgelegte Abschluß beschränkt sich nur noch auf die Aktivitäten des Hamburger

Stammhauses, der Coutinho, Caro & Co. AG. Ein konsolidierter Weltabschluß, wie ihn die Gruppe bislang publiziert, entfällt. Ihn müßte die McDermott-Holding erstellen. Festgehalten werden soll dagegen an der Kommentierung der Veränderungen in der Gruppe und deren Ergebnisse durch den Vorstand. Für Mitte Oktober ist eine Pressekonferenz vorgesehen, die nach dem Ausscheiden des früheren Vorstandsvorsitzenden Wolf-Einar Warning sein Nachfolger Helmut Sternberg leiten dürfte. Der Abschluß für 1984 belegt, daß bei CCC im Berichtsjahr nicht alles nach Maß gelaufen ist. Nachdem sich die Gruppe 1983 der neuen Mutter mit einem Glanzergebnis präsentiert hatte, gab es 1984 vor allem in den Bereichen Industrieanlagen und Hochbau Probleme. Die Einbußen in diesen Sparten konnten durch das sehr gute Geschäft im internationalen

Stahlhandel nicht voll kompensiert werden. Das Wachstum der Gruppe, das sich in einem um 24 Prozent auf 1,3 Mrd. DM gestiegenen Umsatz niederschlägt, stammt fast ausschließlich aus der Handelsparte. Demgegenüber ist der Rohtrag um fast 15 Prozent auf 88 Mrd. DM zurückgegangen. Als Jahresüberschuß weist CCC mit 2,4 Mrd. DM gar 10 Mrd. DM weniger aus als im Vorjahr. Hier schlagen vor allem zwei negative Ereignisse im Anlagenbau durch. Einmal mußten bei der schrittweise erworbenen US-Hochbaugesellschaft Kroll Altschäfte saniert werden. Die zugeführten 12,8 Mrd. DM neuen Kapitals sind sofort wieder voll abgeschrieben worden. Schwierigkeiten hatte CCC ferner mit einer Großanlage in Indonesien, bei der Mängel zu erheblichen Mehrkosten geführt haben. Schließlich mußten Auslandsforderungen vorsorglich wertberichtigt werden.

Auf die markt- und finanzierungsbedingten Probleme in den beiden Bereichen Industrieanlagen und Hochbau, von denen der Anlagenbau sogar in die roten Zahlen gerutscht ist, hat CCC mit Strukturmaßnahmen reagiert. So ist die Angebotspalette den veränderten Bedingungen angepaßt und die Kosten rigoros durchforstet worden. Dies wird besonders deutlich im Abbau der Belegschaft. Weltweit ist die Zahl der Mitarbeiter um fast 600 auf 1323 reduziert worden. Des Hamburger Stammhauses beschäftigte per Ende 1984 nur noch knapp 500 Mann. Wohl nur dem glänzenden Geschäft im Handelsbereich, der bei CCC 1984 einen Rekordstand erreichte, verdankt es der US-Großaktionär, daß er von seiner deutschen Neuerungsbewegung noch einigermaßen gute Erträge einfahren kann. Einschließlich 5,5 Mrd. DM aufgelaufener Rücklagen werden 8 Mrd. DM ausgeschüttet.

Getränkhersteller hoffen auf Durst

dpa/VWD, Hamburg

Die Erfrischungsgetränke-Industrie rechnet in diesem Jahr erstmals wieder mit einem Absatzanstieg. Dieser werde jedoch die Verluste der zwei vorangegangenen Jahre nicht wettmachen, meinte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Erfrischungsgetränke-Industrie, Jürgen Albers. Die Mitglieder, rund 700 Hersteller von Limonaden, Fruchtsaftgetränken, Brausen, diätetischen Erfrischungsgetränken sowie Tafel- und Quellwässern, verzeichneten im ersten Halbjahr 1985 ein Absatzplus von rund 3,5 Prozent. 1984 hatte die Branche mit 4,41 Mrd. Liter einen Umsatz von 3,67 Mrd. DM erzielt. Der Verbrauch von Erfrischungsgetränken von rund 70 Litern pro Kopf/1984 liege auf dem gleichen Niveau wie 1976. Gedrückte Erlöse bei steigenden Betriebskosten und die Konzentration im Handel haben nach Albers Angaben zu einer drastischen Abnahme der Hersteller von Erfrischungsgetränken geführt. 1970 waren es noch 1.893 Betriebe, heute sind es 627.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Allianz-Tochter

München (dpa/VWD) - Die Allianz Holding AG, München, will eine 100prozentige Tochtergesellschaft, die Allianz Versicherung (Schweiz) AG, Zürich, gründen. Die Tochter soll von Januar 1986 an als Industrieversicherer den Schweizer Töchtern deutscher Unternehmen Versicherungsschutz anbieten und im Rahmen internationaler Konzepte für Schweizer Großunternehmen mit einheimischen Industrieversicherern zusammenarbeiten. Die neue Gesellschaft (Grundkapital: 10 Mrd. sfr) werde Risiken der Mutter in Rückdeckung nehmen.

Besucherrekord

Düsseldorf (sas.) - Mit einem Besucherrekord ist gestern die Düsseldorf-Modemesse Igedo zu Ende gegangen. 62.690 Einkäufer und damit 13,6 Prozent mehr als bei der entsprechenden Vorjahresmesse drängten sich anlässlich der 146. Igedo und der parallel stattfindenden Igedo-Dessous in 15 Messehallen. Sehr zufrieden

zeigten sich die Aussteller mit den Vorbestellungen für Frühjahr/Sommer 1986. Auch das Nachordergeschäft habe angesichts des lebhaften Abverkaufs der Herbst-/Winterware gute Ergebnisse erbracht.

Ertrag macht Sorgen

Zürich (dpa) - Der Kaffee- und Schokoladenkonzern Jacobs Suchard AG, Zürich, hat im 1. Halbjahr 1985 seinen Umsatz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 16,3 Prozent steigern können. Der Halbjahresumsatz wird mit 2,71 Mrd. sfr (3,3 Mrd. DM) angegeben, nach 2,37 Mrd. sfr ein Jahr zuvor. Die Ertragslage sei allerdings durch Währungsflüsse und erhöhte Rohstoffpreise negativ beeinflusst worden.

Lizenzen getauscht

Essen (dpa/VWD) - Krupp Widia GmbH, Essen, und das österreichische Metallwerk Plansee, Reutte, zwei bedeutende Hersteller von Hartmetallwerkzeugen, haben einen Lizenztauschvertrag geschlossen. De-

nach vergibt Krupp an den Partner eine Lizenz für das System Multiflex, das halb- oder vollautomatischen Werkzeugwechsel auf Drehmaschinen ermöglicht. Krupp Widia erhält im Gegenzug das Recht, Plansee Schutzrechte für Hartstoffbeschichtungen auf Hartmetall-Wendeschneidplatten zu nutzen.

Elektronische Börse

New York (dpa/VWD) - Rohstoffhändler können künftig über Computerterminals von ihren Büros aus weltumspannende Geschäfte abwickeln. Ermöglicht wird die neue elektronische Börse durch ein Gemeinschaftsunternehmen der Citicorp, Besitzer der größten US-Bank Citibank, und dem Verlagkonzern McGraw-Hill. Das Netz „Global Electronics Markets Co.“ (Gemco) erlaubt es Teilnehmern, Preise und Daten per Bildschirm abzurufen und Kauf- und Verkaufsaufträge abzuschließen. Der Handel beschränkt sich zunächst auf den Öl und Petrochemikalien.

STEINWEG

Klavierbau seit 150 Jahren

dos, Hannover

Ein stolzes Jubiläum feiert in diesen Tagen die Braunschweiger Pianofabrik Grotrian-Steinweg GmbH & Co KG: Das Familienunternehmen blickt auf das 150jährige Bestehen zurück. Knut Grotrian-Steinweg rechnet im Jubiläumjahr mit einer alles in allem befriedigenden Geschäftsentwicklung, wengig die Kapazität (340 Flügel und 1400 Klaviere) nicht in vollem Umfang ausgelastet ist. Die im Vorjahr verkauften Stückzahlen (1538 Instrumente) dürften 1985 wieder erreicht werden.

Nach den Worten des Firmenchefs hält der Trend hin zu größeren und anspruchsvolleren Instrumenten an. Vor diesem Hintergrund könne mit einem etwas höheren Umsatz (15 Mrd. DM) gerechnet werden. Auch die Ertragsentwicklung werde durch diese Tendenz günstig beeinflusst. Im Rahmen der seit 1976 praktizierten Gewinnbeteiligung können die rund 140 Mitarbeiter im Jubiläumjahr mit einer höheren Ausschüttung als im Vorjahr (60.000 DM) rechnen.

Immer stärkere Bedeutung kommt dem Auslandsgeschäft zu. Der Exportanteil nähert sich der 50-Prozent-Marke. Vor allem die Lieferungen nach den USA, die 1984 bereits kräftig zugenommen haben, stiegen weiter. Aber auch neue Märkte, etwa in Fernost, gewinnen an Bedeutung.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bremen: Siegfried Burkert; Gießen: Hermann von Garrel; Sedelberg-Saterland 4; Karlsruhe: Sim Fleischwaren GmbH, Weingarten; Mecklenburg: Vertriebsgesellschaft Fischverarbeiter GmbH; Mecklenburg: Fisch-Verarbeiter Werke GmbH, Nindorf; Nürnberg: Gerhard Klöppel, Schwarzenstein, Inh. d. Wilhelm Boschhausen, Nürnberg; Osterholz-Scharmbeck: ABC Deutsches System; Entwicklung: n. Vertriebsgesellschaft & Co. KG, Lillenthal; Westl.: Jörg Stemmer, Voerde 1, Inh. d. Stemmer Bauportal; Wuppertal: Manfred Jenisch, Heiligenbusch. Vergleich beantragt: Hannover: K. H. N. Wohnungsbauunternehmen GmbH & Co. KG; K. H. N. Wohnungsbauunternehmen Verwaltungsges. mbH; Westl.: Heinz-Dieter Benninghoff, Mecklenburger, Schernbeck.

VEBA 1985 weiter auf Ertragskurs

Im 1. Halbjahr '85 Chancen voll genutzt

Die günstige Entwicklung setzte sich im laufenden Geschäftsjahr fort. Der Konzern-Außenumsatz stieg im 1. Halbjahr 1985 um 4,2% auf 25,7 Mrd. DM. Der Konzern-Überschuß nach Steuern erhöhte sich um 10,9% auf 245 Mio DM.

sich der Kernenergieanteil an der Stromerzeugung bei PREUSSENELEKTRA auf nunmehr 65%. Die damit nochmals verbesserte Erzeugungsstruktur erlaubt es, die Strompreise im dritten Jahr stabil zu halten. Die in Angriff genommenen Strukturmaßnahmen (Verschmelzung von NWK mit PREUSSENELEKTRA sowie

VEBA im 1. Halbjahr 1985 ¹⁾			
Konzernaußenumsatz	(Mio DM)	25.719	(+ 4,2%)
Produktion	(Mio DM)	16.109	(+ 6,9%)
Dienstleistungen	(Mio DM)	9.610	(+ 0,0%)
Stromerzeugung	(Mio kWh)	34.149	(+ 1,6%)
Erdgasförderung	(Mio kWh)	5.323	(+ 165,2%)
Erdölförderung	(1.000 t)	1.144	(+ 33,8%)
Rohölinsatz	(1.000 t)	3.720	(+ 7,4%)
Konzernüberschuß	(Mio DM)	245	(+ 10,9%)
Sachanlagen-Investitionen	(Mio DM)	1.472	(+ 73,6%)
Belegschaft (30.6.1985) ²⁾		76.967	(+ 0,2%)

¹⁾ vorläufig ²⁾ Veränderung gegenüber Stand 31.12.1984

Vor allem in der Chemie und der Elektrizitätswirtschaft, aber auch im Handels- und Verkehrsbereich wurden wiederum gute Ergebnisse erzielt. Der Mineralölbereich schloß ebenfalls mit einem positiven, leicht verbesserten Ergebnis ab.

die Eingliederung des fusionierten Unternehmens in die VEBA) führen zu einer weiteren Stärkung dieses Bereiches und erschließen die Vorteile des Konzern-Steuerverbundes. Bei VKR liegen Absatz und Ergebnis im Plan.

Chemie: Erschließung neuer Märkte

Die anhaltend günstige Nachfragesituation führte im 1. Halbjahr 1985 zu einer erhöhten Kapazitätsauslastung. Der Umsatz von HÜLS nahm um 6,9% zu. Durch den Ausbau ertragsstarker Produktlinien werden neue Märkte erschlossen. In den USA hat HÜLS die Firma NUODEX erworben, die mit einem Umsatzvolumen von rund 450 Mio DM im Bereich der Oberflächenchemie eine starke Marktposition hat. Auch HÜLS wird in den Konzern-Steuerverbund einbezogen.

Mineralöl und Erdgas: Gewinnbringende Erzeugungsposition ausgebaut

VEBA OEL konnte den Umsatz im 1. Halbjahr 1985 um 10,7% steigern. Die Förderung von Öl und Gas - vor allem durch die 1981 gegründete Tochtergesellschaft MARK PRODUCING und die Beteiligungsgesellschaft DEMNEX - war deutlich höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. MARK PRODUCING nahm die Erdgasförderung im Golf von Mexiko auf.

Handel und Verkehr: Auf gutem Vorjahres-Niveau

Das Engagement im internationalen Mineralölgeschäft wurde planmäßig weiter zurückgeführt. Die damit verbundenen Umsatzeinbußen konnten durch andere Sparten nahezu ausgeglichen werden. Mit Wirkung vom 1.8.1985 trennten sich RAAB KARCHER und STINNES von ihren Aktivitäten im SB-Handel. Mit der Abgabe sollen im Interesse der DEUTSCHEN SB-KAUF und ihrer Mitarbeiter die Voraussetzungen für weiteres Wachstum geschaffen werden, das im VEBA-Konzern aus kartellrechtlichen Gründen nur bedingt möglich wäre.

Nochmals verbessertes Ergebnis für 1985 erwartet

Nachdem das Jahr 1985 bisher erfreulich verlaufen ist, kann aus heutiger Sicht für das Gesamtjahr mit einem nochmals verbesserten Ergebnis gerechnet werden, welches die Ausschüttung einer mindestens gleichbleibenden Dividende auf das erhöhte Kapital ermöglichen wird. Wenn Sie mehr über die VEBA wissen wollen, schreiben Sie bitte an VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.



Table of interest rates for various German government bonds (Bundesanleihen, Bundespost, Länder-Städte, Bundesbahn) with columns for bond type, maturity, and interest rate.

Renditenanstieg gestoppt

Nach einigen Tagen rückläufiger Renditen, verursacht durch abfliehende Bankleihen, sind die Renditen für festverzinsliche Wertpapiere gestoppt.

Table of interest rates for various German government bonds (Bundesanleihen, Bundespost, Länder-Städte, Bundesbahn) with columns for bond type, maturity, and interest rate.

Wandelanleihen

Table of interest rates for convertible bonds (Wandelanleihen) with columns for issuer, maturity, and interest rate.

Ansländische Aktien in DM

Table of stock prices for various foreign companies listed in DM, with columns for company name, price, and change.

Large advertisement for Toshiba T1500 and T1100 computers. Features the headline 'Anschluß an die Zukunft finden.' and '5678, - 7388, -'. Includes images of the computers and detailed text describing their specifications and performance.

Trotz Glattstellungen stabil
Sonderbewegungen in Schering, Nixdorf und PKI

Die noch der ungewöhnlich festen Tendenz am Vortag fällig gewordenen Glattstellungen des Börsenmarktes konnten den weiteren Anstieg am Aktienmarkt bestaunlich bremsen. Das zusehendem auch wieder Bankaktien in die Anlageüberlegungen einbezogen wurden, hängt sowohl mit dem gestoppten Renditeanstieg am Rentenmarkt, als auch mit der besonnenen Beurteilung der Lage in Südafrika zusammen, wo deutsche Kreditinstitute weit weniger engagiert sind als zunächst angenommen wurde.

Kalk + Salz melies auf dem hohen Niveau behaupten. Frankfurt: Cassella zogen nach Plankündigung um 60 DM an. Altana verbesserten sich um 8 DM und Enka um 6,50 DM. Degussa verloren 5 DM. Fuchs Petroleum verbesserten sich um 4 DM und Gewand. Bei Siemens hat sich die Aufwärtsbewegung gegenüber dem Vortag verlangsamt. Unheimlich tendierten Autokredit, was insbesondere bei Daimler und Mercedes Glattstellungen kurzdrückend bemerkbar machten. Von den Autobewertern erzielten Kolbenring ein neues Höchststadium. Verlangsamung hat sich dem Anstieg der Maschinenbauwerte. Hier waren ebenso wie bei den Stahlaktien Konsolidierungen zu beobachten. Trotz des starken Anstiegs während der Vormittagsstunden Börsentage konnten sich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Table with columns for Düssel, Frankfurt, Hamburg, München, and Aktien-Umsätze. Lists various stocks and their prices.

Table titled 'Inland' listing various German stocks and their prices.

Table titled 'Ausland' listing foreign stocks and their prices.

Table titled 'Freiverkehr' listing free market stocks and their prices.

Table titled 'Ungelernte Freiverkehr' listing unlearned free market stocks and their prices.

Table titled 'DM-Anleihen' listing German government bonds and their prices.

Table titled 'London' listing London market data and prices.

Table titled 'Amsterdam' listing Amsterdam market data and prices.

Table titled 'Zürich' listing Zurich market data and prices.

Table titled 'New York' listing New York market data and prices.

Table titled 'Tokio' listing Tokyo market data and prices.

Table titled 'Paris' listing Paris market data and prices.

Table titled 'Hamburg' listing Hamburg market data and prices.

Table titled 'Optionshandel' listing options trading data.

Table titled 'Goldminen' listing gold mining stocks and prices.

Table titled 'Devisen und Sorten' listing exchange rates and currencies.

Table titled 'Devisenmärkte' listing foreign exchange market data.

Additional market news and commentary at the bottom of the page.

Warenpreise - Termine

Fester Abschluss am Dienstag die Gold- und Silbermarkierungen an der New Yorker Comex. Veränderungen nach beiden Seiten bei Kupfer. Fester in den weiteren und schwächer in den ferneren Kontrakten schloß Kaffee. Kakao meist etwas fester.

Table with multiple columns listing commodity prices for various goods like wheat, oil, and metals, including contract types and prices.

Table listing prices for various types of oil, fats, and animal products, including different grades and origins.

Table listing prices for wool, furs, and leather goods, including different grades and types of materials.

Table listing prices for various types of metal ores and concentrates, including different grades and origins.

Advertisement for Prof. Dr. Ilse Esdorn, dated 8.1.1897 to 5.9.1985, mentioning her family and location in Braunschweig.

Advertisement for the Volkshilfe Deutsche Kriegsgräberfürsorge, featuring the text 'Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt...' and contact information for Kassel.

Advertisement for 'Wangut Jung Weinhandlung', located at 7848 Schillingen/Baden, offering various wine products.

Advertisement for 'VEW Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft Dortmund', including a 'Bezugsangebot' (subscription offer) for shares.

Advertisement for 'Seenot geht uns alle an' (Sea rescue affects us all), featuring a photo of a shipwreck and text about the German Maritime Rescue Society.

Large advertisement for 'DIE WELT' newspaper, featuring the headline 'Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen' and a 'Prämien-Gutschein' (prize certificate) for new subscribers.

Advertisement for 'JOURNAL für die Frau', featuring the headline 'Alles, was Frauen lieben. Alle 14 Tage neu' and listing various fashion and beauty products.

Advertisement for 'Ihr Können ist gefragt' (Your skills are sought), discussing career opportunities and the importance of continuous learning.

Dann malt er auch...

PHG - Wer hat denn behauptet, diesen Berliner Festwochen fehle das tragende Leitmotiv? Sie haben ja eines, sogar ein höchst vernünftiges und personifiziertes oberirdisches. Es heißt Dietrich Fischer-Dieskau und ist in diesem vorwiegend musikalischen Festival vielzweckig gegenwärtig. Vielseitigkeit ist dem Sänger, Dirigenten, Pianisten, Wissenschaftler, Lehrer und Autor schon reichlich nachgerühmt worden. Und jetzt, endlich, stellt er sich uns auch als Maler vor.

Die Festwochen haben es sich nicht nehmen lassen, Fischer-Dieskaus Bilder aus mehreren Jahrzehnten in ihrer Galerie an der Gedächtniskirche (bis 20. Okt.) auszustellen. Zur Eröffnung verlaublich der Kultursenator viel Freundliches, Intendant Eckhardt spürte eine „glückliche Stunde“, und so manche Verehrer des Künstlers drückte auf den privaten Auslöser, um ihrerseits wenn schon kein Bild, so doch ein Abbild des Meisters nach Hause tragen zu können.

Fischer-Dieskau verwechselt die Medien nicht. Malend sucht er keinen Musikersatz. Er sieht sich als Freund und Diener der Farbe. Seine Bilder, sagt er uns, sollen eine „leise, stille Sprache sprechen“. Ein Vielseitiger auch hier. Er probiert alle Farben und Techniken, versucht sich mit Acryl und Öl, Tempera und Aquarell, Dispersion und Tusche. Die flockig leuchtende Impression einer Landschaft auf der einen Seite und auf der anderen die harte und expressive Deutung des Gesichts von Richard Löwenthal.

Vor allem aber dient die malerische Tätigkeit wohl auch der Frage nach den Bildern aus unterbewusster Erfahrung. So haben viele der Arbeiten auch eine surreale Ausstrahlung. Besonders das tragisch alpträumliche „Lehr-Bild“, mit dem Fischer-Dieskau dann doch einmal konkret Bezug auf seinen Erbstierfuhler nimmt.

Insgesamt freilich sind diese Zeugnisse eher privaten Tuns. Die Freunde des Singers werden sie mit Sympathie beschauen. Es ist ein Ereignis, weniger der großen Kunst als einem sehr großen Künstler geweiht. Man wird ihm weiterhin mit Bewunderung lauschen. Und dabei wissen: Wenn er Zeit hat, malt er auch.

Zum ARD-Fest in Berlin: Brauchen wir wirklich acht Rundfunkorchester?

Sie sind zu Qualität verurteilt

In der Berliner Philharmonie findet in diesen Tagen das „Orchesterfest der ARD“ statt: eine Serie von Konzerten mit allen acht Rundfunk-Sinfonieorchestern der Bundesrepublik. Unter ihren Chefdirigenten präsentieren sie moderne Werke sowie Großwerke des klassisch-romantischen Repertoires.

Dieses Orchesterfest im „Europäischen Jahr der Musik“ demonstriert der Öffentlichkeit eine Musikkultur, die in unserem Lande eine große Bedeutung hat. Eine solche Darstellung des derzeitigen Leistungsvermögens dieser Ensembles sollte aber auch Anlass sein, über ihre gewandelte Funktion nachzudenken.

Die Orchester und Chöre der deutschen Rundfunkanstalten haben von Beginn an das Programm maßgebend geprägt und damit wesentliche Informationen über Entwicklungen sowohl im Bereich der Musikliteratur, wie auch im Bereich der Interpretation gegeben. Dennoch kann man nicht nur allein mit Programmbelegungen für ihr Weiterbestehen argumentieren, sondern man muß dies auch durch die nationale und internationale Repräsentanz untermauern.

Dafür spricht schon die Tatsache, daß die technische Entwicklung heutiger Aufnahmegeräte, die in ihrer Perfektion früher so nicht möglich waren; war man doch in den Entwicklungsjahren des Rundfunks gezwungen, sozusagen alles live zu senden. Das heißt mit anderen Worten, daß damals rundfunktaugliche Klangkörper zwingend notwendig waren. In der heutigen permanenten Medienausbreitung wird zwar viel über Programmhinhalte und vor allem über deren Einschaltquoten diskutiert, weniger leider über das, was man unabhängig vom Zeitgeschmack als maßgebend bezeichnen sollte.

Es dürfte unbestritten sein, daß die Musik zu einem wesentlichen Lebensbereich gehört und daß die Begriffe „Bildung“ und „Unterhaltung“ Faktoren von kultureller Bedeutung sind, wie es etwa im Staatsvertrag über den NDR unter dem Stichwort „Programmtrag“ angesprochen wird. Der Rundfunk soll also verteilte Information, konzentriertes Wissen sowie künstlerische und geistige Ergebnisse vermitteln.

All dies hat natürlich auch eine Reihe von Aspekten, die sich künstlerisch, musikhistorisch und auch finanziell beleuchten lassen. Der künstlerische Aspekt sieht die Rundfunkorchester in Konkurrenz zu Ensembles anderer Trägerschaften, zu den ständig neuen Produktionen der Schallplattenindustrie und in Konkurrenz untereinander.

Dadurch aber, daß sich die Tätigkeiten der Rundfunkorchester nicht am Musikmarkt orientieren müssen, unterscheiden sie sich in dem, was sie produzieren, sehr wesentlich von anderen musikalischen Organismen. Der Programmleiter des RIAS, Herbert Kundler, schreibt in seinem Beitrag zum Magazin dieser 35. Berliner Festwochen, daß die Dokumentation des Deutschen Musikrates über die neue Musik seit 1945 nie zustande gekommen wäre, wenn nicht der Rundfunk mit seinen Orchestern diese Musik aufgeführt und eingespielt hätte. Die Verdienste des Rundfunks um die neue Musik sind historisch. Wer wollte das leugnen?

Aber auch die Einpielungen von Literatur, die sozusagen nicht „am Markt“ ist, gehören zu den Pflichten der Rundfunkorchester. Ebenso die Förderung von Dirigenten und Solisten, die noch nicht so berühmt sind, daß die Schallplattenindustrie sich um sie reißt. In diesem Sinne ergibt sich auch eine große Nähe zu den musikalischen Ausbildungsanstalten oder aber zu dem so erfolgreichen Wettbewerb „Jugend musiziert“, der im Zusammenhang mit anderen Einrichtungen dieser Art eine ganz ungewöhnliche musikalische Leistungssteigerung ergeben hat.

Daß die Förderung junger Musiker, die Mitwirkung bei regionalen und überregionalen Festivals und die Vergabe von Kompositionsaufträgen einer großen Öffentlichkeit nicht immer können, ändert nichts an deren künstlerischer Bedeutung. Ich möchte in diesem Zusammenhang eigentlich gerne den Begriff „Minderheit“ vermeiden, aber ein großer Teil der im Rundfunk produzierten und dargestellten Kunstwerke ist dazu verurteilt, zunächst in seiner echten Qualität zur einer Minderheit anzufallen.

Die musikhistorischen Ergebnisse des Winkens der Rundfunkorchester dokumentieren sich seit der Erfindung der Schallplatte und Magnetophon sowohl durch die eingespielte Literatur als auch durch den dabei erkennbaren Wandel der Interpretation. Gerade weil die Arbeit der Radio-Sinfonieorchester in starkem Maße von zukunftsorientierter Sensibilität geprägt wurde, hat diese historisch meßbaren Leistungen erbracht. Bei allen möglichen heterogenen Überlegungen, die einer permanenten Diskussion - etwa was die Präsentation in Rundfunk und Fernsehen angeht - bedürftig, macht uns das ständig neuen Mut für die zukünftige Arbeit.

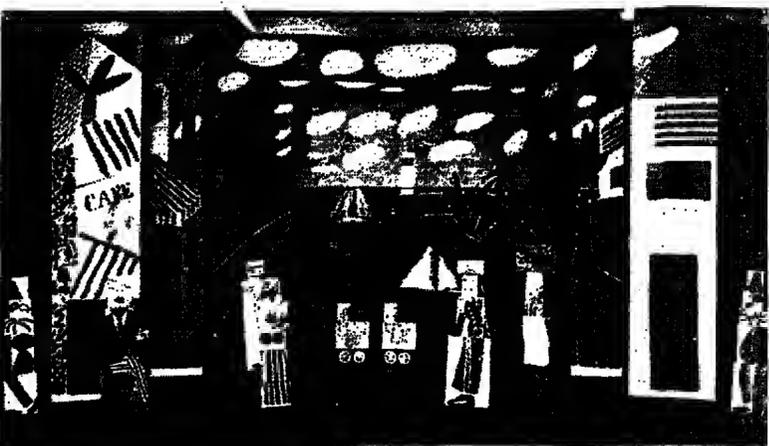
Die finanzielle Seite wird in unseren Tagen, strukturiert durch private

Konkurrenz, in die Diskussion eingebracht. Dabei gilt es zunächst einmal, zwischen vernünftigen und böswilligen Überlegungen zu unterscheiden. Die ARD beschäftigt in ihren Ensembles zur Zeit 1333 Musiker in Festanstellung. Sie ist damit der größte Arbeitgeber der Welt im Musikbereich. Man kann es der ARD gar nicht hoch genug anrechnen, daß sie diesen riesigen Kulturfaktor finanziert.

Es ist selbstverständlich, daß bei der Auswahl der Musiker höchste künstlerische Kriterien gelten, und damit liegt auf der Hand, daß diese Musiker hervorragend zu bezahlen sind. Durch die hohen Sollstärken unserer Orchester wird zugleich eine ungewöhnlich günstige künstlerische Grundlage gewährleistet. Es sei der Hinweis erlaubt, daß die öffentlichen rechtlichen Rundfunkanstalten seit dem Neubeginn 1945 Aufwendungen in Milliardenhöhe für die Pflege der Musik ausgegeben haben. Diese Aufwendungen müssen selbstverständlich einer korrekten Kontrolle unterzogen werden. Diese darf aber nur unter der Maßgabe erfolgen, daß künstlerische Überlegungen und im Zusammenhang damit spezifische Arbeitsbedingungen für die Musiker anerkannt und respektiert werden. Politische Artikulationen über das Finanzgebaren der ARD sind hier wenig hilfreich.

Da ich zu jenen gehöre, die der Entwicklung und dem Aufbau privatwirtschaftlich orientierter neuer Medien positiv gegenüberstehe, glaube ich auch an eine gute Zukunft der Radio-Sinfonieorchester. Auf der Generalversammlung des Deutschen Musikrates in Bonn sagte vor Jahresfrist der Bundestagsabgeordnete Freimut Duiwe: „Die Auswirkungen der neuen Medien auf den künstlerischen Bereich, speziell der Musik, werden letztendlich zu einer Playback-Musik führen, wenn nicht Gegenmaßnahmen ergriffen werden.“ Gegen diese Art von Pessimismus muß man offensiv vorgehen. Das Berliner Orchesterfest der ARD ist eine Äußerung solchen künstlerischen Geistes.

Bei allen Erscheinungsbildern des gegenwärtigen medialen und kulturellen Kräftefeldes sind wir als Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verpflichtet, künstlerische Tradition in bestem Sinne konservativ zu pflegen und damit zugleich für die Zukunft eine qualitätsbezogene Progressivität zu entwickeln. Jede mögliche Kooperation, auch mit privaten Veranstaltern, mag dazu dienlich sein. UWE RÖHL, Prof. Uwe Röhl ist Leiter der Hauptabteilung Musik beim NDR.



Moniz und Dufy lassen grüßen: David Hockneys Bühnenbild für Poulencs „Les mamelles de Tirésias“ an der New Yorker Met, aus der Londoner Ausstellung. FOTO: HAYWARD GALLERY

London zeigt D. Hockneys Arbeiten fürs Theater

Ein Tanz der Frösche

Seine Lust am Theaterspiel trägt er Sam Leibe. In seinen besten Tagen, so wird ihm aus Museumskreisen bescheinigt, ist Hockney selbst eine wandelnde Collage. Da kann er in gestreiften Hosen mit roten Hosenträgern auftreten, und neongelb und blau leuchtet der Schilp auf weißem Hemd. Mit rot-weißer Baseballkappe krönt er den strohgelb gefärbten Schopf. Ein Brillenglas in Metall, das zweite in Horn gefaßt.

Daß David Hockney diese Lust auch sichtlich in seine Arbeiten für die Bühne strömen ließ, macht die jetzige Ausstellung in der Londoner Hayward Gallery wohl konkurrenzlos zur heitersten, vergnüglichen und unterhaltendsten Schau dieses Jahres. Von seiner Tournee in Amerika sind seine Zeichnungen, Bilder, Grafiken, Modelle und großen Bühnenentwürfen für eine einmalige Station nach Europa herübergekommen. Gezeigt wird in ihnen, was der heute 48jährige Engländer mit Hauptwohnsitz Los Angeles für englische und New Yorker Inszenierungen kreiert hat.

Doch mehr als das: So inspiriert wurde Hockney von der Aussicht auf diese Schau, daß er die Bühnentheater neu für die nahe Inspektion der Betrachter abgewandelt hat. Sänger, Tänzer und Schauspieler hat er mit Pappfiguren wirkungsvoll ersetzt - seine ersten Skulpturen - und mit in strahlenden Farben getunktem Besen Bienenleuchtweide eigenhändig neu bearbeitet. Selbst an seine prosaische Meubestattung schwappte seine Verzeubungswut. Biegt man um eine dunkle Ecke in der Hayward Gallery, so findet man sich plötzlich vis-à-vis einer verdunkelten Froschenmiese, gefüllt mit erwartungsvoll glühenden Augen.

Der Enthusiasmus für die Bühne kam für das britische Pop-Wunderkind der sechziger Jahre gerade zur rechten Zeit. Er stellte fest, daß er sich im Zeichnen und Malen akademisch perfekt Porträts festgefahren hatte. Da kam 1974 der Auftrag von Glyndebourne, Englands exklusiver Festspielbühne, die Bühnenbilder für Igor Strawinskys „The Rake's Progress“ zu schaffen. An einschlägigen Erfahrungen konnte Hockney bis dahin nur seine Ausstattung von Jarrys surrealistischem Stück „Ubu Roi“ für ein Londoner Avantgardetheater vorweisen.

Umriest von Strawinskys Musik verfolgt man jetzt in London des Wüstlings Schicksal an zwei Schlußszenen. Hockney hat sich hier, wie schon Strawinskys Librettisten, von Grafiken seines barocken Landsmannes Hogarth inspirieren lassen. So ist die Bühne samt aller Objekte und Personen gänzlich schraffiert und nur hier und da farblich eingetönt. Für die Figuren ersann der Künstler dabei eine Art plastischen Kubismus. Auf schaumgefüllte Platten aufgemalt, verändern sie sich beim Umschreiten. Ein griesgrämig dastehender Kerl beugt sich da zum Beispiel plötzlich aus steifer Taille nach vorne und bläst die Backen auf.

Nach diesem grafischen Bravourstück öffnet Hockney für seine nächsten Bühnenarbeiten alle Schleusen für die Farben. In seiner „Zauberflöte“ - ebenfalls für Glyndebourne drei Jahre später produziert - leuchten Berge Juwelenblau und rosa Pyramiden im hellen Wüstensand. Die italienische Frührenaissance stand hier Pate, magisch ausgeleuchtet, die überhaupt das Bühnenbild in dieser Ausstellung eine Hauptrolle spielt.

Für das New Yorker Metropolitan-Opernhaus hat Hockney für Poulencs Musiktheater „Les mamelles de Tirésias“ eine südfranzösische Hafenseite gebaut, aus der Matisse und Dufy grünen lassen. Traumhaft dunkel wird es hingegen bei Ravels „L'enfant et les sortilèges“. Hier schrumpft man unversehens auf Kindergröße, betritt leibhaftig den nächtlichen Garten und sieht die Fledermäuse, Frösche und Insekten auf tiefblauem Nachthimmel um sich tanzen.

Strawinskys Musik hat Hockney, der sich selten während der Arbeit von seinem Sony-Walkman trennt, noch einmal mit Elan in Farben übersetzt. Kräftig stilisiert tanzen sie im „Sacre du printemps“, den der Engländer ebenso wie die folgenden Einker für die New Yorker Met geschaffen hat. „Oedipus Rex“ erscheint mit den tonigen Erdfarben Kretas. Die letzte große Bühnenszene aber, „Die Nachtigall“, ist in magisches Blau-Weiß getaucht wie altes chinesisches Porzellan.

Kein Zweifel: Hockney liefert hier das beste Gegenstück gegen Londons derzeitigen Dauerregen. (Bis 29. September; Katalog 13 £.) HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

„Guernica“-Teppich für die UNO

Ein Wandteppich nach Pablo Picassos „Guernica“ wird demnächst eine Außenwand des Saals des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im UNO-Hauptquartier in New York schmücken. Der 3 x 6,7 Meter große Wandteppich, dessen Herstellung von Picasso selbst beaufsichtigt worden war, ist eine Leihgabe der Witwe von Nelson A. Rockefeller. Das Kunstwerk soll fünf Jahre in der UNO bleiben.

Die „Wien-Film“ wird nun aufgelöst

Die Produktionsfirma Wien-Film, die mit Streifen von G. W. Pabst, Karl Hartl, Willy Forst und anderen Filmgeschichte gemacht hat, wird aufgelöst. Das im Staatsbesitz befindliche Unternehmen hat nach Angaben des österreichischen Finanzministers Franz Vranitzky in den vergangenen zehn Jahren Verluste in Höhe von mehr als 50 Millionen Mark gemacht.

„DDR“-Pen-Zentrum wählt W. Kaufmann

Der bisherige Generalsekretär des Pen-Zentrums „DDR“, Henry Keisch, hat seinen Rücktritt erklärt. Wie die „DDR“-Nachrichtagentur ADN meldete, gab Keisch bei einer Sitzung des Präsidiums für seinen Schritt gesundheitliche Gründe an. Er war seit 1974 Generalsekretär des Pen-Zentrums der „DDR“. Zu seinem Nachfolger sei einstimmig der Schriftsteller Walter Kaufmann berufen worden. Kaufmann, Jahrgang 1924, veröffentlichte seit 1948 Romane und Erzählungen, darunter „Stimmen im Sturm“ und „Drei Reisen ins gelobte Land“.

Ionesco erhält den Ingersoll-Preis

Eugen Ionesco erhält den T.S.-Eliot-Preis der amerikanischen Ingersoll-Stiftung. Mit dem „Richard M. Weaver-Preis“ soll der amerikanische Historiker Robert Nisbet geehrt werden. Die Preise, die mit jeweils 15.000 \$ dotiert sind, sollen am 22. November in Chicago überreicht werden.

Erster Preis im Fach Schlagzeug

Den ersten Preis (12.000 Mark) beim 34. Internationalen Musikwettbewerb der ARD hat im Fach Schlagzeug der Nürnberger Peter Sadlo gewonnen. Zwei dritten Preise für je 7000 Mark teilten sich Michael Ort aus Herzogenaurach und Marcus Christopher Lutz aus Racine (Wisconsin/USA).

John Enders tot

Der amerikanische Virologe John F. Enders ist 88jährig gestorben. Für seine Arbeit an der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Polio hatte Enders 1954 den Medizin-Nobelpreis erhalten. Später widmete sich Enders vor allem der Erforschung der Röteln-Schutzimpfung.

Antonino Votto

Der Dirigent Antonino Votto, der seit über einem halben Jahrhundert zu den Stützen der Mailänder Scala zählte, ist jetzt im Alter von 88 Jahren in Mailand gestorben. Votto hatte als junger Dirigent noch den Setzen Toscaninis erhalten, als dessen Assistent er an der Scala begann. Seitdem arbeitete er mit allen Sängern in der Welt der Oper hatten. Vottos Wirken ist auf zahllosen Schallplatten unvergessen. Zu seinen Schülern an Conservatorio G. Verdi, dessen Lehrstuhl für Dirigieren er über 40 Jahre innehatte, gehören Riccardo Muti und Claudio Abbado.

Catalanis „Dejanice“

Karthager in den Bädern von Lucca

Mit einer musikalisch und szenisch gelungenen Aufführung der Oper „Dejanice“ im traditionsreichen Teatro del Digiolo feierte Lucca seinen Ehrenbürger, den 1854 geborenen Komponisten Alfredo Catalani. Vier Jahre älter als der gleichfalls aus Lucca stammende Puccini, besuchen beide zuerst das Konservatorium ihrer Heimatstadt und später das von Mailand. Dann aber trennten sich ihre Wege. Sensibel und introvertiert - er starb mit 39 Jahren an Schwindsucht - blieb Catalani sein ganzes Leben lang im Schatten des erfolgreicheren Puccini, obwohl ihm Arturo Toscanini als Förderer und Freund bis zuletzt zur Seite stand.

Gelegentlich begegnet man noch seinen Opern „La Wally“ und „Loreley“, während seine ersten drei Werke, „La Falce“, „Elda“ und „Dejanice“, total in Vergessenheit gerieten. Die Handlung von „Dejanice“ spielt in Syrakus zur Zeit der karthagischen Feldzüge gegen die Römer, und das Thema ist der Kontrast zwischen „reiner“ und sinniger Liebe. Admeto, heldenhafter Korsar, hat Syrakus von Karthagern befreit und wird von zwei Frauen geliebt: Argelia, der Tochter des Tribunen Dardano, und Dejanice, einer verführerischen Hetäre.

Catalanis Librettist Zanardini hat die im Sujet angedeuteten Möglichkeiten zur Tragödie bei weitem nicht ausgeschöpft. Der Komponist, ein glühender Verehrer Wagners, schuf eine Choroper mit gewaltigen, strömenden Melodien und vom Orchester untermalten dramatischen Rezitativen. Es gibt Massenszenen, glänzende Feste, viel Bewegung, Bravour-Arien und zwei leidenschaftliche Duette.

Die gebundene Inszenierung (Aldo Trionfo) bestach durch reiche, geschmackvolle Bühnenbilder (Giorgio Panni) und sehr farbenfrohe Kostüme (Daniela Vitali). Musiziert wurde mit Elan (Jan Latham König), die gesanglichen Leistungen hatten Niveau. Die junge Carla Basso, im letzten Moment als Dejanice eingesparten, bewies große Courage. Obwohl ihre Stimme - die Partie wie für alle Catalani-Heroinnen für einen dramatischen Sopran geschrieben - etwas zu lyrisch ist, meisterte sie die Rolle bravourös. Die englische Argelia sang die Sopranistin Maria Luisa Garbato. Auftrumpfender Admeto war der strahlkräftige Ottavio Garaventa. Burton Rene Massis (Dardano) und Bas Carlo Jardo (Ladaco) vervollständigten das Ensemble. CHRISTINA MAI

Saisonstart in Bonn: Peter Eschberg inszeniert O'Neills „Fast ein Poet“

Unter ihnen, doch nicht von ihrer Art

Im Programmheft ist zitiert, was Eugene O'Neill über das Tragische gedacht hat: „Es ist nur das heutige Tagesrüttel, daß das Tragische „Unmöglich“ bedeute.“ Auf der Bühne der Bonner Kampnagel, wo Schauspielchef Peter Eschberg O'Neills Schauspiel „Fast ein Poet“ inszeniert, sah man davon freilich eher das besagte „Tagesrüttel“. Ein düsteres Spiel der Verdrängungen, der Lebensfügen, des unheimlichen Scheins. Poesie als Lüge - darin sieht man, wie weit es mit uns gekommen ist.

O'Neills Schauspiel, 1936 geschrieben, aber erst 1957 (in Stockholm) uraufgeführt, ist so eindimensional nicht, wie es in Bonn - modern - aufgefäht wird. Der frühere Major und jetzige heruntergekommene Kneipenbesitzer Cornelius Melody träumt sich natürlich auch im Stück in eine glorifizierte Vergangenheit zurück. Er erinnert sich und seine Umwelt permanent daran, daß er auf einem Schloß aufgewachsen ist. Aber er sagt nicht, daß sein Vater gleichfalls nur Kneipenbesitzer war, der sich das Schloß auf höchst undurchsichtige Weise ergaunert hatte. Major Melody erinnert sich bestens an seine Heldentaten in der Schlacht von Tal-

vera. Aber er sagt uns kaum etwas darüber, warum er die Arme verlassen mußte.

Diese Glorifizierungen dienen selbstverständlich auch dazu, seine desolaten Gegenwartssituation mit der Sonne des Gestern zu erhellen. Aber - und das macht die Brisanz des Stückes aus - hier handelt es sich nicht nur um die übliche Verdrängung und Kompensationsproblematik. O'Neill will ja nicht Stimmund Freud illustrieren. Major Melody ist ja „fast ein Poet“ - ein Dichter des Lebens. Seine Werke finden nicht in zwei Buchdeckeln Platz, sondern in der Schankstube. Seine Leser sind keine schmalbrüstigen Intellektuellen, sondern gestandene Sautaus-Gestalten und heruntergekommene Schlemmer. Kaum einer versteht diese Werke, mit Ausnahme vielleicht seiner Frau, die dafür aber auch noch manchen Publikt einstecken muß. Dieser Major Melody ist ein Einsamer, wie Lord Byron, dessen Meinung über die Masse Mensch er ständig im Munde führt: „Wohl stand ich mitten unter ihnen, doch nicht von ihrer Art.“

In Bonn spielt Heinz Baumann den Major Melody. Aber in einer falschen Melodie. Er spielt ihn ohne Glanz, ein

großmüßiger Lügner, ein Haustyran, ein Versager und Lamentierer. Und er spielt ihn damit an der Tragödie vorbei. Denn wenn der Major am Ende, gezwungen durch eine gnadenlose Umwelt, von seinen Poesien abläßt, dann bedeutet das eigentlich: Abbruch in die Realität. In Bonn aber, wo Eschberg sich mit dem Psychologischen zufrieden gibt, bekommt das nicht genug Fallhöhe, um tragisch zu werden. Es ist kein Fall, sondern ein Ausgleiten im vollendeten Banalen.

Entsprechend vollziehen die Reaktionen von Tochter und Frau ihr Maß. Tochter Sara hat das ganze Stück lang gefordert, ihr Vater möge endlich aus seinen Träumen aufwachen. Nun beklagt sie dieses Erwachen. Warum? Alberta Schatz - drei Akte lang ein Gegenpol, geradlinig und nicht ohne Jung-Mädchen-Charme - verliert plötzlich ihre Eindringlichkeit. Die Erkenntnis, daß die Träume die Größe ihres Vaters ausmachen, ist in Eschbergs Inszenierung zur alternativen Lügner, Armleuchter heruntergekommen. Desgleichen Sieglinde Geiger als Ehefrau Nora: Ihre Kraft erlischt ohne Grund. Das ist keine Tragik. LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



„So stillt wie möglich“: Werner Schmalenbach, Leiter der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen. FOTO: GZD UDWIG/VISUM

Werner Schmalenbach 65

Werner Schmalenbach, der Leiter der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, wird heute 65. Geburtstag feiern an der ominösen Altersgrenze haben in der Regel den bedauernden Beiklang von Abschied und Rückblick. Das ist hier nicht der Fall, hier wurde rechtzeitig vorgesorgt. Das Land hat den Vertrag mit seinem erfolgreichen Museumsdirektor um fünf Jahre verlängert. An Abschied ist also vor 1990 nicht zu denken, und im nächsten Frühjahr zieht der Hausherr vom Jägerhof mit seinen Schätzen zunächst einmal in die neue Landesgalerie am Grabplatz um. Somit ist auch für Rückblicke jetzt nicht die Zeit.

Doch sei es erlaubt, rückblickend auf die beispiellose Leistung Werner Schmalenbachs zu verweisen, der buchstäblich aus dem Nichts in zwei Jahrzehnten ein kosmopolitisches Kunstmuseum aufgebaut hat, das sich mit den ersten Instituten der Welt messen kann. Er hatte es nicht nötig, aus Geldmangel. Avantgardisten zu sammeln. Auch widersprüchlich das seiner Auffassung vom Museum

und dessen Aufgaben. Für ihn ist und bleibt das Museum ein „Ort der Dauer“ und nicht der Aktualität, des Experiments, der Education. Zu den Kriterien seiner Auswahl zählt die „Museumsreife“ eines Kunstwerks. Er sammelt nicht „historisch“, nicht nach „Richtungen“ oder „Progressivität“, sondern individuelle Kunstwerke von eindeutigem Rang und eigenem Gesicht. Im Zentrum steht der Qualitätsbegriff.

Er ist ein begehrtter, druckreif formulierender Refner, ein gesuchter Vorwortschreiber, ein fleißiger Kunstschriftsteller - der sich in jüngeren Jahren übrigens als Filmpublizist einen Namen gemacht hat. Durch alles, was er sagt und schreibt, ziehen sich wie ein roter Faden der Qualitätsgedanke und das Reizwort von „elitären“ Kunstwerk, vom „elitären Ort des Museums“, das allerdings relativiert wird durch Schmalenbachs Formel: „So stillt wie möglich, so weilt es sich auf die Kunst bezogen, so weilt es sich auf die Allgemeinheit bezogen.“ EO PLUNIER

Eklat auf Moskauer Buchmesse

DW, Moskau
Mehr als 30 britische Titel sind auf der Internationalen Buchmesse in Moskau „verschwunden“. Offiziell sind nur zwei der Werke „zwecks eingehender Analyse“ beschlagnahmt worden, darunter „1984“ von George Orwell. Für das Abhandelnkommen der restlichen Bücher haben die Veranstalter nur die Erklärung, die Bände seien vermutlich gestohlen worden.

Der britische Verlegerverband ist dagegen sicher, daß auch diese Titel konfisziert worden sind. Delegationsleiter Tony Reed weist darauf hin, daß es auf dem Messegelände von KGB-Beamten in Zivil wimmelt und daß die Bücher bereits vor der Öffnung der Messe für den Publikumsverkehr vermisst wurden. Zu den Werken, für deren Verschwinden es keine befriedigende Erklärung gibt, gehört der Zukunftsroman „2010, Space Odyssey II“ von Arthur C. Clarke.

„Wir sind wütend über diesen unprovizierten Zensurversuch“, erklärte ein Sprecher im britischen Stand. „Wir hatten vorher eine Aufstellung aller Bücher eingereicht, die wir zu zeigen beabsichtigten, und keine Einwände erhalten.“ Mehr als 100 Länder stellen auf der bisher größten Moskauer Buchmesse aus, einschließlich der Vereinigten Staaten. Mit Ausnahme der britischen Teilnehmer hat es bisher keine Klagen eines Verlages gegeben.

Berufsverbot für Tierarzt

rev. Münster
In einem weiteren Fall von Kälbermast mit unerlaubten Hormonpräparaten hat die 11. Große Strafkammer des Landgerichts Münster jetzt einen 41-jährigen Tierarzt aus Coesfeld im Münsterland zu zwei Jahren Haft und Bewährung und drei Jahren Berufsverbot verurteilt. Zudem wurde der Tiermediziner des Meibels in Vorermittlungen gegen Pharmahändler für schuldig befunden.

Nach Erkenntnissen des Gerichts hatte der Tierarzt mehr als drei Jahre in Zusammenarbeit mit dem einschlägigen Großhändler für 240 000 Mark verbotene Dopingmittel verabreicht. Bei monatlich 1000 Mark Provision als „Mittelsmann“ hatte er für Kälber, Schweine und auch Hühner Antibiotika und Hormonpräparate, die das Wachstum und die Fleischproduktion fördern, in landwirtschaftlichen Betrieben gespritzt. Diese Mittel sind jedoch gesetzlich verboten, weil sie als Rückstand im Fleisch unter anderem Krebsfördernd sein können. Nach zwei Prozessen im Vorjahr in Niedersachsen und dieser Verhandlung in Münster müssen sich demnächst allein in Nordrhein-Westfalen 18 weitere Tiermediziner und Großhändler verantworten.

Der sogenannte „Kälberskandal“, in dem die Landeskriminalämter von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen seit Jahren tätig sind, war erst in der vergangenen Woche wieder aktuell geworden, als im Grenzgebiet in der Grafschaft Bentheim ein illegaler Handel mit derartigen Präparaten geplatzt war: 1500 so behandelte Tiere waren beschlagnahmt worden, fast 700 mußte man notschlachten. Die Medikamente stammten nach Polizeirecherchen aus illegal arbeitenden „Kellerfirmen“ in den Niederlanden.

Behörden in Oldenburg und Hannover waren auf einen „Futtermittelbetreiber“ aufmerksam geworden, der nicht nur die Produkte eines niederländischen Viehfürter-Konzerns vertrieb, sondern zugleich bäuerliche Abnehmer als „Lohnmäster“ für seinen Auftraggeber verpflichtete: Der Konzern mietet die Stallflächen auf den Höfen, stellt seine Jungtiere ein und übernimmt nach der Mast deren Vermarktung, womit der Landwirt ertragsabhängig ist.

Auf immer mehr Leichtsinnige lauert am Berg der Tod

Von WALTER H. RUEB
Mehrere Wochen vor Ende des Sommers und damit erst in der Mitte der Saison für Gipfelstürmer schlagen Alpenvereine, Bergführer, Polizei und Rettungsdienste Alarm: Die Zahl der Bergtoten übertrifft alle bisherigen Rekorde.

Am französischen Montblanc, mit 4807 Metern Europas höchster Berg, fanden allein in den Ferienmonaten Juli und August 29 Menschen den Tod; 117 wurden verletzt, zwei sind vermisst. Auch das 4478 Meter hohe Matterhorn im Schweizer Kanton Wallis, das an schönen Tagen von 300 Bergsteigern aus aller Welt gestürmt wird, war in den zurückliegenden Wochen wiederholt in den Schlagzeilen: stets ging es um Todesstürze und dramatische Rettungsaktionen.

Die genaue Zahl der Bergtoten gibt die Walliser Polizei zwar erst nach der Sommersaison bekannt, doch steht bereits jetzt fest, daß sie auch in die-

sem Jahr wieder über jener der Verkehrstoten liegt.

In den letzten Jahren hat sich insbesondere der Montblanc zu einem „Todesberg“ entwickelt. Der Grund: Auf seinen Aufstiegsrouten wird das Gestein immer größer, vielfach herrscht beim Aufstieg „stehender Verkehr“. Im Hochsommer drängt es selbst Japaner und Amerikaner, den „Berg der Berge“ zu erklimmen. Er ist alpinistisch zwar nicht schwierig, doch erfordert ein Sieg über den Montblanc eine erstklassige Kondition. Über 4000 Meter ist die Luft dünn, da werden körperliche Anstrengungen selbst für Hochtrainierte zu einer fast unerträglichen Last.

Den Anforderungen sind denn auch längst nicht alle gewachsen, die den „Prestige-Berg“ erklimmen wollen. Den einen ereilt der Herztod, bei manchen nimmt der Gleichgewichtssinn im gleichen Maße ab wie die Kraft, viele wollen „lieber sterben als aufgeben“, und immer wieder wer-

den Konditionsschwache nach zu langem Aufenthalt am Berg das Opfer unerwarteter Wetterstürze.

Über die Gründe für die hohe Zahl von Todesopfern in den Bergen gehen die Meinungen auseinander. In Frankreich wurden mangelnde Vorsicht und technisches Versagen bei 80 Prozent aller tödlichen Unfälle als Ursachen ermittelt. In der Schweiz hat man die Todesursachen am Berg 1984 aufgeschlüsselt: Von 166 Bergtoten stürzten 28 auf harmlosen Alpwiesen und Geröllhalden in den Tod, 21 in Felswänden und auf Graten, 19 auf Schnee und Eis, neun beim Blumenpflücken und auf der Pflanzscheibe. Neun Bergfreunde verschwanden in Gletscherspalten, 36 fanden den Tod in Lawinen, und 30 Personen starben bei Herzanfällen oder an Überanstrengung. Nach Ansicht vieler Fachleute ist heute sogar eine zu perfekte Ausrüstung oft die Ursache von Unfällen. Manche Alpinisten werden von der Perfektion ihrer Ausrüstung

in Sicherheit gewiegt, so daß sie leichtsinnig agieren, einfache Regeln mißachten und Batschläge und Warnungen von Einheimischen in den Wind schlagen.

Beispiele dafür machten in den letzten Wochen Schlagzeilen: Am Matterhorn waren 20 gut ausgerüstete Alpinisten zwei Nächte und einen Tag lang in der Solvayhütte auf 4000 Meter durch Unwetter blockiert. Sie hatten den Aufstieg trotz aller Warnungen in Angriff genommen. Unter Einsatz ihres Lebens mußten Rester die Leichtsinnigen mit dem Helikopter bergen. Aus der berühmten Eiger-Nordwand mußten im August zwei junge Franzosen gerettet werden, die in ungenügender körperlicher Verfassung, aber perfekt ausgerüstet, in die „Mordwand“ eingestiegen waren.

Am Matterhorn wurden folgende Unfall-Ursachen ermittelt: Nichtbeachtung der Wettervorhersage, unzulängliche Ausrüstung oder Unkennt-

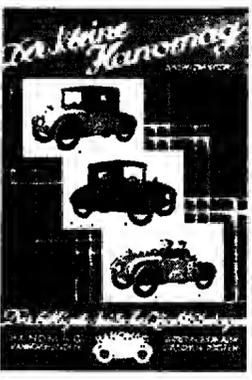
nis des richtigen Gebrauchs und Fehleinschätzung der Aufstiegsdauer wegen völliger Unkenntnis des Geländes an der technisch leichten, aber anstrengenden und durch Steinerschlag und großen Andrang gefährlichen Normalroute am Hörnliweg.

Daß ein Bergführer - zur Zeit beträgt die Führertaxe für eine Matterhorn-Besteigung einschließlich Speise rund 600 Mark - leicht Abhilfe schaffen könnte, wird von 80 Prozent der Gipfelstürmer am Matterhorn nicht zur Kenntnis genommen: Sie gehen ohne Bergführer auf die Natterhorn, oft sogar ohne Seil, versteinen sich, müssen umkehren, verlieren dadurch Zeit, verschleßen ihre Kräfte und büßen schließlich die Moral ein - die besten Voraussetzungen für Übermüdung, Konzentrationsmangel, Schwindelanfälle, Orientierungslosigkeit und Todessturz. Ein Kritiker bemerkte dazu: „Viele Bergsteiger gehen mit dem Geld, ihr Leibesbesitz aber ist ihnen wohlfeil.“

Rendezvous mit dem Kometen Giacobini-Zinner

dpa, Washington
Zum ersten Mal in der Geschichte der Raumfahrt (WELT v. 11. 9.) ist ein Rendezvous zwischen einem Forschungsstationen und einem Kometen gelungen. Der amerikanische Satellit ICE flog gestern nach Angaben der amerikanischen Weltraumbehörde NASA in 8000 Kilometern Entfernung vom Kern des Kometen „Giacobini-Zinner“ durch den Schweif und tauchte nach 18 Minuten unbeschädigt wieder auf. Die Sonde ICE ergänzt die für das kommende Frühjahr geplante Mission von insgesamt sechs Raumsonden zum Kometen Halley, die den Kometen in zeitlich versetztem Abstand verfolgen wollen. Der Komet „Giacobini-Zinner“ wurde 1910 von dem Italiener M. Giacobini entdeckt und drei Jahre später von Professor Ernst Zinner, damals Leiter der Rheinisch-Westfälischen Sternwarte in Bamberg, wiederentdeckt.

Die Automobilausstellungen in Berlin und Frankfurt - spektakuläre Ereignisse der Technikgeschichte



Von HEINZ HORMANN

Eigentlich hat sich im Wandel der Zeit nichts geändert. Auf der Nürnberger Pferde- und Droschkenausstellung im Jahre 1860 meldeten sich lautstark Umweltschützer zu Wort. Von einem provisorischen Podium warnten sie die Mitbürger vor einer herannahenden Katastrophe: „Die Stadt wird bei fortschreitender Entwicklung des Gespannverkehrs in kurzer Zeit im Pferdemist versinken.“ Der Motorwagen, der 28 Jahre später erstmals auf der Kraft- und Arbeitsmaschinenausstellung in München gezeigt wurde, bewahrte Nürnberg vor diesem unruhlichen Ende.

Umstritten waren die Benzinkutschen von Beginn an. Doch anfängliche Ablehnung schlug damals wie heute häufig in Begeisterung um. Kaiser Wilhelm II. schimpfte noch 1902: „Solange ich ein warmes Pferd habe, besteige ich einen derartigen Stinkkarren nicht.“ Bereits ein Jahr später besaß der Monarch drei Motorwagen und wurde zum leidenschaftlichen Verfechter dieser Idee.

Trotz Abgas- und Tempodiskussionen, wenige Monate vor dem hundertsten Geburtstag des Automobils ist die Internationale Automobilausstellung in Frankfurt, die heute von Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet wird, das größte Branchenfenster zur Welt (1666 Aussteller aus 37 Ländern). Ausstellungen und Handelsmessen waren von jeher wichtige Meilensteine des Fortschritts. Im Laufe der Zeit haben sie sich zu publikumswirksamen Paraden und spektakulären Präsentationen neuer Automobiltypen und konstruktiver Verbesserungen entwickelt. Zunächst wurden Kraftdroschken nur in versteckten Winkeln allgemeiner Messen, besonders aber auf Weltausstellungen gezeigt.

Carl Benz etwa fuhr seinen ersten Wagen 1887 zunächst nach Paris. Da er dort aber eingeklinkt zwischen Pfer-

Meilensteine des Fortschritts

dedroschken stand, fand er so gut wie keine Beachtung. Ein Jahr darauf war sein inzwischen „patentierter Motorwagen“ auf der Kraft- und Arbeitsmaschinenausstellung in München zu sehen. Ausgiebige Fahrten durch die Stadt verschafften dem Gefährt die erste öffentliche Aufmerksamkeit. „Diese Konstruktion“, so schrieb damals eine Münchner Zeitung voraussehend, „ist geeignet, in vielen Fällen die kostspielige Zugkraft der Pferde vorzuzusetzen.“

1889 wurde dann auf der Pariser Weltausstellung neben Daimler-Motoren der erste Daimler-Vierradwagen gezeigt. Während der Expo 1893 in Chicago wurde ein Benz Velo und mehrere Daimler- und Maybach-Motorwagen von den Amerikanern bewundert und in Details kopiert.

Weltausstellungen brachten zwar nicht sofort große Verkaufserfolge, sie waren jedoch in damaliger Zeit wie keine andere Veranstaltung geeignet, Erfindungen, die gerade im Dunkelein kleiner Werkstätten gemacht wurden, ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu bringen. Diplome, Gold- und Silbermedaillen waren begehrte Trophäen.

Der deutsche Automobilismus begann seine eigene Präsentation 1897 mit einer von damaligen Mitteleuropäischen Motorwagen-Vereinen organisierten „Auto-Revue in Berlin“. Als im Jahr darauf mit der Fahrt Berlin-Potsdam-Berlin die Geschichte des deutschen Automobilsports begann, wurden anschließend im Landesausstellungspark Berlin die Teilnehmerwagen gezeigt. Die Ausstellung war im Grunde genommen eine Pferdeschau, ein „Concours hippique“, auf dem den Berlinern so quasi ganz nebenbei auch 13 Kraftfahrzeuge gezeigt wurden. Dabei galt es, die von Glanz und Preußens Gloria erfüllten tonangebenden Gesellschaftsschich-

„jetzt noch billiger! Der beliebteste Wagen DEUTSCHLANDS“

ten nicht zu vergrößern. Man war ja schließlich aus Ostpreußen, Pommern und der Mark gekommen, um rasche Pferde zu sehen und keinen „neumodischen Kram“.

Die Veranstalter versuchten, gut Wetter zu machen, indem sie in den verschiedensten Veröffentlichungen darauf hinwiesen, daß ein so edles Tier wie das Pferd in wenigen Jahren schwerer Arbeit völlig verbraucht sei, während ein Motor ohne weiteres schwere und schwere Arbeit leisten könne, ohne müde zu werden. Erst sehr langsam begannen sich die Pferdefreunde zu beruhigen, und langsam

Rahmen und unter der Schirmherrschaft des Prinzen Heinrich von Preußen wurde vier Jahre später das nächste Motor-Schaufenster im Palmengarten des Charlottenburger Etablissement Flora eingerichtet, dem dann die fast schon als moderne Schau zu beziehende Großveranstaltung im Glaspalast am Lehrter Bahnhof in Berlin folgte, die vom Kaiser selbst eröffnet wurde. Daß Wilhelm II. sich jedes Modell mehrmals sorgfältig ansah und bis ins kleinste Detail erläutern ließ, machte deutlich, in welchem Maße das Automobil schon in den oberen Schichten verankert war. Das damit verbundene Negativimage beim Volk, die Kraftkutsche diene nur dem Sport und dem Luxus, veränderte sich im Laufe der nächsten Jahre.

Die nächsten Jahrzehnte waren geprägt vom rastlosen Streben der deutschen Automobilindustrie nach technischer Perfektion. Gleichzeitig zeichnete sich aber auch der beginnende harte Wettbewerb mit den ausländischen Firmen ab. Schon damals führte der Konkurrenzdruck zur vergrößerten Anstrengung um bessere Detaillösungen, um bequemere und sicherere Fahrzeuge.

In dieser Zeit wurde der typische Spitzkühler, die Rechtssteuerung mit außenliegendem Schalt- und Bremshebel, die Einbauverdecke und die leichtgängige Lenkung erfunden. Außerdem setzte sich die äußerlich glatte Motorform und die Vereinigung von Motor mit Kupplung und Getriebe zu einem einheitlichen Block durch. Für solvente Kunden gab's schon bald die Qual der Wahl: 80 Automobilfabriken produzierten 134 Modelle.

Steigende Stückzahlen und bessere Technik lassen das Auto zum selbstverständlichen Verkehrsmittel werden. Lediglich die hohen Be-

Opel-Werbung aus den späten zwanziger Jahren

triebskosten erweisen sich als Bremsen. Eine erste Statistik stellt den Aufwand für 100 Kilometer Fahrt zusammen: Sechs Mark für Gummi, drei Mark für Öl und 35 Pfennig für Karbid für die Lampen. Dennoch fuhr 1930 der millionste Personwagen in Deutschland zugelassen. Der Staat hält schon bald kräftig die Hand auf: 196 Reichsmark verlangt er für einen Dreiliter-Wagen an Steuern.

34 Jahre ist es her, daß die erste Internationale Automobilausstellung auf deutschem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankfurt am Main eröffnet wurde. Auf den zunächst jährlichen und seit 1951 jedes zweite Jahr vom Verband der Automobilindustrie (VDA) veranstalteten Ausstellungen sahen Millionen Besucher immer wieder Neuheiten. Da die Frankfurter Hotelriebe in den Anfängen noch unter der Zerstörung des Krieges zu leiden hatte, rief die Messegesellschaft die Bürger in und um Frankfurt auf, Zimmer zur Verfügung zu stellen.

Der Schirmherr der Ausstellung, Bundespräsident Theodor Heuss, der sich zur Eröffnungsfeier angesagt hatte, übernahm mit seinem Stab in der Privatwohnung des damaligen VDA-Präsidenten Max Thoemmler in Bad Homburg. Am Abend feierte man gemütlich im Wohnzimmer, und tags darauf besichtigte Heuss die ersten Nachkriegs-Neuheiten. Daimler-Benz stellte den 300er vor, der später den Beinamen „Adenauer“ erhielt.

Nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 und der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland am 7. September 1949 geht es mit der deutschen Wirtschaft rasch aufwärts. Die harte und zähe Aufbauphase beginnt ihre Früchte zu tragen, und die Menschen schicken sich an, dem Leben wieder freundliche Seiten abzugewinnen. Dazu gehört auch die persönliche Bewegungsfreiheit - „ein fahrbarer Untersatz“.

39 Aids-Fälle

dpa, Wiesbaden/München
In Hessen sind bis Anfang August 39 Fälle von Aids aufgetreten. 22 Patienten seien an der erworbenen Schwäche der körpereigenen Abwehrkräfte verstorben, teilte Sozialminister Armin Claus (SPD) in einer gestern in Wiesbaden bekanntgegebenen Antwort auf eine Große Anfrage von Landtagsabgeordneten der Grünen mit. In Bayern hat das Gesundheitsministerium 74 Gesundheitsämter ein überraschend großes Echo gefunden. Der Staatssekretär für Inneres, Heinz Neubauer, legte gestern eine erste Zwischenbilanz vor, nach der 373 Personen ihr Blut testen ließen. Sieben der Blutproben waren positiv.

Autofreier Sonntag

AP, Vaduz
Nach einem erfolgreichem Versuch am 21. April wird kommenden Sonntag in Liechtenstein zum zweitenmal in diesem Jahr ein autofreier Sonntag auf freiwilliger Basis veranstaltet. Die öffentlichen Verkehrsmittel können unentgeltlich benutzt werden. Im April hatten rund 80 Prozent der Liechtensteiner auf Auto, Motorrad und Mofa verzichtet. Der stellvertretende Regierungschef Hilmar Ospelt kündigte gestern auf einer Pressekonferenz in Vaduz an, daß der freiwillige autofreie Sonntag zur Institution werden soll.

Tod bei Erster Hilfe

AP, Berlin
Zwei Tote und elf Verletzte forderte nach einem Bericht der (Ost-)„Berliner Zeitung“ ein Verkehrsunfall in Erfurt, als ein mit Ammoniak beladener Lastwagen ins Schleudernetzt und der Anhänger umschlug. Wie die Zeitung berichtete, starb ein Arzt, der Erste Hilfe leisten wollte. Von den elf Verletzten seien drei schwerverletzt und acht mit leichteren Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert worden.

Selbstmord vor Gericht

AP, Regensburg
Ein 47-jähriger Immobilienhändler aus Schwandorf in der Oberpfalz hat gestern morgen in einem Gerichtssaal in Regensburg Selbstmord begangen. Nach Angaben der Polizei war der Mann wegen Betrugs zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Nach der Urteilsverkündung habe er plötzlich eine Pistole gezogen und sich in die Brust geschossen.

Almabtrieb

dpa, Hindelang/Miesbach
Von den bayerischen Bergen kehren jetzt 55 000 Stück Vieh in die heimischen Ställe zurück. Im Allgäu begann der Almabtrieb gestern in Hindelang. Nahezu 20 000 Besucher staunten schon mittags rund 1000 Rinder, die sich auf dem Viehscheidplatz drängten.

Milde Winter

dpa, Freiburg
Das Klima vor 100 000 Jahren war wärmer als heute und zeichnete sich vor allem durch milde, nahezu frostfreie Winter aus. Zu dieser Auffassung gelangte der Spezialist für ausgestorbene Wirbeltiere, Wighart von Koenigswald (Darmstadt), nach der Auswertung von Knochenfunden von Flußpferden und Wasserbüffeln, die in den Rheinschottern bei Darmstadt gefunden worden waren. Über seine Ergebnisse berichtete er gestern auf der Jahrestagung der Deutschen Quartärwissenschaft in Freiburg. Dies steht im Widerspruch zu bisherigen Erkenntnissen der Wissenschaft, wonach die mittlere Jahrestemperatur vor etwa 100 000 Jahren bei nur zwölf Grad Celsius lag.

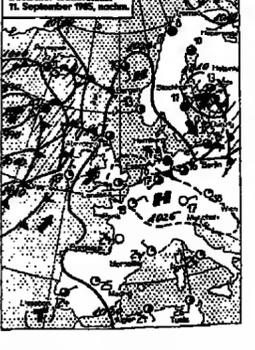
Unser heutige Ausgabe Regt als Prospekt der Jaguar Deutschland GmbH, Kronberg i. T., bei.

ZU GUTER LETZT

„Als gesetzlicher Erbe kommt seine Schwester - Name unbekannt - zu 1/2 Anteil in Frage. Sie soll im Kindesalter verstorben sein. Selbige soll sich binnen sechs Wochen an Verfallentscheidung bei dem Amtsgericht Köln unter Vorlage der Geburtsurkunde melden.“ Es stand im „Kölnen Stadtmagazin“

WETTER: Freundlich

Wetterlage: Die Hochdruckzone über Mitteleuropa schwächt sich langsam ab, bestimmt aber zunächst noch das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:
Nach zum Teil nur zögernder Auflösung von trübem Nebel oder Hochnebel sonntags und Erwärmung auf 19 bis 24 Grad. Nachts gering bewölkt und Abkühlung auf 11 bis 7, in Bayern bis 3 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Am Freitag zunächst noch freundlich und warm, im Nachmittagsverlauf zunehmende Bewölkung und nachfolgend etwas Regen oder einzelne Schauer.

Temperaturen am Mittwoch, 13. Uhr:

Berlin	16°	Kairo	28°
Bonn	17°	Kopenhagen	16°
Dresden	16°	Las Palmas	24°
Essen	17°	London	20°
Frankfurt	18°	Madrid	29°
Hamburg	14°	Mailand	21°
List/Sylt	14°	Mallorca	25°
München	17°	Moskau	9°
Stuttgart	16°	Nizza	24°
Athen	24°	Oslo	15°
Amsterdam	18°	Paris	19°
Barcelona	28°	Rom	24°
Brüssel	18°	Stockholm	11°
Budapest	18°	Tel Aviv	29°
Bukarest	20°	Tunis	29°
Helsinki	15°	Wien	18°
Istanbul	18°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6:53 Uhr, Untergang: 19:42 Uhr; Mondaufgang: 4:31 Uhr, Untergang: 19:39 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Glauben - wie macht man das?“

Aktion der Nordelbischen Kirche nach finnischem und schweizerischem Vorbild

SABINE KOBES, Hamburg
Der Ton ist höflich, aber ein gut Teil an Beharrlichkeit steckt doch dahinter. „In der nächsten Woche“, heißt es, „werden wir uns noch einmal ganz kurz telefonisch bei Ihnen melden.“ In rund 33 000 Haushalten des Hamburger Nordens flattert dieser Tage ein grünes Falblatt mit Bestellkarte ein. Kein Buchklub wird hier angegriffen und auch keine Kaffeebar. Absender ist die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, genauer: „Ihre Christen aus der Nachbarschaft“, die fürs „praktizierte Christentum“ werben.

Das Unternehmen, mit 100 000 Mark ausgestattet, ist ein Pilotprojekt. Vorreiter waren Gemeinden in Finnland und der Schweiz. „Dort“, so berichtet Otto Diehn, der die Aktion „Zeig uns den Weg“ mitorganisiert, „haben die meisten, die die erste Postwurfsendung erhielten, auch das eigens für diese Aktion hergestellte Taschenbuch bestellt.“

Bunt bedruckt ist das 105seitige Werk. 18 Hamburger Christen erzählen darin offen von ihren Erfahrungen mit Religion und Glauben. So

meldet sich die Sekretärin Hilde C., die durch die Hilfe eines Pastors vom Alkohol loskam. Oder der Turner von St. Michaels, der jeden Morgen um zehn auf seiner Trompete ein Kirchenlied vom Michel herabbläst.

Volkmission - ein Begriff der sich aufdrängt, obwohl er nicht erwähnt wird. Denn: „Dieses Wort würde negative Reaktionen auslösen“, weiß Otto Diehn, Keimer der 70 000 „Kunden“ in Hummelbüttel, Langenhorn und Poppenbüttel soll sich bedrängt fühlen. „Jene 350 Missionare - einige sind katholisch - die in den nächsten Wochen ehrenamtlich ausschwärmen, rechnen mit großem Widerhall. „Für den Anfang“, so Otto Diehn, „haben wir uns kein so schwieriges Terrain wie St. Pauli ausgesucht.“

Was aber, wenn die zunächst angeschriebenen, dann telefonisch und schließlich persönlich angesprochenen Hamburger nichts von der sanften Form der Evangelisation wissen möchten? „Wer im ersten Satz schon sagt: ‚Nein, ich will nicht‘ - der will eben nicht“, sagt Organisator Diehn. „Wenn einer aber von seinem Kirchenaustritt erzählt und anfängt, auf

diese Kirche zu schimpfen, dann haben wir nach. Dahinter steckt nämlich meistens eine Enttäuschung.“ Denn die Zahl der Kirchenmitglieder sinkt nicht nur in Hamburg. Allein die Nordelbische Kirche in der Hansestadt, 1980 noch etwa eine Million Seelen stark, verlor über 50 000 Mitglieder. Wenn auch die Kirchenflucht abzuklingen scheint, bedrängt die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) immer noch dreimal so viele Kirchenaustritte wie Neuaufnahmen.

Und selbst die, die auf dem Papier dazugehören, haben oft nichts mit dem Wunschbild des praktizierenden Christen gemein: „Heute ist es einfach nicht mehr in, auszutreten“, vermutet Otto Diehn, „man zahlt seine Kirchensteuer einfach aus Gewohnheit.“

Die Hamburger Laienmissionare sind in Seminaren auf ihren Einsatz in den Wohnstuben der Nachbarnschaft vorbereitet worden. Wenn das Büchlein „Zeig uns den Weg“ persönlich an die Haustür bringen, dann wird sich, so Diehn, die Frage „Glauben, wie macht man das?“ ganz von allein stellen.

LEUTE HEUTE

Verweigert
Der chilenische Fußballstar Carlos Casely weigerte sich gestern, am 12. Jahrestag des Staatsstreiches gegen Salvador Allende, an einem Spiel seines Clubs Colo-Colo teilzunehmen. „Ich spiele nie am 11. September, da trauere ich“, soll der berühmte Stürmer gesagt haben. Kürzlich nahm Staatschef Augusto Pinochet Anstoß an der roten Krawatte, die der Star wie viele chilenische Linke oft anlegt. „Die trage ich immer auf meinem Herzen“, entgegnete Casely. Pinochet machte daraufhin mit der Hand eine Scherenbewegung und empfahl: „Ich würde sie abschneiden.“

Akzeptiert

Im Liegen spielt der britische Großmeister Anthony Miles beim Interpolis-Schachturnier von Tilburg. Der an Bandscheibenschmerzen leidende Brit setzte die ungewöhnliche Spielstellung mit drei Attesten durch. Seine Gegner akzeptierten mitteilend, bis sie den „Leidenden“ sitzend am Mittagstisch überraschten. Da forderte Robert Hibner, Miles habe als Strafe künftig legend zu essen und sitzend zu spielen.